



PERSPEKTIVEN

Auseinandersetzungen mit
alltäglichem Rassismus
und der extremen Rechten
in Ostwestfalen-Lippe

MBR
OWL

Redaktion: MBR OWL – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL / Regierungsbezirk Detmold

Interviews geführt durch die MBR OWL

Copyright, wenn nicht anders angegeben: MBR OWL

Lektorat: Anna Schrepper

Erscheinungsjahr: 2020 / 2. Auflage: 2021

2. Auflage: 2.500 Stück

Redaktionsschluss: August 2020

PERSPEKTIVEN

Auseinandersetzungen mit
alltäglichem Rassismus
und der extremen Rechten
in Ostwestfalen-Lippe

INHALTSVERZEICHNIS

MBR OWL

Einleitung	8
------------	---

OMAS GEGEN RECHTS MINDEN

Omas gegen Rechts: Engagement im Alter	10
--	----

SOZIALES ZENTRUM FLAFLA

Ein Ort der Solidarität: FlaFla	12
---------------------------------	----

ENGERANER MANIFEST

Für demokratische Werte einstehen: Engeraner Manifest	14
---	----

MATITJAHU KELLIG

Keine Toleranz der Intoleranz	16
-------------------------------	----

WOODSTICK FESTIVAL

Ein Festival mischt sich ein	18
------------------------------	----

FROMHAUSEN FÜR EIN GEWALTFREIES MITEINANDER

Wir dulden keine rechte Gewalt in unserem Dorf	20
--	----

HIERGEBLIEBEN.DE

Zivilgesellschaft muss Rechten die Grenzen aufzeigen	24
--	----

MOH KANIM

Wir leben in einer Zeit, in der Rassismus leider normal ist	26
---	----

ALIBI

Ein gutes Leben für alle	28
--------------------------	----

DIDF

Gemeinsam sind wir stark	30
--------------------------	----

MOH KANIM

Black Lives Matter	34
--------------------	----

EXAUCÉ ANDZOUANA

Rassismus im Fußball 38

GEDENKSTÄTTE STALAG 326

Zivilgesellschaft und Erinnerungskultur 42

BÜNDNIS GEGEN RECHTS / BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ PADERBORN

Gemeinsam gegen Rechts macht Mut 44

AG FÜR TOLERANZ, SEKUNDARSCHULE BEVERUNGEN

Rassismus hat an unserer Schule keinen Platz 48

ARGUMENTE & KULTUR GEGEN RECHTS E. V.

Die extreme Rechte in OWL: Ein Überblick 50

WILHELM BERGHAN / ANDREAS ZICK

Demokratische Mitte? 55

ALICE HASTERS

Rassismus ist schon längst da 58

CHRISTOPHER VOGEL

Was tun? Raus aus der Defensive! 60

DARIO SCHACH

Warum man links und rechts nicht gleichsetzen darf 62

Kontakte & Netzwerk 66

Impressum 74



LIEBE*R LESER*IN,

schön, dass Sie die Broschüre **»Perspektiven«** der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold / Ostwestfalen-Lippe (MBR OWL)* in den Händen halten.

Hier kommen diejenigen zu Wort, die sich gegen Rechts engagieren, sich zusammenschließen und Netzwerke bilden. Sie sind die Zielgruppe unseres Beratungsangebots und gleichzeitig einer der wichtigsten Pfeiler unserer Arbeit. Bei der Auswahl derjenigen, die wir für einen Beitrag angefragt haben, war es uns wichtig, jene mitzudenken und zu hören, die selbst von Diskriminierung betroffen sind. Ihre Perspektive als Betroffene, ihre fachliche und reflektierende Auseinandersetzung und ihr Engagement zum Thema sind wichtig, gehört und beachtet zu werden, gerade von Personen, die nicht betroffen sind. In diesem Sinn erhoffen wir uns, dass unsere Broschüre einen Beitrag dazu leistet, diesen Perspektiven mehr Raum in der Öffentlichkeit zu geben, dass sie den Austausch fördert und Gemeinsamkeiten herstellt.

Anlässe, aus denen heraus Personen sich engagieren, sind genau wie Umstände, Möglichkeiten, Ziele und schließlich auch die Engagierten selbst häufig sehr unterschiedlich. Gemein ist ihnen jedoch ein Streben hin zu einer Gesellschaft ohne rechte und rassistische Gewalt und Ausgrenzung. Diesen gemeinsamen Nenner gilt es immer wieder hervorzuheben und als Ressource zu verstehen: Wir sind nicht allein in unserem Wollen, wir können uns vernetzen und uns gegenseitig stärken. Auch in diesem Sinn wollen wir Perspektiven eröffnen, Möglichkeiten und Ideen für eigenes Engagement aufzeigen und zu diesem ermutigen.

Unser Anspruch bei der Auswahl der Beiträge war, die regionale Streuung von Akteur*innen in unserem Arbeitsgebiet Ostwestfalen-Lippe aufzuzeigen und die Diversität von Engagement darzustellen. Es handelt sich dabei um eine Auswahl, für viele wichtige Akteur*innen in der Region mangelt es hier schlicht an Platz. Wir danken den Gesprächspartner*innen und Gruppen, die sich die Arbeit gemacht haben, einen Beitrag zu unserer Broschüre zu leisten.

Ein weiterer Schwerpunkt widmet sich vertieft der inhaltlichen Auseinandersetzung rund um die Themenfelder menschenverachtende Einstellungen, Rassismus und Rechtsextremismus. Dazu haben wir Fachautor*innen gewinnen können und uns selbst in inhaltliche Auseinandersetzungen begeben. Der Blick geht dabei auf gesellschaftliche Strukturen, die Rassismus und extrem rechtes Wirken ermöglichen, und auch hier war es uns wichtig, diejenigen beschreiben zu lassen, die von diesen Strukturen negativ betroffen sind. Mit der Extremismustheorie identifizieren wir in einem eigenen Beitrag außerdem eine falsche Freundin bei der Bekämpfung diskriminierender Strukturen.

Einen verhältnismäßig kleinen Anteil widmen wir dabei der Darstellung der extremen Rechten in der Region, die in Zusammenarbeit mit dem Verein *Argumente und Kultur gegen rechts e. V.* aus Bielefeld entstanden ist. Zum einen gibt es bereits sehr viele fachspezifische Publikationen. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass eine detaillierte Auseinandersetzung mit der extremen Rechten einer Vernetzung und Organisierung von Zivilgesellschaft und dem Wissen um diskriminierende gesellschaftliche Strukturen nachgeschaltet ist. Selbstverständlich sind wir ansprechbar für Fragen in diesem Bereich und können bei Bedarf Wissen selbst vermitteln oder auf Fachliteratur und Expert*innen in der Region verweisen.

Zu den Entwicklungen im extrem rechten Kontext gehören auch gesellschaftliche Entwicklungen im Zuge der SARS-CoV-2-Pandemie ab März 2020. Die inhaltliche Arbeit zu unserer Broschüre begann kurz vorher und zum Redaktionsschluss im August 2020 befinden wir uns in einer Situation, deren Entwicklung nicht antizipierbar ist. Die Bilder von Reichsfahnen vor dem Reichstag in Berlin sind uns noch frisch vor Augen und die bundesweiten sogenannten Corona-Demos, auf denen sich Esoteriker*innen, Hippies und Impfgegner*innen mit Neonazis, Identitären, Neurechten, Reichsbürger*innen und AfDler*innen zusammenfinden, haben sich in Teilen konsolidiert und bedürfen weiterhin einer kritischen Beobachtung, Begleitung und Kommentierung. Auch in OWL finden die vermeintlich unpolitischen Corona-Demos teils nachhaltiges Publikum. Auch diesen Entwicklungen widmen wir unsere Aufmerksamkeit aus den oben genannten Gründen nur wenig, sind aber auch zu diesem Thema ansprechbar.

Zu guter Letzt haben wir unsere Netzwerkpartner*innen aus der Beratungslandschaft eingeladen, sich und ihr Angebot in kurzen Texten vorzustellen, und danken auch diesen für ihre Unterstützung.

Wir wünschen den Leser*innen viel Freude und Aha-Momente mit dieser Broschüre und hoffen, Anregungen und neue Perspektiven bieten zu können. Wir freuen uns über Kommentare, Zuschriften und Anregungen.

MBR OWL

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL / Regierungsbezirk Detmold



OMAS GEGEN RECHTS: ENGAGEMENT IM ALTER

Omas gegen Rechts ist eine Bewegung von hauptsächlich älteren Frauen, die sich gemeinsam gegen Rechts und für ein demokratisches Miteinander engagieren. Es gibt im ganzen deutschsprachigen Raum Gruppen, so auch in Ostwestfalen-Lippe. Die *Omas gegen Rechts Minden* erzählen von ihrer Motivation, aktiv zu werden, Tätigkeiten und Zukunftsplänen.

Seit wann gibt es die Bewegung *Omas gegen Rechts*?

Inspiziert von der seit November 2017 in Wien existierenden Gruppe wurde *Omas gegen Rechts* in Deutschland im Januar 2018 auf Facebook gegründet. Inzwischen gibt es weltweit viele weitere Gruppen.

Was ist der Grundgedanke hinter der Bewegung, was wollen *Omas gegen Rechts* erreichen?

Omas gegen Rechts ist eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche Initiative, die sich in den politischen Diskurs einmischen will. Es geht uns um die Erhaltung der Demokratie und um einen respektvollen Umgang aller Mitbürger*innen miteinander, unabhängig von ihrer Religion, Hautfarbe und ethnischen Zugehörigkeit. Bedrohliche Entwicklungen wie Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit müssen dabei erkannt und gegen sie konkret Widerstand geleistet werden. Die ältere Frau als öffentliche politische Kraft ist nicht in unserem kollektiven Bewusstsein gespeichert. Deshalb müssen die *Omas gegen Rechts* öffentlich als eine starke Stimme für die Zukunft aller Kinder und Enkelkinder auftreten. Denn vielleicht werden sie uns eines Tages fragen: Was habt ihr getan? Alt zu sein bedeutet nicht, stumm zu sein!

Wie hat sich eure Gruppe gegründet und was gab Anlass dazu, sich als *Omas gegen Rechts* zusammenzufinden?

Im Juli 2019 fand die Auftaktveranstaltung von *Omas gegen Rechts* in Minden statt. Die Initiator*innen haben dort beschrieben, warum sie die Initiative zur Gründung einer Mindener Gruppe ergriffen haben: In den letzten Jahren haben sich die politischen Verhältnisse in Deutschland verändert. Zwar gab es schon immer einen rechten Rand in der Politik, nun aber versuchen verschiedene Kräfte, rechtes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Es ist zwar ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung, der sich dem anschließt, dennoch vermissen die Mindener Initiator*innen eine größere Gegenbewegung aus der Mitte der Gesellschaft. Dazu möchte die Mindener Gruppe ihren Beitrag leisten.

Die Bewegung heißt *Omas gegen Rechts*. Dürfen wirklich nur Omas bei euch mitmachen?

Mittlerweile ist *Omas gegen Rechts* ein weltweites Markenzeichen. Trotz des Namens sind aber auch Opas, Kinder, Enkelkinder und Freund*innen willkommen.

Was habt ihr als Gruppe bisher gemacht?

Zum einen haben wir Werbematerial erstellt, um unser Anliegen zu vermitteln und bekannt zu machen: Es wurden Postkarten mit der Grundsatzerklärung von *Omas gegen Rechts* und unseren Kontaktdaten gedruckt, außerdem gibt es Plakate, Buttons und Schirme mit unserem Logo und Teppichklopfer mit Plakaten.

Darüber hinaus möchten wir beispielsweise mit Infoständen und durch die Teilnahme an politischen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit auftreten. Dazu gehörten bisher vor allem Veranstaltungen zu Anlässen wie dem Holocaust-Gedenktag am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Novemberpogrome am 9. November, dem Weltfrauentag, dem Anti-Kriegs-Tag, dem Tag gegen Rassismus oder weitere Veranstaltungen

wie interkulturelle Feste in Minden. Wir beteiligen uns auch an Veranstaltungen des Bündnisses *Seebrücke Minden*, von *Fridays for Future* oder *One Billion Rising*.

Außerdem ist es uns sehr wichtig, uns als Gruppe weiterzubilden. Dazu gibt es interne Informationsveranstaltungen mit externen Referent*innen. Bis jetzt haben wir zum Beispiel die Themen »Versteckte Symbole der Rechten und ihre Kleidung« und »Definitionen und Grundelemente von Rassismus und Populismus« näher betrachtet und uns mit dem *AfD*-Programm kritisch auseinandergesetzt und geschaut, was inhaltlich dahinter steht.

Seid ihr mit anderen *Omas gegen Rechts*-Gruppen vernetzt?

Daran arbeiten wir noch. Wir möchten zu einem Treffen mit den regionalen Gruppen *Omas gegen Rechts* in Ostwestfalen-Lippe einladen, um sich kennenzulernen und sich auszutauschen.

Habt ihr Pläne für die Zukunft?

Unsere bisherigen Aktivitäten möchten wir natürlich weiterführen. Wir wollen auch in einem Argumentationstraining gegen Stammtischparolen gemeinsam lernen, wie wir uns durchsetzen können, wenn wir an einem Infostand oder auch im privaten Umfeld, bei Familienfeiern oder im Gespräch mit Freund*innen, mit Anfeindungen und Stammtischparolen konfrontiert sind. Wir wollen lernen, souverän mit rechten Sprüchen und Anfeindungen umzugehen.



*Bei einem Treffen der Omas gegen Rechts Minden
© Omas gegen Rechts Minden*

Von wem bekommt ihr Unterstützung und mit wem arbeitet ihr bei euch in Minden zusammen?

Die Initiative *Omas gegen Rechts* wird über das Bundesprogramm *Demokratie leben* mit Unterstützung des *Lokalen Aktionsplans Minden (LAP)* gefördert. Darüber hinaus bekommen wir sehr viel Zuspruch bei unseren öffentlichen Auftritten. Wir sind auf Veranstaltungen von »jüngeren« Initiativen präsent und sind dort sehr willkommen.

Gab es bisher negative Stimmen zu eurer Arbeit oder Gegenwind?

Außer ein paar ablehnenden Mails haben wir keine Probleme oder Widerstand erfahren.

Braucht es eurer Meinung nach ein generationsübergreifendes Engagement gegen Rechts?

Auf jeden Fall muss es ein gesamtgesellschaftliches Engagement gegen Rechts geben, das von allen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien getragen wird.

Warum sollte man sich »im Alter« noch engagieren und dies nicht den »Jüngeren« überlassen?

Omas gegen Rechts haben viel Lebenserfahrung, keine kleinen Kinder (mehr), wir müssen nicht mehr hart in Jobs arbeiten. Wir haben mehr Zeit, uns politisch zu engagieren und gerade jetzt scheint es notwendig, einen Beitrag zu leisten: Es geht um Ermutigung, Vernetzung und Sichtbar-Machen. 🍷



Omas gegen Rechts Minden

E-Mail: omasgegenrechts-minden@gmx.de
omasgegenrechts.de



EIN ORT DER SOLIDARITÄT: FLAFLA

Das Soziale Zentrum *FlaFla* in Herford hat sich über 50 Jahre vom autonomen Jugend- und Kulturzentrum zu einem Raum für ein solidarisches Miteinander und für zivilgesellschaftliches Engagement entwickelt. Dabei hat das *FlaFla* Herausforderungen wie mehrere Ortswechsel oder das Wegfallen von Fördermitteln erfolgreich bewältigt.

Autonomes Jugend- und Kulturzentrum

Das *FlaFla* Herford ist seit 1970 ein Raum, in dem verschiedenste Menschen zusammenkommen, sich austauschen und an dessen Gestaltung sie mitwirken können. Ein Raum zur freien Entfaltung stellt für uns in einer Gesellschaft, die auf kapitalistischer Konkurrenz basiert, eine unabdingbare Notwendigkeit dar.

Ein Blick in die Geschichte des *FlaFlas* zeigt: Es erfordert viel Arbeit und Durchhaltevermögen, einen Ort wie diesen zu schaffen und zu erhalten. Der Anspruch, einen Raum auf einer unkommerziellen und selbstverwalteten Basis zu organisieren, war somit der Motor für ständige Veränderungen. Unter der Selbstorganisation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen entstand, ohne Bevormundung durch Eltern, Lehrer*innen oder Chef*innen, ein vielfältiges Programm an Kultur- und Freizeitangeboten: Neben Jamsessions, Hausaufgabenhilfen und Kickerturnieren fanden Konzerte, Partys und politische Veranstaltungen statt. Entscheidungen wurden auf der wöchentlichen Hausversammlung gleichberechtigt und im Konsens getroffen.

Häufig stellten die notwendigen Standortwechsel das *FlaFla* vor neue Herausforderungen, da sie meist bedeuteten, dass mit dem Wechsel auch Aktive wegfielen.

2012 wurden unserem Trägerverein *Verein für Sozial- und Kulturarbeit* die Fördermittel der Stadt gestrichen. Dadurch wurde die Arbeit allerdings nicht aufgegeben. Stattdessen hatte die neue Situation zur Folge, dass seitdem alle anfallenden Aufgaben ehrenamtlich erledigt werden.



2015 – Ein Neubeginn: Das SZ *FlaFla* mischt sich ein

2015 war es dem *FlaFla* möglich, ein eigenes Haus zu kaufen. Die umfassenden Umbauarbeiten an dem Gebäude brachten einen erneuten tiefgreifenden Wandel der inneren Strukturen mit sich. Die Einsicht, dass das selbstgesetzte Ziel nicht erreicht wurde, ein offener Ort für Menschen unabhängig von Gender, Herkunft, Alter und Geldbeutel zu sein, führte zu einem langwierigen Reflexions- und Umstrukturierungsprozess.

Aus dieser Diskussion resultierte die Änderung des Namenszusatzes »Autonomes Jugend- und Kulturzentrum« in »Soziales Zentrum«. Wir möchten nicht länger als ein Freiraum isoliert von der Gesellschaft stehen, sondern vielmehr als Teil der Gesellschaft auf diese einwirken und uns an gesellschaftlichen Kämpfen beteiligen. Das Soziale Zentrum *FlaFla* soll als ein Akteur in der Stadtpolitik wahrgenommen werden und die Interessen der Menschen vertreten.

© *FlaFla*

Durch Bildungs- und Stadtteilarbeit, Informationsveranstaltungen und Stellungnahmen wollen wir linke Politik in der Stadt wieder sichtbar und spürbar machen. Unsere Positionen möchten wir dabei vielen Menschen vermitteln und verständlich machen. Gleichzeitig soll unser Haus vor allem ein offener Raum sein, den wir mit vielen verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen teilen. Wir wollen so ein solidarisches Miteinander leben, in dem Hierarchien abgebaut werden und wir uns gegen-

seitig unterstützen. Dazu gehört eine ständige Selbstreflexion, da auch wir nicht frei von diskriminierendem Verhalten und Einstellungen sind. Genauso zentral ist die gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungsprozessen durch regelmäßige und offene Hausversammlungen.

Das *FlaFla* ist daher ein soziales Zentrum mit dem Anspruch, sowohl linke Politik und gesellschaftliche Fragen als auch soziokulturelle Arbeit unkommerziell und in Selbstverwaltung zu diskutieren und zugänglich zu machen. Dieses Konzept lebt von dem Engagement jeder einzelnen Person und steht für neue Gesichter jederzeit offen.

Schulter an Schulter gegen den Faschismus

Auch am *FlaFla* und der Stadt Herford geht der Rechtsruck in der Gesellschaft nicht spurlos vorbei. In den letzten Jahren mussten wir entsetzt und wütend die Formierung der *Alternative für Deutschland (AfD)* lokal und bundesweit beobachten. Auch in unserer Region gab es rassistische Bürgerinitiativen und es wurden Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und linke Räume verübt. Unsere Arbeit unterliegt dem Anspruch, sich nicht nur an Symptomen abzarbeiten, sondern auch nach den gesellschaftlichen Bedingungen zu fragen, die die fruchtbare Grundlage für dieses Verhalten und diese Entwicklungen bilden: Rassismus und Faschismus gehen Hand in Hand mit kapitalistischem Gegeneinander.

Deshalb leben wir in unserer Praxis einen konkreten Gegenentwurf im Miteinander. Das wirksamste Mittel für einen nachhaltigen Kampf gegen Rechts ist für uns ein selbstorganisierter Antifaschismus von unten, der sich traut, die bestehende Ordnung infrage zu stellen. Gemeinsam mit anderen linken und progressiven Organisationen und Einzelpersonen organisieren wir uns in einem Bündnis gegen Rechts, mit dem wir gemeinsam und kurzfristig auf die Präsenz rechter Akteur*innen reagieren können. Um außerdem gemeinsam gesellschaftliche Prozesse und Phänomene zu verstehen und zu verändern, bilden wir uns und andere durch verschiedene Formate. Auch in der Kulturarbeit sehen wir eine politische Dimension: Zum einen hat eine gelebte Subkultur das Potenzial, emanzipatorische Inhalte zu vermitteln. Das *FlaFla* kann im Gegensatz zu kommerziellen Anbieter*innen Angebote schaffen, die in der sonst keinen Platz finden. Zum anderen sind unsere Veranstaltungen bezahlbar. Damit nehmen wir das Recht auf Kultur wörtlich. Dies ist nur möglich, indem wir uns durch unsere Organisation versuchen, der Profitlogik soweit wie möglich zu entziehen.

Sowohl die Art, uns zu organisieren und das *FlaFla* gemeinsam zu gestalten, als auch unser kulturelles Angebot leisten einen wichtigen Beitrag zu einer starken Zivilgesellschaft, die sich rechten Bestrebungen und diskriminierenden Verhaltensweisen und Strukturen entgegenstellt. Durch eine lebendige und solidarische Jugend- und Subkultur kann das Fundament für langfristige gesellschaftliche Veränderungen geschaffen werden. Das *FlaFla* ist in Herford einzigartig. Diesen Ort der Solidarität gilt es zu bewahren, weiter zu entwickeln und zu verteidigen.

Wir freuen uns auf alle, die sich einbringen wollen.

Kein Tag ohne FlaFla! 🍷

Text: Soziales Zentrum FlaFla



Graffiti an der Hauswand des FlaFla
© MBR OWL



FlaFla

Diebrockerstr. 2
32051 Herford
0 52 21/1 71 86 85

flafla.de
info@flafla.de
facebook.com/FlaFlaHerford
Instagram: @sz_flafla



FÜR DEMOKRATISCHE WERTE EIN- STEHEN: ENGERANER MANIFEST

In verschiedenen Städten im Kreis Herford sorgte im letzten Jahr das *Engeraner Manifest* für Aufsehen. Wir haben die Begleitgruppe des Manifests getroffen, um über seine Entstehung, seine Reise durch den Kreis Herford und über die gesellschaftliche Bedeutung von Positionierungen zu sprechen.

Schön, dass wir heute bei euch im *Jugendzentrum Zebra* in Enger zu Besuch sein dürfen. Könnt ihr euch kurz vorstellen: Wer seid ihr und was macht ihr?

Wir sind die Begleitgruppe des *Engeraner Manifests*. Wir bestehen aus acht bis zehn Menschen und treffen uns zweiwöchentlich im *Jugendzentrum Zebra*, dem Geburtsort des Manifests. Wir sind ein Gremium von Menschen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Bereichen einer Kleinstadt. Ein wichtiger Teil unserer Zusammenarbeit besteht im kritischen Austausch zur aktuellen politischen Situation. Uns eint eine ähnliche Sensibilität für gesellschaftliche Entwicklungen auf lokaler, nationaler und auch internationaler Ebene. Darüber hinaus sind wir verantwortlich für das *Engeraner Manifest* und begleiten es auf seiner Reise durch den Kreis Herford.

Könnt ihr kurz erklären, was das *Engeraner Manifest* ist?

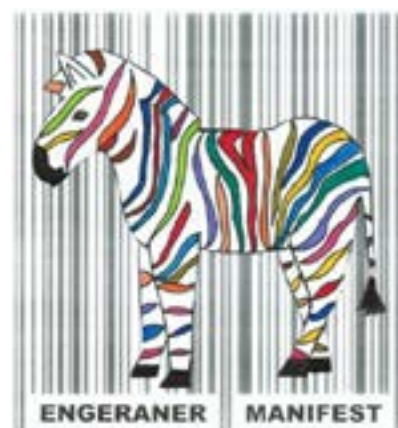
Das *Engeraner Manifest* ist ein in Leder gebundenes Buch, das zunächst einmal das Manifest beinhaltet. Auf weiteren leeren Seiten können sich couragierte Menschen mit ihrer Unterschrift zu unseren demokratischen Werten bekennen. Die Unterzeichner*innen des Manifests sollen dazu motiviert werden, in alltäglichen Situationen aufzustehen, den Mund aufzumachen und sich zu positionieren, wenn diese Werte mit Füßen getreten werden. Denn erst eine klare Positionierung ermöglicht es uns, in einen Diskurs einzusteigen und Menschen zum Nachdenken anzuregen oder anzufangen, die eigene Position zu überdenken. Erst dann ist Aktion und Veränderung möglich.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, ein Manifest zu verfassen?

Die Idee des Manifests ist 2018 aus einer großen Unzufriedenheit entstanden: Es war für uns unerträglich zu realisieren, dass nach dem Niedergang der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* mit der *AfD* eine neue rechte Gruppe in die Parlamente einzog. Zur Bundestagswahl 2017 gab es in Enger an einer Schule eine Art Vorabwahl für Schüler*innen. Die *AfD* erzielte an der Schule ähnliche Ergebnisse wie bei der Bundestagswahl. Das war ein richtiger Hallo-Wach-Effekt für uns, aktiv zu werden und zu handeln. Aus dieser Situation heraus ist der Wunsch entstanden, etwas aufzuschreiben. In der Hoffnung, daraus etwas wachsen zu lassen, haben wir das später »Manifest« genannt. Uns war von Anfang an klar: Wenn es etwas Nachhaltiges sein soll, dann muss es raus aus der Ecke der Jugendarbeit und in andere gesellschaftliche Bereiche getragen werden. In Zusammenarbeit mit anderen Aktiven haben wir Jugendzentren dem *Engeraner Manifest* schließlich zur Geburt verholfen: Am 9. November 2018 fand im *Jugendzentrum Zebra* die öffentliche Gründungsveranstaltung statt, bei der über 350 Menschen zusammenkamen.

In welchen Städten lag das Manifest bislang aus?

Nach der Eröffnungsveranstaltung haben wir das Manifest für die vom Kreis Herford betreuten Jugendzentren, unsere Kooperationspartner*innen vor Ort, freigegeben. Wir haben besprochen, wie und wo es in



Logo Engeraner Manifest
© Engeraner Manifest

der jeweiligen Stadt ausgelegt wird und wer für die Betreuung verantwortlich ist. Vorab haben wir ein wenig die Werbetrommel gerührt und mit den Bürgermeister*innen der jeweiligen Gemeinden und Kommunen Pressetermine abgehalten. Bislang lag das Manifest an vielen Orten im Kreis Herford aus – in Enger, Hiddenhausen, Spenge und Vlotho – und wurde von über 2.000 Menschen unterschrieben. Eine Überlegung für die Zukunft ist, ob wir auch Kontakt zu Jugendzentren in Bünde, Herford und Löhne aufnehmen, die nicht vom Kreis Herford betreut werden.

Welche Aktionen wurden im Rahmen des Manifests durchgeführt?

Zunächst haben wir ein Logo entwickelt und Pins und Aufkleber in Auftrag gegeben. Jede Person, die sich im Manifest verewigt, bekommt einen Ansteckbutton, um sich öffentlich zu positionieren. Es geht dabei auch darum, im Alltag Gleichgesinnte zu erkennen und sich zu vergegenwärtigen: »Ich bin nicht allein, wir sind viele!«. Außerdem haben wir verschiedene Veranstaltungen organisiert. Unter anderem haben wir uns an den Aktionswochen gegen Rassismus im Kreis Herford beteiligt, bei denen wir ein Graffiti-Projekt am *Jugendzentrum Kleinbahnhof* angeboten haben. Dieses Jahr haben wir das Theaterstück *Zaun im Kopf* des Ensembles *Sonni Maier* aus Witten hier an die Realschule in Enger geholt, in dem Themen wie Flucht, Fluchtursachen und Rassismus aufgegriffen werden. Für das Jahr 2020 waren Veranstaltungen geplant, die aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten oder noch auf der Kippe stehen – so wie unsere geplante Geburtstagsfeier zum zweijährigen Jubiläum. Die Veranstaltungen, die dieses Jahr nicht stattfinden können, werden wir im nächsten Jahr nachholen. Im Fokus wird für uns die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem jüdischen Leben in Enger stehen. Eine Idee ist, die bereits verlegten Stolpersteine in Enger thematisch aufzugreifen, die an Menschen erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Ihr habt erwähnt, dass die Anfänge des Manifests in den Jugendzentren in Enger liegen. Beschäftigen euch Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus in eurer täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen?

Wir beschäftigen uns in den Jugendzentren täglich mit den Themen Alltagsrassismus und Vorurteile. Das liegt zum einen daran, dass wir geflüchtete Menschen in das Leben in Deutschland integrieren und ihnen dieses näherbringen wollen, denn für viele geflüchtete Kinder und Jugendliche sind Jugendzentren oftmals Anlaufpunkt Nummer eins. Zum anderen bekommen wir natürlich von den restlichen Besucher*innen eigene politische Einstellungen mit und müssen teilweise durch Gespräche intervenieren. Viele haben Vorurteile gegenüber Geflüchteten, was widersprüchlich angesichts der Tatsache erscheint, dass sie gleichzeitig enge Freundschaften zu Jugendlichen mit Fluchterfahrung pflegen. Es sind also keine gefestigten Weltbilder, sondern eher die Reproduktion aufgegriffener Phrasen. Und genau das ist für uns der Punkt zu intervenieren, Gespräche zu suchen, ein bisschen die Augen zu öffnen und den Horizont zu erweitern. Das ist eine wichtige Aufgabe der Jugendzentren. 🍌

Gerade steht sich besser!

Macht euch gerade gegen jegliche Form von Populismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Bilder in den Zeitungen, in den Nachrichten machen Angst, weil sie sich so ähneln mit Bildern aus den dreißiger Jahren – Bilder von Menschenjagden, von Judenverfolgung, von Missachtung der Menschenwürde und der Lust auf Leben. (...)

Das Manifest steht für eine neue Form von Grenzsetzung im Sinne von »Bis hier hin und nicht weiter!« Eine neue Form des Sich-Einmischens immer dann, wenn Recht zu Unrecht wird, wenn Menschen das Menschsein abgesprochen wird, wenn Angst und Hass in aller Welt gestreut werden. Bitte mischt Euch ein, haltet nicht den Mund, nur weil jemand lauter ist als Ihr. Lasst euch nicht bedrohen, denn wir alle sind mehr!

Das Engeraner Manifest ist eine Erklärung von Menschen aus Enger und Umgebung, die durch ihre Unterschrift und dem Eintrag in das Manifest ein deutliches Zeichen setzen, um eine Position für die so wertvollen demokratischen Grundsätze unserer Republik zu beziehen.

(Auszug aus dem Engeraner Manifest)

Weitere Informationen:

zebra-jz.de/wordpress/engeraner-manifest



KEINE TOLERANZ DER INTOLERANZ

Matitjahu Kellig ist Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Herford-Detmold. Zum Interview haben wir uns mit ihm in der Synagoge in Herford getroffen und über sein neues Projekt, Corona-Leugner*innen, Nazis und Antisemitismus gesprochen.

Wie geht es dir und was beschäftigt dich zurzeit?

Es geht mir ganz gut. Corona habe ich bis jetzt ganz gut überstanden. Zu denken geben mir momentan das Erstarken von Verschwörungstheorien und die Mitte der Gesellschaft, die nach rechts wabert. Sorgen bereiten mir nicht nur Extreme wie Attila Hildmann, sondern Viele, die sagen: »Die da oben rauben uns die Freiheit«. Sie vergessen dabei, dass nicht die Regierung uns der Freiheit beraubt, sondern das Virus. Beschäftigt bin ich außerdem mit dem Projekt *Toleranz-Tunnel*, das ich derzeit mit einem Verein in Deutschland aufbaue. Ich habe das Konzept eines mobilen Museums, das sich mit Völkermorden und der Frage auseinandersetzt, wie Menschen zu so etwas in der Lage sind, 2018 auf einer Konzertreise durch Südamerika in Mexiko kennengelernt. Die Ausstellung ist mobil einsetzbar: Wir wollen die Leute nicht ins Museum bringen, wir bringen das Museum an die Orte der Öffentlichkeit, an denen Menschen bereits sind.

Was bedeutet das Erstarken von Verschwörungsideologien für dich konkret? Bist du zunehmend mit Antisemitismus konfrontiert?

Im Alltag erlebe ich Antisemitismus nicht face-to-face. Es ist die versteckte Argumentation, die versteckte Fragestellung, die ich sofort heraushöre. Antisemitismus und der Glaube an eine jüdische Weltverschwörung, die eine geheime Macht ausübe, ist eine spezifische Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Solche Theorien erhalten in der Regel in Krisensituationen Vorschub, was sich auch in Zeiten von Corona wieder bestätigt.

Dank deiner Initiative und deinem Durchhaltevermögen sitzt der Neonazi Sascha Krolzig zurzeit in Haft. Wie bewertest du das Ergebnis des Prozesses?

Von der Anzeige 2016 bis zu der Nichtzulassung der Beschwerde des Angeklagten vor dem Bundesverfassungsgericht vergingen vier Jahre, da der Prozess durch die Nazis in die Länge gezogen wurde. Das war sehr anstrengend. Ich habe aber immer versucht klarzumachen, dass die Mittel des Rechtsstaates auch

Nazis zustehen. Am Ende kann man Sascha Krolzig für sein Durchhaltevermögen fast danken: Nun hat sogar das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass sich Aussagen wie die seine zur Aufstachelung von Hass gegen die jüdische Bevölkerung eignen und an eine nationalsozialistische Vernichtungsrhetorik anknüpfen. Dieser Beschluss hat nicht nur Strahlkraft, sondern geschichtsträchtige Wirkung.

Wie ging es dir während des Verfahrens?

Es war nicht tagtäglich so, aber es gab eine starke Tendenz zu Verunsicherung, Bedrohung und Angst. Angst ist nicht immer schlecht, sie hilft uns zu reagieren und aktiv zu werden. Aber ich habe während der

Prozess gegen Neonazi Sascha Krolzig

2016 zeigte Matitjahu Kellig den Vorsitzenden der neonazistischen Partei *Die Rechte* Sascha Krolzig an. Grund war, dass Letzterer ihn als »selbstgefälligen frechen Judenfunktionär« bezeichnet hatte. Nach jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen verwarf das Bundesverfassungsgericht 2020 Krolzigs Beschwerde gegen eine Verurteilung durch das Landgericht Bielefeld zu sechs Monaten Haft, wodurch diese rechtskräftig wurde.

vier Jahre viel Substanz verloren.

Beim Prozesstag am Landgericht Bielefeld im Oktober 2019 hat mir die gesamte Unterstützer*innengruppe unendlich viel geholfen. Ohne die – keine Chance. Wichtig war für mich auch die Begleitung durch die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus*. Die Provokationen und Übergriffe, die an dem Tag von den Nazis ausgingen, haben in mir Entsetzen und Abscheu ausgelöst. Ich hätte mir gewünscht, dass die Justiz im Gerichtsgebäude sehr viel deutlicher Position bezieht, anstatt Unterstützer*innen und Nazis in einen Topf zu werfen. Auch bemerkenswert: Vor dem Prozess habe ich beim Staatsschutz Bielefeld angerufen, um zu fragen, wie es am Prozesstag mit Personenschutz aussehe. Der Beamte sagte, dass dies nicht vorgesehen sei. Das Gespräch endete mit dem Satz: »Es wird schon nichts passieren« – eine Position, die die Polizei Bielefeld noch nach dem Anschlag von Halle vertrat. Das ist mir immer wieder durch den Kopf gegangen, es gäbe in mir und damit konnte ich nur ganz schwer umgehen. Mir ist es aber wichtig, nicht alle Polizist*innen über einen Kamm zu scheren. Die Polizei in Herford und Detmold hat einen wunderbaren Job gemacht. Sofort nach den Anschlägen von Halle standen Polizist*innen bei mir vor der Tür und auch während des gesamten Prozesses konnte ich immer wieder Rücksprache halten und über Sicherheitsmaßnahmen zu Hause und in der Gemeinde sprechen.

Hat dich der Anschlag von Halle überrascht?

Nein. Man kann zwar nicht voraussagen, wann und wo etwas passiert, aber aufgrund der gesamten gesellschaftlichen Situation haben mich auch der *Nationalsozialistische Untergrund (NSU)* und Hanau nicht überrascht.

Wie würdest du jüdisches Leben in Deutschland beschreiben?

Es gibt keines. Jüdisches Leben würde bedeuten, dass es wie christliches und muslimisches Leben auf der Straße stattfindet. Dass ich beispielsweise mit der Kippa auf die Straße gehen kann, ohne dass es besonders oder bemerkenswert wäre. Jüdisches Zusammensein gibt es innerhalb unserer Synagoge, die einem Hochsicherheitstrakt gleicht und deswegen weigere ich mich zu sagen, dass wir jüdisches Leben haben. Leben bedeutet leben.

Wie geht es deiner Gemeinde, was beschäftigt euch zurzeit?

Demographisch bedingt wird unsere Gemeinde in 15 Jahren nur noch sehr wenige Mitglieder haben, das gilt auch bundesweit. Gleichzeitig haben wir viele neugebaute Synagogen. Ich stelle mir vor, dass wenn es keine Gemeinde in Herford mehr geben sollte, unsere Synagoge als religiöses Gebäude erhalten und gleichzeitig ein Kulturzentrum installiert wird. Es sollen Gottesdienste stattfinden, Ausstellungen über die jüdische Geschichte und nicht-religiöse öffentliche, zivilgesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen einen Raum finden. Dadurch kann jüdische Präsenz in Herford erhalten bleiben. Diesen Übergang versuche ich gerade zu gestalten.

Was würdest du der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Antisemitismus mitgeben?

Man muss Antisemit*innen und menschenverachtende Ideologien ernstnehmen. Sie können eine ganze Gesellschaft ins Wanken bringen und Rechtsradikale sind immer bereit, Menschen umzubringen. Mein Appell ist, Nazis, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit, Populismus und Autoritarismus klar zu benennen. »Wehret den Anfängen« gilt nicht, denn wir sind schon mittendrin. Keine Toleranz der Intoleranz. 🍌



Matitjahu Kellig in der Herforder Synagoge, © MBR OWL

Mehr Informationen zum Projekt »Toleranz-Tunnel«
www.toleranz-tunnel.de



EIN FESTIVAL MISCHT SICH EIN

Das *Woodstick-Festival* hat sich von einer kleinen Hinterhof-Veranstaltung zu einem überregionalen Event entwickelt. Dabei war den Ehrenamtlichen des *Umsonst & Draußen* von Anfang an eine Positionierung gegen Nazis und menschenverachtende Ideologien wichtig. Als die AfD in Lage immer präsenter wurde, organisierte der Festival-Verein Gegenproteste.

Das *Umsonst & Draußen* Musikfestival *Woodstick* fand im Jahr 2003 das erste Mal statt. Als kleines Hinterhof-Happening einer lokalen Punk/Hardcore-Band gestartet, kommen inzwischen bis zu 800 Besucher*innen in das Gewerbegebiet Seelenkamp nach Lage. Zum eintägigen *Woodstick Festival* werden jedes Jahr Bands aus dem Rock-, Punk- und Metal-Bereich eingeladen. Grenzen spielen hierbei keine Rolle – gerade die Bands aus anderen Ländern machen das Festival für viele Besucher*innen reizvoll. Im Jahr 2009 wurde der Verein *Woodstick Festival e. V.* gegründet. Aktuell gehören rund 40 Menschen dem Verein an, wovon rund ein Viertel aktiv bei der Organisation im Vorfeld der Veranstaltung beteiligt ist. Am Festivaltag selbst werden wir von vielen weiteren Akteur*innen unterstützt.

Von Anfang an gegen Rechts

Für die meisten Bands und Musiker*innen aus dem Punkrock/Hardcore-Bereich gehört eine Positionierung gegen Rechts dazu. Dem Festivalteam wurde dies neben der Organisationsarbeit rund um das Festival nach und nach immer wichtiger. Denn das *Woodstick* ist inzwischen zu einem Event und einer Institution in der Region herangewachsen. Uns ist es wichtig zu zeigen, dass menschenverachtende Positionen und nationalistisches Gedankengut nirgends Fuß fassen dürfen. Erst recht darf es keine stillschweigende Unterwanderung im kulturellen Bereich geben. Noch dazu sehen wir, dass bei vielen anderen Veranstaltungen, gerade im ländlichen Bereich, Einzelpersonen und Kleingruppen bewusst mit rechter Symbolik auftreten. Aus diesem Grund haben wir uns sehr früh mit Bands wie *Frei.Wild* und zahlreichen sogenannten Grauzone-Bands, aber auch mit Neonazi-Symbolik auseinandersetzen müssen. Darauf folgte außerdem eine klare Positionierung

in unseren Festivalregeln, dass wir das Hausrecht auch auf unserem *Umsonst & Draußen* durchsetzen werden. Besucher*innen und Bands sollen sich beim *Woodstick Festival* wohlfühlen und dieses Feedback bekommen wir dadurch auch.

Neonazi-Aktivitäten in der Region

Parallel dazu konnte man in der Region verschiedenste Neonazi-Aktivitäten beobachten, gegen die wir klare Kante zeigen wollten. Ab 2014 engagierte sich der Verein erfolgreich in der *Initiative gegen Neonazis der Road Crew OWL*. Die Neonazi-Gruppierung *Road Crew OWL* hatte in Lage-Kachtenhausen eine Immobilie erworben, in der sie unter anderem Rechtsrock-Konzerte und Neonazi-Treffen veranstaltete. Erst ein breites gemeinschaftliches, bürgerliches Engagement setzte dem Ganzen einen Riegel vor, sodass die Neonazis die Immobilie 2015 schlussendlich verkauften. Das Engagement war eine kräftezehrende Herausforderung neben der Planung des *Woodstick Festivals*, jedoch eine wichtige, denn durch rechte Aktivitäten wird kontinuierlich



Aktive des *Woodstick-Festival e. V.* bei einer Demo gegen die AfD,
© Torben Gocke / Lippische Landes-Zeitung

gemeinschaftliches, bürgerliches Engagement setzte dem Ganzen einen Riegel vor, sodass die Neonazis die Immobilie 2015 schlussendlich verkauften. Das Engagement war eine kräftezehrende Herausforderung neben der Planung des *Woodstick Festivals*, jedoch eine wichtige, denn durch rechte Aktivitäten wird kontinuierlich

das selbstverständliche, gesellschaftliche, bunte Miteinander mit all seinen demokratischen Werten bedroht und infrage gestellt.

Eine unerfreuliche Konstante: Die AfD in Lage

Dies war auch im Jahr 2019 der Anlass, sich öffentlich gegen die AfD zu stellen. Die AfD mit ihrem Kreisverband Lippe trat in der Stadt Lage immer massiver auf und lud gar überregionale Spitzenkandidaten wie Jörg Meuthen zu Veranstaltungen ein. Eine öffentliche Auseinandersetzung der lokalen demokratischen Parteien? – Fehlanzeige, man ließ die AfD gewähren.

Wir konnten nicht mehr länger zuschauen und organisierten innerhalb kürzester Zeit Gegenproteste und prangerten auch das Fehlverhalten der lokalen Parteien an. Unterstützung bekamen wir von vielen Institutionen, Vereinen und politischen Akteur*innen. Allmählich befasste man sich vor Ort mit der Situation, aber immer noch unzureichend. Die AfD fasste Fuß in der Stadt und eröffnete zwischenzeitlich ein Bezirksverbandsbüro, das nach kurzer Zeit wieder geschlossen wurde.

Fensterscheiben des Büros wurden zerstört und eine weitere Nutzung war der AfD laut eigenen Angaben nicht mehr möglich. Sie versuchte sich in Lage mit einem eigenen Bürgermeisterkandidaten, außerdem ist mit einem Einzug der AfD in den Stadtrat bei den bevorstehenden Kommunalwahlen zu rechnen. Der mittlerweile gegründete Stadtverband sieht anscheinend auch große Chancen bei der russlanddeutschen Community. Diese ist seit vielen Jahren im Vergleich zu anderen Städten recht groß und organisiert sich in vielen freikirchlichen Gemeinschaften verteilt in der Stadt.

Als die AfD im August 2020 alle Kreissprecher*innen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (NRW) nach Lage einlud und dafür wieder die Erlaubnis zur Nutzung städtischer Räumlichkeiten bekam, wurde ein zivilgesellschaftlicher Gegenprotest erneut notwendig. Das *Woodstick Festival* organisierte gemeinsam mit anderen Akteur*innen in kürzester Zeit eine Gegenveranstaltung. Viele Initiativen, Vereine und Parteien schlossen sich einem gemeinsamen Aufruf zur Demonstration an. Es kamen fast 300 Personen nach Lage und demonstrierten gemeinsam, dass die AfD in Lage nicht willkommen ist.

Kulturelles Engagement im ländlichen Raum

Eine Auseinandersetzung mit dieser rassistischen, völkisch-nationalistischen Partei bleibt damit für das *Woodstick Festival* unabdingbar, denn schlussendlich gefährdet sie das demokratische Miteinander und damit auch zivilgesellschaftliches Engagement und das kulturelle Leben. Aus dem Hinterhof-Happening ist das *Woodstick Umsonst & Draußen Festival* gewachsen, organisiert als Verein. Wir sehen darin gerade auch für junge Menschen eine große Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, sich in kulturelle Gestaltungsprozesse einzubringen und sich zu engagieren. Im ländlichen Raum fehlen oft kulturelle Angebote. Der Erfolg unserer kleinen, unkommerziellen Veranstaltung zeigt, dass Veranstaltungen wie diese auch von öffentlichen Einrichtungen entsprechend anerkannt und gefördert werden müssen. 🍷



»nicht egal« Motto-Banner einer vom *Woodstick-Festival* organisierten Demonstration, © *Woodstick Festival*

Text: *Woodstick Festival*



Woodstick Festival e. V.

www.woodstick-festival.de

facebook.com/WoodstickFestival

Instagram: @woodstickfestival



WIR DULDEN KEINE RECHTE GEWALT IN UNSEREM DORF

Nach einem Angriff extrem rechter Dorfbewohner auf einen Nachbarn fanden sich im Horn-Bad-meinberger Ortsteil Fromhausen engagierte Bürger*innen zusammen, um sich für ein gewaltfreies Miteinander einzusetzen. Einige der Interviewten wollten anonym bleiben.

Wer seid ihr und wie hat sich eure Gruppe zusammengefunden?

E: Unsere Gruppe *Fromhausen für ein gewaltfreies Miteinander* hat sich zusammengefunden, nachdem ein Bekannter von uns von einem als rechtsextrem bekannten Nachbarn und dessen Söhnen angegriffen worden ist. Wir waren entsetzt, wollten das nicht so stehen lassen und haben dann reagiert, um unsere Solidarität mit dem Betroffenen auszudrücken.

Ma: Mit dem Übergriff wurde klar eine Grenze überschritten. Mit unserer Initiative wollen wir uns gegenseitig stärken. Auch wenn wir Angst haben, wenn wir uns deutlich gegen Rechts äußern – je mehr sich dagegenstellen, umso besser ist es für uns alle.

Es gibt Mitglieder der völkischen Szene in Fromhausen. Wie äußert sich deren Präsenz?

Ma: Als ich nach Fromhausen gezogen bin, haben mich die Leute gefragt: »Warum ziehst du in dieses rechtsradikale Dorf?« Nach dem Übergriff habe ich mich genauer informiert, unter anderem darüber, dass es 2006 ein Zeltlager der *Heimattreuen Deutschen Jugend* (s. Infokasten) in Fromhausen gab. Auch damals und in den Folgejahren ist die völkische Familie im Dorf drohend und provozierend aufgetreten. Dies wurde wie auch der Übergriff unter den Teppich gekehrt, viele haben gesagt: »Das ist nur ein Nachbarschaftsstreit. Was kocht ihr alte Sachen wieder hoch?«

M: Nach dem Übergriff haben wir uns nochmal näher mit dem Phänomen völkische Landnahme befasst, bei uns und in der Region insgesamt. Diesem Treiben wollen wir in unserer Nachbarschaft keine Plattform bieten.

Jasper: Wir haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt und einen Zusammenhang hergestellt zwischen dem Übergriff und extrem rechter Ideologie, über die Gewalt als Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele legitimiert wird. Dafür wurden wir als Gruppe und Einzelpersonen angefeindet, obwohl wir nur das ausgesprochen haben, was eigentlich alle wussten.

Was war hilfreich für euer Engagement?

E: Eine wichtige Ressource ist das Engagement innerhalb der Gruppe. Hier haben sich Leute zusammengefunden, die rechte Gewalt nicht einfach stehen lassen wollen. Wir sind etwa 20 Personen, die sich immer wieder treffen. Wir übernehmen alle Verantwortung, bereiten Treffen vor, planen Veranstaltungen und führen Diskussionen, um zu einer gemeinsamen Meinung zu kommen. Der Zusammenhalt der Gruppe gibt ein Gefühl von Stärke.

Ma: Hilfreich ist auch, dass wir auch schon vorher sozial und politisch engagierte Menschen waren. Freuen würden wir uns über mehr Vernetzung zu anderen Gruppen und Angebote vom Kreis Lippe. Es gibt hier viele Gruppen und Initiativen, mit denen sich ein Austausch lohnen würde.

Welchen Herausforderungen musstet und müsst ihr euch stellen?

E: Einige sind der Meinung, dass wir das Dorf gespalten und den vermeintlichen Frieden gestört haben.

Plötzlich taucht eine neue Gruppe auf und macht Wind, davon sind einige nicht begeistert. Den örtlichen Schießverein haben wir zwischenzeitlich sogar als eine Art Gegenpol wahrgenommen. Unser Anliegen war es aber von Anfang an, das Dorf miteinzubeziehen, alle einzuladen und offen zu sein.

Jasper: Der vermeintliche Frieden im Dorf beruht oft darauf, dass Problematiken totgeschwiegen werden. Ich habe gehört, dass sich nach der Gründung unserer Initiative und der Thematisierung des rechten Übergriffs auch die Treffen beim Schießverein ausgedünnt haben. Es wird vermieden, sich darüber auszutauschen, selbst wenn das heißt, dass man zu Hause bleibt.

M: Für uns war klar: Wenn wir nichts gegen die rechten Vorkommnisse sagen, geben wir rechter Gewalt Vorschub. Aber dieses Verständnis kann man nicht bei allen voraussetzen. Vielleicht beruht die ablehnende Haltung mancher Dorfbewohner auf Angst oder Verunsicherung. Ich glaube, wir müssen geduldiger werden.

Worin bestehen eure Aktivitäten und was ist euer Ziel?

Jasper: Unmittelbar nach dem Übergriff haben wir uns bei der betroffenen Familie getroffen, um sie zu unterstützen. Es stand schnell fest, dass wir uns dauerhaft engagieren wollen. Es folgten regelmäßige Treffen, bei denen wir die Idee für unser Sommerfest erarbeitet haben. Damit wollten wir mehr Leute erreichen und Infos verteilen. Das sollte nicht mit dem Zeigefinger oder durch eine Demo passieren, sondern in einem Rahmen, der alle anspricht. Dort sind Musikgruppen aufgetreten, Leute haben Essen mitgebracht, viele Unterstützer*innen von außerhalb des Dorfes sind gekommen.

Ma: Kurz nach unserer Gründung hat die Fachjournalistin Andrea Röpke im Nachbardorf Berlebeck einen Vortrag zu völkischen Sippen und Siedlern gehalten. Wir haben dazu Flyer erstellt und das Dorf eingeladen, sich bei dem Vortrag zu informieren.

Die Veranstaltung war ein Erfolg: Es kamen viele Menschen aus der Region. Schön war zu erleben, dass wir in Fromhausen nicht allein sind. In anderen Orten gibt es ähnliche Probleme, aber auch viele Engagierte. Der Vortrag hat uns geholfen, die Geschehnisse hier in Fromhausen in dem völkischen System einzuordnen.



*Beim Fromhauser Sommerfest 2020
© MBR OWL*

Es gab einen Prozess zu dem extrem rechten Übergriff, der euren Gründungsanlass bildet. Könnt ihr dazu etwas erzählen?

E: Der als rechtsextrem und gewaltbereit bekannte Täter, der das Opfer vorher schon mehrere Male verbal bedroht hatte, hatte gemeinsam mit seinen drei Söhnen unter Einsatz von körperlicher Gewalt ein Gespräch mit dem Opfer erzwingen wollen. Letzteres saß auf dem Trecker und mähte seine Wiese. Der Täter und ein Sohn sprangen auf den Trecker und attackierten Opfer und Trecker von vorne und von hinten massiv. Der Betroffene konnte verletzt und in Panik zu einem Nachbarn flüchten, der die Polizei rief. Im Nachgang behauptete der Täter, das Opfer habe ihn mit dem Trecker überfahren wollen. Diese Version präsentierten er und seine Söhne immer wieder auch vor Gericht. Trotz der dokumentierten Verletzungen und des Nötigungstatbestandes auf dem eigenen Grundstück des Opfers veranlasste die wenig engagierte Staatsanwaltschaft keine weitere technische Beweisaufnahme. Diese hätte die Version des Opfers bestätigen können. Nachdem der als »Nazi-Anwalt« bekannte Verteidiger am Ende der Verhandlung bei Verurteilung seines Mandanten

noch mit Revision gedroht hatte, wurde dieser entgegen unserer Erwartungen freigesprochen. Dieser Fall zeigt, wie dreist und respektlos (sicher nicht nur) in rechten Kreisen mit Wahrheit und Justiz umgegangen

wird und wie einfach sich die Staatsanwaltschaft davon aushebeln ließ. So erging ein Freispruch mit verheerender Außenwirkung, der ein weiterer Schlag ins Gesicht des Opfers wurde.

Heimatreue Deutsche Jugend (HDJ)

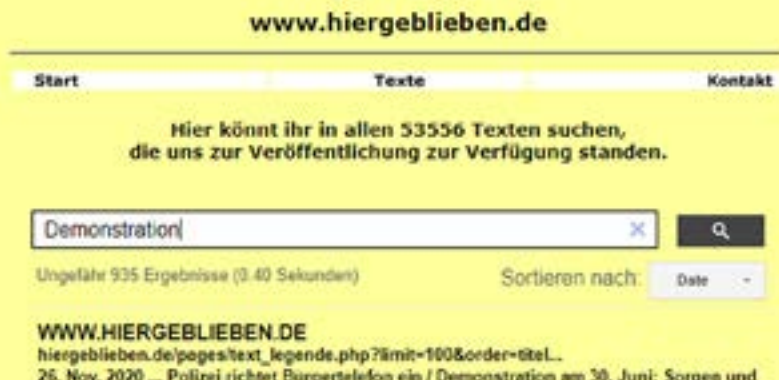
Die *Heimatreue Deutsche Jugend (HDJ)* war eine 2009 verbotene extrem rechte Gruppierung, die eine ideologische Schulung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel hatte und sich zum historischen Nationalsozialismus bekannte. Mit militärischem Drill wurden, zum Beispiel im Rahmen von Zeltlagern wie dem 2006 in Fromhausen, völkische und den Nationalsozialismus verherrlichende Ideologien vermittelt. Ostwestfalen-Lippe gehörte zur sogenannten »Einheit Hermannsland«. Laut Fachjournalist*innen werden die Aktivitäten der Gruppierung im Verborgenen bis heute weitergeführt und die Netzwerke bleiben bestehen oder entwickeln sich in manchen Regionen sogar weiter.

Gibt es etwas, das ihr euch für die Zukunft vorgenommen habt?

Jasper: Wir wollen auf dem Laufenden bleiben, die völkische Szene und ihre Aktivitäten im Auge behalten.

M: Wir sind sehr zufrieden mit dem Sommerfest 2019 und haben das Fest 2020 mit einem ähnlichen Erfolg wiederholt. Unser Ziel ist es, dieses Fest zukünftig einmal im Jahr zu veranstalten, eine Tradition aufzubauen. Außerdem wollen wir umliegende Organisationen unterstützen und uns insgesamt weiter vernetzen. Was ich auch spannend fände, sind inhaltliche Diskussionen, »Was ist der eigene Rassismus?«, dass wir nochmal über uns selbst nachdenken. ●





ZIVILGESELLSCHAFT MUSS RECHTEN DIE GRENZEN AUFZEIGEN

Der Blog *hiergeblieben.de* spielt seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in der Region, wenn es um die Dokumentation von und Recherche zu extrem rechten Aktivitäten, aber auch zivilgesellschaftlichem Widerstand geht. Wir haben mit den Betreiber*innen der Plattform über ihre Arbeit gesprochen.

Wie ist der Blog *hiergeblieben.de* beziehungsweise eure Arbeit entstanden?

Das Projekt entstand im Sommer 2003, konzipiert von drei Menschen aus Detmold, die versuchen wollten, eine antirassistische Plattform zur Behinderung der Abschiebungsmaschinerie in OWL aufzubauen. Die Homepage bot bis Anfang 2004 eine Übersicht der in der Region aktiven Flüchtlingsinitiativen. Von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst, änderte sich bald nicht nur der inhaltliche Fokus, sondern die Seite entwickelte sich außerdem zu einer Datenbank und Dokumentationshomepage. Heute hat das antifaschistische Portal seinen Sitz in Bielefeld und ist bundesweit vernetzt.

Was macht ihr genau?

Wir archivieren Presseartikel und andere Publikationen, veröffentlichen Informationen zu verschiedenen Themen, die wir selbst zusammenstellen oder recherchieren. Damit haben wir eine Archiv-Funktion und machen Informationen zugänglich. Gibst du ein Stichwort in die Suche ein, findest du eine Auswahl von Informationen, Zusammenhängen und Hintergründen.

Habt ihr thematische Schwerpunkte?

Shoah, Nationalsozialismus, Erinnerungskultur, jüdisches Leben heute, die extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus.

Das ist ein breites Themenspektrum. Von außen werdet ihr oft als Datenbank für aktuelle Neonazi-Aktivitäten wahrgenommen. Ist das ein Widerspruch?

Das ist kein Widerspruch. Wenn der inzwischen inhaftierte Sascha Krolzig den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Herford-Detmold als »selbstgefälligen frechen Juden-Funktionär« bezeichnet und äußert, er wolle den »Einfluss« jüdischer Organisationen auf die deutsche Politik »in aller kürzester Zeit auf genau Null reduzieren«, knüpft er damit unmittelbar an die nationalsozialistische Vernichtungsrhetorik an. Doch Antisemitismus ist kein Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten: Auf *hiergeblieben.de* kann beispielsweise nachgelesen werden, wie die Vertreterin der Partei *Die Linke* im Rat der Stadt Herford im Juni 2010 gegen einen Zuschuss zum Bau der Herforder Synagoge stimmte und der Stadtverband der Partei sich hinter sie stellte. Da sehen wir, dass viele der Themen, historisch wie aktuell, zusammenhängen und immer wieder verknüpft sind.

Was bedeutet es, wenn ihr euch als »Datenbank« bezeichnet? Was ist dort zu finden und wem nutzt das?

Beim Stichwort »extreme Rechte« bieten wir einen Fundus von 34.800 Veröffentlichungen bei einer Gesamtzahl von über 53.000 Artikeln seit 1980 an. Damit können alle Interessierten frei zugänglich arbeiten – das heißt durchsuchen, nachlesen, recherchieren. Zum Beispiel zu verschiedenen extrem rechten Gruppierungen,

zu Veranstaltungen der extremen Rechten oder auch Veranstaltungen zum Thema Erinnerungskultur oder Antifaschismus.

Ist das eine vollständige Dokumentation?

Nein, das ist schlichtweg nicht möglich. Es ist immer nur eine Auswahl, dennoch deckt sie vieles ab.

Für wen macht ihr diese Arbeit?

Für alle Interessierten; für Beratungsstellen, Journalist*innen, antifaschistische Initiativen. Uns ist es wichtig, Informationen frei – das heißt auch kostenfrei – zugänglich zu machen. Davon lebt zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Arbeit gegen Rechts.

Stichwort »Extreme Rechte«: Warum ist eine zivilgesellschaftliche Beobachtung und Analyse aus eurer Sicht so wichtig?

Die staatlicherseits verharmlosend so genannten »Einzelfälle« von Neonazi-Aktivitäten in der Region werden von uns kontinuierlich gegenrecherchiert. Der Tenor der Behörden ist oftmals derselbe: Einzelfälle, keinerlei Netzwerke, harmloser Verein. Nur eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Beobachtung der Neonazi-Szene kann ein realistisches Bild der Gefahr von Rechts und ihren gefestigten Strukturen geben. Auch die Justiz spielt aus unserer Sicht eine Rolle bei der Verharmlosung und unzureichenden Bekämpfung von extrem rechten Strukturen: Anfang November diesen Jahres wird die Shoah-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel nach nur zweieinhalb Jahren Haftzeit aus der Justizvollzugsanstalt entlassen. Inhaftiert wurde sie letztendlich nur wegen des Engagements von antifaschistischen Initiativen, die Staatsanwaltschaft Bielefeld hatte ursprünglich »keine Kapazitäten« frei für Anklageerhebungen. Es hat aus unserer Sicht rund ein Jahrzehnt zu lange gedauert, bis sie für ihre kontinuierliche öffentliche Leugnung des Holocaust verurteilt wurde, zu einer – aus unserer Sicht – deutlich zu milden Strafe.

Habt ihr ein Beispiel für so eine verharmlosende Haltung der Behörden?

Die Leugnung der sichtbaren Nachfolgestrukturen der verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)* sowie die Aktivitäten der rassistischen *Artgemeinschaft* stehen exemplarisch für die verharmlosende Haltung der Behörden.

Was sind hemmende Faktoren für eure Arbeit?

Der enorm hohe Zeitaufwand, den das Recherchieren und Archivieren mit sich bringt, die fehlende kontinuierliche Unterstützung, der juristische Umgang mit Einschüchterungsversuchen aus der extremen Rechten wie zum Beispiel Klagen oder Morddrohungen.

Wie finanziert ihr euch?

Seit 2003 sind die Finanzen unverändert stets prekär. Wir freuen uns über Unterstützung in jeglicher Form. Zu erreichen sind wir per Mail unter info@hiergeblieben.de.

Was möchtet ihr zivilgesellschaftlich Engagierten abschließend mit auf den Weg geben?

Die extreme Rechte mit ihrer menschenverachtenden und rassistischen Ideologie muss erkennen, dass wir es sind, die Zivilgesellschaft, die ihr Grenzen auferlegt und deutlich macht: Bis hierhin und nicht weiter! ●



Titelbild der Seite hiergeblieben.de: Hermannsdenkmal ohne »Hermann«, Fotomontage
© hiergeblieben.de



WIR LEBEN IN EINER ZEIT, IN DER RASSISMUS LEIDER NORMAL IST

Im folgenden Text berichtet Moh Kanim von alltäglichen Rassismus-Erfahrungen und seinen Auseinandersetzungen mit diesen. Er schreibt auch, was jede*r aus seiner Sicht tun kann und muss, um Rassismus zu bekämpfen und Betroffene zu unterstützen.

Rassismus geht uns alle an

Rassismus! Jede*r von uns kennt den Begriff und weiß, was damit gemeint ist. Aber ihn zu verstehen, ist etwas komplett anderes. Auch wenn man Rassismus versteht, heißt das noch nicht, ihn zu erleben und als Handeln zu fühlen. Das ist für mich eine andere Dimension des Wortes.

Wir leben in einer Zeit, in der Rassismus leider normal ist. Er ist tief im Inneren der Menschheit eingeebrannt, unterscheidet sich global und äußert sich verschieden. Manchmal gezielt und sehr zerstörerisch, oft verbunden mit physischer Gewalt. Manchmal psychisch, wenn z. B. eine Person rassistisch beleidigt wird und der*die Täter*in die verletzend Wirkung seiner*ihrer Handlungen einsetzt, um das Opfer zu schädigen.

Jede Art von Rassismus ist inakzeptabel und sollte bekämpft werden. Aber wo sollen wir anfangen? Und wie? Was kann der Staat tun? Was können meine Freund*innen tun? Es sind viele Fragen, viele wissen nicht, wo sie anfangen sollen. Sie verzweifeln, nehmen es nicht als ihr persönliches, sondern lediglich als ein Problem der Gesellschaft wahr.

Falscher Dresscode

Vor Kurzem war ich für ein paar freie Tage in Berlin. Dort wollte ich auch feiern gehen, da ich hier in Bielefeld nicht viel in Clubs gehe. Wegen des Angebots, aber auch, weil als Schwarzer Mann in Bielefeld in Clubs zu gehen meistens heißt Alltags- bzw. Nachtrassismus, wie ich es nenne, ausgesetzt zu sein. Ich werde sehr häufig mit stereotypischen Fragen durch die Nacht gejagt. Für viele ist das sehr harmlos; sie verstehen nicht, wie nervig es ist. Ich habe mich sehr auf den Abend in Berlin gefreut.

Vor dem Club standen viele rauchende Leute. Den Türsteher sah ich zuerst nicht und wollte daher direkt rein. Er fragte mich auf Englisch, wer mir erlaubt hätte reinzugehen. Dass er mich auf Englisch ansprach, war für mich schon das erste Anzeichen, dass er mich als nicht-deutsch klassifizierte. Aber Englisch ist normal in Berlin, oder?

Ich war überrascht und habe mich auf Deutsch entschuldigt. Er wollte mich überzeugen, das heutige Musikangebot wäre nichts für mich und ich solle ein anderes Mal wiederkommen. Ich erwiderte, ich wisse, was heute gespielt werde. Der Türsteher: »Ok, aber heute Abend haben wir einen Dresscode. Ohne darf man nicht rein.« Ich war verwirrt. Das stand nicht in der Ankündigung. Ich hatte ein Shirt, Jeans, Schuhe und eine normale Winterjacke an. Ich hatte die Vorstellung, im Club würde eine krasse Verkleidungsparty stattfinden. Langsam verzweifelt wusste ich nicht, ob ich nicht doch woanders hingehen sollte. Aber ich sagte mir: »Ich gehe rein und schaue es mir an. Zumindest aus Neugier. Dann kann ich weitergehen.«

Da ich fest entschlossen war, kam ich doch rein. Ich war ziemlich nervös. Es wäre mir peinlich gewesen, mit meinem Outfit nicht zu der Party zu passen, und noch peinlicher, den Club an demselben Türsteher vorbei wieder zu verlassen. Egal – ein Getränk. Endlich drin, war der Dresscode zunächst noch immer nicht erkennbar. Ich war sehr angespannt und kaufte mir erstmal ein Getränk. Im Tanzraum wurde mir der Dresscode

dann klar: Ich war absolut falsch angezogen. Wissen Sie warum?

Alle Leute auf der Party trugen zwar ebenfalls Casual-Outfits, aber ich war trotzdem falsch gekleidet. Leider trug ich an diesem Tag meine Schwarze Haut. Vor dem Clubbesuch hätte ich sie lieber ausziehen sollen. Ich versuchte zu tanzen. Die gute Stimmung im Club konnte ich allerdings vor Ärger nicht richtig genießen. Früher hätte mich so etwas komplett aus dem Konzept gebracht. Mittlerweile setze ich mich aber mit dem Thema auseinander und kann mein Anliegen direkt ansprechen. »Was ist heute eigentlich der Dresscode?«, fragte ich den Security dann einfach. Er wusste genau was ich meinte, war total beleidigt, suchte nach einer Ausflucht und fing an lauter zu werden. Ehrlich gesagt, verstehe ich nicht, warum er sich so verhielt: Er war doch in diesem Fall der Täter. Er versuchte zu erklären, warum ich heute nicht reingelassen werden sollte und suchte irgendwelche Gründe. Als er keinen Grund fand, sagte er, er gehöre zu einer sehr bekannten linken Gruppe und sei eigentlich ein guter Mensch. Ich glaube ihm und sicher fühlt er sich auch gut damit. Aber reicht das als Kampf gegen Rassismus?

Eine Frage des Alltags

Der Kampf gegen Rassismus ist eine Alltagsfrage. In unserem Leben und System passieren ständig Dinge, die wir als normal wahrnehmen. Aber dieses ererbte rassistische Wissen ist deswegen nicht richtig und wahr. Mitglied einer linken Gruppe zu sein, schließt rassistisches und verletzendes Verhalten leider nicht aus.

Auch als weiße Person eine*n PoC als Freund*in zu haben, ist kein Zertifikat für nicht-rassistisches Denken und Handeln. Jede Person sollte ihre Privilegien kennen, sich informieren, Fragen stellen, diese Freund*innen verstehen, wenn sie etwas nervt und wenn sie etwas nicht okay finden.

Ein langer Weg

Bestimmt sind die oben genannten Fragen für Sie als Leser*innen jetzt nicht beantwortet, vielleicht kamen noch mehr dazu. Was kann ich als Person tun? Wie kann ich so ein schwieriges Thema lösen? Alleine?

Ich bin der Meinung, dass jede*r vieles alleine machen und ändern kann, wenn man bei sich anfängt und sich mit dem Thema auseinandersetzt. Eine sofortige Lösung für Rassismus existiert nicht, er ist das Erbe der Menschen vor uns. Wir können die gegenwärtige Situation nur schrittweise ändern. Und auch wenn es lange dauert: Wir können daran arbeiten und uns informieren. Nach Antworten auf unsere Fragen suchen. Alleine und gemeinsam. Suchen Sie in Ihrem Umfeld danach und sprechen Sie Ihre Sorgen und Fragen an. Und wenn Sie ein Problem finden, dann suchen wir nach einer Lösung. Seien Sie aktiv.

Rassismus ist unser aller hartes Erbe. Es ist wie ein massives Gebirge. Manche sind oben, manche unten. Wir können es meißen, brechen und zusammen daran arbeiten. Das bedeutet leider viel Arbeit. Wenn wir alle zusammen daran arbeiten, Stein für Stein alles abzubauen, dauert es vielleicht Jahrhunderte. Aber vielleicht ist es am Ende so eben, dass wir alle auf einer Ebene, alle gleich sind. 🍌

Text: Moh Kanim Diab



Moh Kanim Diab

Autor, Artist, Musiker und Sozialpädagoge

Ich bin MKD und Sudanese. Ich bin seit einigen Jahren in Deutschland beheimatet und interessiere mich für verschiedene kreativ-künstlerische Bereiche, aber auch für die Philosophie des Lebens. Ich bin sozial sehr aktiv und liebe es mit Menschen zu arbeiten.

Instagram: @moh.kanim

© Julien Osahon Azamosa (Instagram: @Azamo.art)



RETTET LEBEN STATT PROFITE ALIBI

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Die Gruppe **ALIBI** ist in Bielefeld und Umgebung für die Organisation von antifaschistischen und antikapitalistischen Demonstrationen und Veranstaltungen bekannt. Zu ihrer Perspektive auf Gesellschaft und daraus resultierenden Motivation ihres Handelns, haben sie im Folgenden geschrieben.

Wir sind **ALIBI** – die *antinationale Linke Bielefeld*. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung von Mensch und Natur der Vergangenheit angehört und jede*r ohne Angst verschieden sein kann. Daher setzen wir uns gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise, Nationalismus, Patriarchat, Rassismus sowie Antisemitismus ein. Unsere Kritik an diesen Verhältnissen versuchen wir durch Vorträge, Workshops, Aktionen und Demonstrationen lautstark in die Öffentlichkeit zu tragen.

Antifaschismus auf der Straße

Während wir uns oft für das vermeintlich utopische Ziel einer befreiten Gesellschaft einsetzen und das große Ganze kritisieren, versuchen wir das Hier und Jetzt nicht aus den Augen zu verlieren. Nicht erst seit den Morden von Kassel, Halle und Hanau ist deutlich geworden, dass Faschismus nach wie vor eine konkrete Bedrohung für das Leben vieler Menschen darstellt. Deshalb ist seit unserer Gründung der Antifaschismus eines unserer Hauptarbeitsfelder. Einen Schwerpunkt unserer antifaschistischen Arbeit bilden die Proteste gegen die »Haverbeck-Aufmärsche«. Seit 2018 demonstrieren regelmäßig hunderte Nazis in Bielefeld zur Unterstützung der in Bielefeld inhaftierten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck. Wir beteiligen uns als Teil des antifaschistischen Bündnisses Bielefeld an der Organisation der Gegenproteste und versuchen gemeinsam mit Tausenden die faschistischen Demonstrationen zu verhindern. Der Kampf gegen Faschismus kann nur einhergehen mit dem Gedenken an die Opfer der Shoah, weshalb wir mit dem Bündnis eine Gedenkdemo zu den Pogromen vom 9. November veranstalten. Doch während klassische Naziaufmärsche seltener werden und kaum anschlussfähig sind, gibt es spätestens seit 2015 mit Pegida und AfD eine relevante extrem rechte Bewegung in Deutschland, die sich bürgerlich gibt und nicht nur auf der Straße, sondern auch im Parlament aktiv ist.

Ein krisenhaftes System und seine autoritären Formierungen

Die AfD ist jedoch nicht die einzige Partei, die rechte Politik vorantreibt. Auch bei den Parteien der sogenannten Mitte gab es eine klare Rechtsentwicklung. Die Verschärfung der Asylgesetze, strengere Polizeigesetze oder das Ab-

erkennen der Gemeinnützigkeit antifaschistischer Vereine – all das ist Teil einer autoritären Formierung von Staat und Gesellschaft, die wir weltweit beobachten. Diese hat verschiedene Ursachen, eine zentrale ist die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Spätestens seit der globalen Finanzkrise im Jahre 2009 hat sich auch innerhalb Europas gezeigt, dass das gute Leben für alle Menschen im Kapitalismus nichts als ein falsches Versprechen ist. Um die Profite der Unternehmen zu sichern, wurde die Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen »gesund« saniert. Spardiktat, Privatisierung und Prekarisierung – all das hat für viele Menschen (vor allem in Südeuropa) das Leben zur Hölle gemacht. Doch nicht nur



Demonstrationszug durch die Bielefelder Innenstadt, © ALIBI

in Griechenland oder Spanien haben sich die Lebensbedingungen vieler Menschen massiv verschlechtert. Auch in Deutschland haben die Lohnabhängigen nicht viel Grund zur Freude: Hartz 4, der größte Niedriglohnsektor Europas oder die sich ausweitende Altersarmut zeigen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft.

Ungleichwertigkeitsideologien als Heilsbringer

Diese Entwicklungen im Kapitalismus führen bei vielen Menschen zu Verunsicherung und Zukunftsängsten. Dies betrifft nicht nur die, denen es am schlechtesten geht, sondern gerade auch die sogenannte Mittelschicht. Vermeintliche Sicherheit vor den Abstiegsängsten versprechen Ideologien wie Rassismus, Sexismus oder Nationalismus, mit Hilfe derer der eigene Status gegen »die Anderen« verteidigt werden soll. »Die Anderen« sind dann beispielsweise Menschen, die vor Krieg und auf der Suche nach einem besseren Leben nach Europa fliehen, Feminist*innen, die Geschlechterrollen infrage stellen oder Linke, die das gute Leben für alle Menschen fordern. Die aktuelle rechte Bewegung greift diese Ängste auf und befeuert sie. Sie bringt dabei einen völkisch-autoritären Nationalismus als vermeintliche Alternative zu einem globalen Neoliberalismus in Stellung und nimmt gleichzeitig die Errungenschaften dieser Gesellschaft, die in der Vergangenheit mühsam erkämpft werden mussten, ins Visier. Diese Errungenschaften müssen wir verteidigen und die AfD dabei als organisatorisches Rückgrat der rechten Bewegung erkennen. Wir haben uns deshalb als Teil der bundesweiten Kampagne »Nationalismus ist keine Alternative« an vielen Aktionen gegen die AfD beteiligt und eigene organisiert.



Veranstaltungsflyer
© ALIBI

Ein gutes Leben für alle Menschen

Trotzdem kann es nicht unser alleiniges Ziel sein, den bürgerlichen Staat in einem Abwehrkampf gegen reaktionäre Entwicklungen zu verteidigen und dabei im Status Quo zu verharren. Denn der Status Quo ist Teil des Problems, nicht etwa Teil der Lösung. Wer Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt, weil sie für den eigenen Staat in der globalen Konkurrenz um Wachstum und Investitionen nicht verwertbar sind, ist weit entfernt von einer solidarischen Gesellschaft, wie wir sie uns wünschen. In unseren Aktionen gegen die AfD machen wir deshalb darauf aufmerksam, dass die AfD nicht das einzige Problem dieser Gesellschaft ist, noch dass sie eine echte Alternative zu diesem System darstellt. Sie spitzt ohnehin nur die in ihm angelegten Ideologien wie Nationalismus und Rassismus weiter zu. Denn die AfD will nichts an den Grundpfeilern des ausbeuterischen und krisenhaften Kapitalismus als Ursache sozialer Probleme ändern, sondern diesen nur anders verwalten – völkisch-national und somit auf eine besonders ekelhafte Art und Weise.

Wir sehen also keinen Widerspruch zwischen der antifaschistischen Arbeit im »Hier und Jetzt« und dem großen Ziel einer befreiten Gesellschaft. Im Gegenteil: Wenn wir es schaffen eine breite Masse für eine wirkliche Alternative zu den gesellschaftlichen Ursachen für die sozialen Missstände zu begeistern, nehmen wir den Rechten einerseits ein Stück weit den Wind aus den Segeln und schaffen andererseits die Basis, erkämpfte Errungenschaften verteidigen zu können und neue zu erkämpfen. Wir werden also auch in Zukunft für eine Welt streiten, in der ein gutes Leben für alle Menschen möglich ist, und hoffen euch an unserer Seite zu haben. ●

Text: ALIBI



ALIBI

Antinationale Linke Bielefeld

Website: alibi.noblogs.org

E-Mail: a-li-bi@riseup.net

Facebook: Antinationale Linke Bielefeld

Instagram: [@alibi_602](https://www.instagram.com/alibi_602)

Twitter: [@alibi602](https://twitter.com/alibi602)



GEMEINSAM SIND WIR STARK

Mit ihrem politischen Grundsatz »Gemeinsam sind wir stark« setzt sich die *DIDF (Föderation Demokratischer Arbeitervereine e. V.)* seit ihrer Gründung für ein gleichberechtigtes, menschenwürdiges und solidarisches Zusammenleben aller Menschen ein. Die *DIDF* versteht sich als Teil der sozialen und demokratischen Bewegung. Sie setzt sich dafür ein, dass türkeistämmige Migrant*innen sich in Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen gegen Sozial- und Demokratieabbau, Armut und prekäre Beschäftigung, Chancengleichheit und Diskriminierung, Kriege und Bundeswehreinsätze, Ausgrenzung und Spaltung, Rassismus und Rechtsextremismus engagieren.

Gründung

Anfang der 1970er Jahre kam es in der Bundesrepublik zur Gründung der ersten Kulturvereine von türkeistämmigen Migrant*innen. Zunächst handelte es sich dabei hauptsächlich um regionale Vereine, die Treffpunkte für Verwandte und Freund*innen waren und denen es vorrangig darum ging, ein gewisses Heimatgefühl nach Deutschland zu bringen. Später kamen Hilfestellungen zu persönlichen und bürokratischen Alltagsfragen hinzu. Nach und nach änderte sich die Rolle dieser Vereine gemäß der Lebenssituation ihrer Mitglieder: Die anfänglichen Rückkehrabsichten der ersten Zugewanderten verloren sich größtenteils im Zuge verlängerter Aufenthalte und wichen schließlich endgültigen Bleibeabsichten. Viele Menschen ließen sich dauerhaft in Deutschland nieder und ihre Familien zogen nach. Neue Familien wurden gegründet, Folgegenerationen wurden geboren. Sie alle wurden Teil dieser Gesellschaft.

Im Kontext dieser gesellschaftlichen Entwicklungen gründeten sich ebenfalls die ersten Ortsvereine des Dachverbandes *DIDF*. Sie gehörten somit zu den ersten Organisationen, die auf die veränderten Entwicklungen im Leben der türkeistämmigen Migrant*innen reagierten und ihre Arbeit entsprechend gestalteten. Die inhaltliche Arbeit wurde neu ausgerichtet: Themen wie politische Partizipation, Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Bildung, Diskriminierung und Rassismus kamen auf die Agenda. Am 6. Dezember 1980 schlossen sich die verschiedenen Ortsvereine zum Dachverband *DIDF* zusammen. Heute sind dem Dachverband über 35 Mitgliedsvereine und Gruppen angeschlossen. 1996 wurde die *DIDF-Jugend* als unabhängiger Jugendverband zur Förderung der Jugend-, Integrations- und Kulturarbeit sowie der politischen Bildung und des Engagements gegen Spaltung und Rassismus gegründet.

Der älteste Mitgliedsverein der *DIDF*, der *Demokratische ArbeiterInnen und StudentInnen Verein aus der Türkei in Bielefeld und Umgebung e. V.*, wurde 1973 gegründet. Politische, kulturelle, soziale sowie sportliche Aktivitäten – beispielsweise Seminare und Informationsveranstaltungen zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen, kulturelle Angebote wie Theater, Fußballturniere mit Jugendlichen, Großveranstaltungen mit kulturellem Programm oder Podiumsdiskussionen und Ausflüge – gehören zum Programm. Zudem engagiert sich der Verein im *Bielefelder Bündnis gegen Rechts*, in der *Bielefelder Friedensinitiative*, im *Netzwerk Migrantenorganisationen des Kommunalen Integrationszentrums* der Stadt Bielefeld, beim *DGB Frauenausschuss Bielefeld-Gütersloh*, im *Bielefelder Jugendring e. V.*, im Steuerungskreis des Projektes *NRWeltoffen* und dem *Bielefelder Netzwerk rassismuskritischer Arbeit*.

Gleiche Rechte für alle!

Infolge der Arbeitsmigration von »Gastarbeiter*innen« im Laufe der sechziger und frühen siebziger Jahre wurde Deutschland de facto zu einem Einwanderungsland. Jedoch blieb der Begriff selbst lange politisch tabuisiert wie auch konfliktbeladen. Zugewanderte Menschen galten als »Ausländer«. Dies äußerte sich im politischen, sozialen und juristischen Umgang mit Fragen ihrer Zugehörigkeit. Die strukturelle Verweigerung,

zugewanderte Menschen als Teil der Gesellschaft zu betrachten, machte sich beispielsweise darin deutlich, dass Nichtstaatsangehörigen politische Rechte (weiterhin) vorenthalten wurden. Der deutsche Pass wurde Voraussetzung dafür, Migrant*innen – wenn auch nur formal – nicht als Fremde zu behandeln, sondern ihnen die gleichen Rechte zuzusprechen. Wenngleich in den letzten Jahrzehnten das Staatsbürgerschaftsrecht reformiert wurde, so hat es im Kern seine Funktion als Ausgrenzungs- und Diskriminierungsinstrument nicht verloren.

Als *DIDF* fordern wir volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf Nicht-EU-Bürger*innen.

Für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen – Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben!

Anfang der achtziger Jahre ließen steigende Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit erste Misstöne und Ablehnungen in der Bevölkerung gegenüber Migrant*innen wachsen, was durch die Politik der Regierung Kohl zusätzlich befeuert wurde. Im Mittelpunkt dieser standen Bemühungen, Zuwanderung zu begrenzen, Rückkehr mithilfe von Prämiegeldern zu fördern und Familiennachzug zu verhindern.

Rechtsextreme und nationalistische Parteien machten »Ausländer« für die immer schlechter werdenden Lebens- und Arbeitsbedingungen verantwortlich. Ausländer- und fremdenfeindliche Parteien schafften den Einzug in die Kommunal- und Landesparlamente. Gleichzeitig häuften sich die Übergriffe von Rechtsradikalen auf Migrant*innen und Asylheime. Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln brannten sich in die Herzen und Köpfe von Migrant*innen ein.

Heute – nach über 30 Jahren – sitzt die *Alternative für Deutschland (AfD)* als rassistische und zum Teil rechtsextreme Partei im Bundestag und in allen Landesparlamenten. Ihre Propaganda wird flankiert durch rassistische Diskussionen in der Politik und in den Medien. Rechtsextreme und rassistische Organisationen und Parteien formieren sich weiter, rechter Terror nimmt zu. Der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge in Halle und Hanau, die (»ungeklärten«) Morde des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)* und die rechten Netzwerke in der Polizei (*NSU 2.0*) begleiten den politischen Diskurs. Spätestens nach der Selbstenttarnung des *NSU* ist die Verstrickung zwischen rechten Terrorgruppen und staatlichen Sicherheitsbehörden deutlich geworden. Viele Migrant*innen haben infolgedessen das Vertrauen in die deutsche Politik verloren.

Dieser Vertrauensverlust wird von nationalistischen türkischen Kräften und der islamisch-konservativen *AKP* unter Präsident Erdoğan zusätzlich noch verstärkt. Die *AKP*, die die hier lebenden Türkeistämmigen als Druckmittel und verlängerten Arm für ihre Interessen und Politik betrachtet, versucht mit allen Mitteln, die Türkeistämmigen stärker an sich zu binden und fördert nationalistische und religiöse Tendenzen innerhalb der türkeistämmigen Migrant*innen.

Es ist aber wichtiger denn je, sich aktiv gegen jegliche menschenfeindlichen Tendenzen und rechte Ideologien zu stellen, ob sie von deutschen Rassist*innen oder türkischen Nationalist*innen kommen.

Die *DIDF* engagiert sich gemeinsam mit anderen Organisationen in lokalen Bündnissen und Netzwerken und fordert darüber hinaus seit ihrer Gründung das Verbot aller rassistischen und faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda.

Das Erstarken von Rassismus hängt unmittelbar mit der sozialen Frage zusammen: In Deutschland leben 2,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze. 5,6 Millionen der über 55-Jährigen gelten als arm. Von den 40 Millionen Erwerbstätigen im Lande arbeitet nahezu jede*r Dritte in Teilzeit, als Leiharbeiter*in, Mini-



jobber*in, »Aufstocker*in« oder lediglich befristet. Gute Bildung hängt immer mehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Unbezahlbare Mieten, geschlossene Schwimmbäder und auch gestrichene Kulturangebote sind in den meisten Kommunen die Regel und wurden durch den Ausbruch der Corona-Pandemie sogar verstärkt. Anstatt jedoch strukturelle Ursachen aufzudecken, werden soziale Probleme kulturalisiert, ethnisiert und sogar biologisch begründet. Tabugrenzen werden rücksichtslos überschritten (»Man wird das ja noch sagen dürfen«), Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf den Kopf gestellt.

Der Kampf gegen Rassismus muss deswegen auch immer ein Kampf gegen soziale Missstände sein. Dafür setzt sich die *DIDF* seit 40 Jahren ein: In den 1980er Jahren in den Arbeitskämpfen für eine 35-Stunden-Woche und den Erhalt von Arbeitsplätzen, heute in Protesten gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Beschäftigten, Frauen und Jugendliche – egal welcher Herkunft.

Gemeinsam sind wir stark!

Rassismus und rechter Terror sind Probleme der gesamten Gesellschaft. Sie sind ein Angriff auf unser Zusammenleben. Deswegen müssen wir gemeinsam Zeichen setzen – gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund der Herkunft, der Hautfarbe, der Religion, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder aufgrund von Behinderungen. Ein solidarisches, friedliches und gleichberechtigtes Miteinander kann nur dann erreicht werden, wenn alle aktiv werden und rechten Tendenzen entgegentreten.

Rassismus äußert sich in verschiedenen Formen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Abwertung in unserem Alltag: Die Zurückweisung im Fitnesscenter. Die Wohnung, die man nicht bekommt. Die diskriminierende Darstellung in den Medien oder der Name auf den Bewerbungsunterlagen, der eine Einladung zum Vorstellungsgespräch verhindert. Das selektive Bildungssystem, das zu einer maßgeblichen Verschärfung von Bildungsungerechtigkeiten beiträgt und das Abdrängen in prekäre Arbeitsverhältnisse. Es gibt einen steigenden Alltagsrassismus, der für viele spürbar ist. Es ist wichtig, Rassismus sichtbar zu machen und die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken.

Es gibt in Deutschland ein starkes Engagement gegen das Aufkeimen von Rassismus. Auf lokaler Ebene gibt es viele zivilgesellschaftliche Kräfte, die sehr entscheidend sind. Daher fordern wir die Unterstützung anti-rassistischer und antifaschistischer Initiativen, Bündnisse, Einrichtungen und Vereine.

Von der Lokalpolitik erwarten wir, dass sie sich konsequent gegen die Verbreitung rassistischer, rechtsextremer, demokratiefeindlicher und menschenverachtender Hetze stellt. Zudem erwarten wir Maßnahmen und Konzepte, um gegen strukturellen und institutionalisierten Rassismus in Arbeit, Verwaltung, Polizei, Bildung und auf dem Wohnungsmarkt vorzugehen.

Es ist die Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, dafür zu sorgen, dass nicht weiterhin Migrant*innen und Geflüchtete für soziale Fehlentwicklungen wie beispielsweise Wohnraumnot und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Wir fordern mehr soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen eine Abkehr von der Agenda 2010 und die Abschaffung von Hartz IV. Für existenzsichernde Löhne brauchen wir die Erhöhung des Mindestlohnes. Leih- und Werkvertragsarbeit sowie befristete Arbeitsverträge müssen abgeschafft, der Anspruch auf qualifizierte Ausbildung und Arbeit verwirklicht werden.

Wichtig ist es, Integration und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Um dies durchzusetzen, ist es auch unbedingt notwendig, die rechtliche Gleichstellung zu verbessern und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Mit dem Aufliegen des *NSU* ist die Verstrickung rechtsextremer Personen, Gruppen und Parteien auch innerhalb staatlicher Institutionen erwiesen. Auch zwei Jahre nach der Urteilsverkündung ist diese Verstrickung noch nicht aufgeklärt. Wir fordern die Aufklärung über das gesamte Netzwerk des *NSU*, dessen ganzes Ausmaß immer noch verborgen gehalten wird. 🍌

Text: *DIDF Ortsverband Bielefeld*

Fotos in diesem Beitrag: © *DIDF*



DIDF
didf.de

DIDF Ortsverband Bielefeld
DIDF_Bielefeld@gmx.de





BLACK LIVES MATTER

Nach der Ermordung des Schwarzen George Floyd durch amerikanische Polizisten gab es weltweit und auch in Bielefeld Proteste der *Black Lives Matter (BLM)* Bewegung, die sich gegen Rassismus gegen Schwarze positioniert. Im Text teilt Moh Kanim seine Perspektive auf institutionellen Rassismus und *BLM* in Bielefeld.

2020 ist ein intensives Jahr, eine weltweite Pandemie, ein ungewohnter Zustand. Als wäre unser Alltag ein Film und man hätte den Pausenknopf gedrückt. Ängste, Unsicherheit, Selbstzweifel und Isolation, niemand hat eine Antwort auf die vielen Fragen. Dann wurde Ende Mai George Floyd in den USA ermordet. Das Video der Tat hat zu Empörung und Aufregung geführt und löste bei vielen Menschen weltweit Wut aus. Als Reaktion gründete sich die *Black Lives Matter*-Bewegung (*BLM*). In den USA sind Taten wie die Ermordung von George Floyd kein Einzelfall und nur die Spitze des Eisberges. Es gibt ständig Angriffe auf die Schwarze Bevölkerung.

Was die Ermordung von George Floyd schließlich auslöste, hat viele Parallelen zu dem Fall von Emmett Till. Der 14-Jährige wurde 1955 in Money, Mississippi von einem weißen Lynchmob ermordet. Die Grausamkeit seiner Ermordung löste einen Ruck im Land aus und diente als eine Fackel für die Bürgerrechtsbewegung in den USA. In den folgenden 70 Jahren wurde mühsam viel verändert, aber noch immer verlieren Menschen aufgrund von Rassismus ihr Leben. Die Geschichte der USA ist auch die Geschichte von Menschenrechtsverletzungen, Sklaverei, Völkermord und Rassentrennung. Es hat sich vieles verbessert, aber der strukturelle Rassismus in der Regierung, dem Justizsystem und der Polizei, in den Schulen und Universitäten beeinflussen

leider immer noch das Land. Viele PoC (s. Infokasten) haben kaum Rechte. Sie und insbesondere Menschen der Schwarzen Bevölkerung verlieren häufig gewaltsam ihr Leben, ohne dass der*die Täter*in bestraft wird.



Ich habe mich mit vielen Leuten zu *BLM* ausgetauscht und sehr unterschiedliche Meinungen gehört. Viele haben verstanden, worum es geht, und fühlen sich mit der Bewegung verbunden. Andere sagen: »Ich kann nicht verstehen, warum die Leute hier in Deutschland auf die Straße gehen.« Oder noch besser: »Die USA sind weit weg und zum Glück haben wir solche Zustände nicht hier in Deutschland.« Aber stimmt das?

4. Juni 2020, Donnerstag: Die erste *BLM*-Kundgebung Bielefeld

Eine große Gruppe von Menschen versammelte sich am Kesselbrink, einem großen öffentlichen Platz in Bielefeld,

um ihre Solidarität mit den Opfern von Polizeigewalt in den USA zu zeigen. Das war ein starkes Zeichen und löste eine Welle von Emotionen bei vielen PoC in Bielefeld aus, die ständig Rassismus erfahren. Sie kamen zu Wort, teilten ihre persönlichen Erfahrungen darüber wie es für sie ist, hier zu leben, und sprachen von ihrem ständigen Kampf gegen Ungerechtigkeit auf unterschiedlichen Ebenen. In der Schule, auf der Straße, im Freundeskreis und leider manchmal auch in der Familie. George Floyd und weitere Opfer von Polizeigewalt

in den USA waren der Impuls zu handeln, aber man vergisst leider sehr schnell, dass solche Probleme in Deutschland und auch bei uns vor der Haustür existieren!

6. Juni 2020, Samstag: Eine weitere Demonstration in den Straßen Bielefelds

Am folgenden Samstag wurde zu dem Thema spontan eine weitere Demonstration organisiert. Wir liefen durch die Stadt, ich persönlich fand es sehr gut und habe mich gefreut, dass innerhalb weniger Tage so viele Leuten mobilisiert werden konnten und wir zusammen für das Thema auf die Straße gingen. Die Demo löste sich irgendwann auf und ich ging mit ein paar Freunden auf den Kesselbrink, um dort die Demo ausklingen zu lassen. Es waren viele bekannte Gesichter dabei, die bei beiden Demos mitgewirkt hatten und die Stimmung war schön. Ich war länger auf dem Platz, hatte gute Gespräche, wir aßen zusammen und ich verließ den Platz gegen 20 Uhr.

Am folgenden Sonntagmorgen ...

... bekam ich verschiedene Mitteilungen auf meinem Handy, dass es wieder eine Kundgebung geben soll. Grund war, dass auf dem Kesselbrink, auf dem ich am Abend davor war, rassistische Polizeikontrollen (Racial Profiling) durchgeführt wurden und dies zu einem Übergriff der Polizei auf eine Gruppe von Schwarzen Männern führte. Einer wurde verletzt und festgenommen, weil er sich weigerte, sich auszuweisen, ohne den Grund der Durchsuchung zu wissen. Um den Kesselbrink kurz zu beschreiben: Der Kesselbrink ist mitten in der Bielefelder Innenstadt und täglich belebt von einer großen Gruppe von PoC. Am Rande des Platzes wird mit Drogen gedealt. Der Platz wird bei der Polizei deswegen wie ein Brennpunkt behandelt.

Nach der Festnahme des jungen Mannes am 7. Juni teilte die Polizei in ihrem Bericht sinngemäß mit: »Die Personen wurden durchsucht, weil sie schon vorbestraft beziehungsweise bekannt dafür waren, mit Drogen zu

handeln.« Ok, wir gehen deren Logik nach und versuchen es zu begreifen: Es ist richtig, wenn der Staat Drogen-Kriminalität als ein Problem wahrnimmt und auf dem Platz und allgemein bekämpfen will. Aber ist der Einsatz von Gewalt und Repression die richtige Lösung? Gab es Versuche, das Drogen-Problem mit anderem Mittel zu lösen? Gibt es irgendwelche wissenschaftlichen Untersuchungen, um das Problem zu verstehen? Und um beim Thema zu bleiben: Ist die Bekämpfung von Drogen-Kriminalität eine Erlaubnis dafür, dass PoC ihre Rechte verlieren und Racial Profiling durchgeführt wird?

Ich kann nicht verstehen, dass weniger als 24 Stunden zuvor gegen Racial Profiling und solche Eingriffe protestiert wird und die Polizei sich dann nicht zurückhält und ihre Position überdenkt. Ist das nicht ein Beispiel dafür, dass die Polizei in Deutschland ein institutionelles Problem mit Rassismus hat?

Einige Tage später...

... stieß ich auf einen Video-Beitrag vom WDR und konnte meinen Augen und Ohren kaum glauben. Ich war unfassbar empört und fühlte mich einfach



People of Color (PoC)

ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung, die nicht als weiß, deutsch und westlich wahrgenommen werden und sich auch selbst nicht so definieren. PoC sind nicht unbedingt Teil der afrikanischen Diaspora, ursprünglich ist der Begriff u. a. zur Solidarisierung mit Schwarzen Menschen entstanden. Schwarz und weiß sind dabei politische Begriffe. Es geht nicht um Hautfarben, sondern um die Benennung von Rassismus und den Machtverhältnissen in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft. Inzwischen wird häufiger von BPoC (Black and People of Color) gesprochen, um Schwarze Menschen ausdrücklich einzuschließen.

Etwas seltener kommt hierzulande die Erweiterung BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) vor, die explizit auch indigene Menschen mit einbezieht.

Singular: Person of Color

Quelle: »Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen«, glossar.neuemedienmacher.de

schlecht. Einer 50-jährigen schwarzen Frau wurde in Duisburg ihr Portemonnaie gestohlen. Sie wollte den Diebstahl bei der Polizei melden und ging dort mit ihren zwei Töchtern hin. Die Polizei aber glaubte ihr nicht und beschuldigte sie stattdessen, dass sie etwas geklaut hätte.

Als die Polizei die Ausweise verlangte und eine Tochter diese nicht sofort rausgab, seien alle drei Frauen brutal zu Boden geworfen und geschlagen worden: »Die haben uns behandelt wie Tiere. Wir haben uns nicht wehren wollen, weil wir dazu sowieso nicht in der Lage waren, weil es einfach zu viele Polizisten waren«, schildert eine Tochter die Situation. Unter Tränen erinnert sich die Mutter: »Ich konnte nicht atmen, ich habe gebetet für mein Leben.« (WDR Westpol¹)



Warum ist es wichtig, dass Deutschland sich der BLM-Bewegung in den USA anschließt?

Die BLM-Bewegung kam in den USA auf, weil rassistische Strukturen und Denkweisen in den letzten 400 Jahren herrschten und es möglich machten, dass Schwarze Kinder, Frauen und Männer öffentlich und ohne Rechte auf den Straßen in den USA hingerichtet werden und das Justizsystem den Mörder*innen, die als Polizist*innen verkleidet sind, noch das Recht gibt es zu tun und danach frei herum zu laufen. In Deutschland passieren solche Angriffe der Polizei gegenüber PoC vielleicht nicht in der Häufigkeit wie in den USA. Es ist aber wichtig, ein Problem anzusprechen, um es zu beseitigen: Man muss es aktiv angehen. Das Problem dabei ist: Deutschland als ein Land will nicht zugeben, dass es ein institutionelles Rassismusproblem hat. Wie soll man es auch erkennen, wenn die Institution, die diesen Zustand effektiv ändern könnte, also die Regierungen, auf einer ungleichberechtigten Basis aufgebaut sind. Es gibt viele Personen, die nicht zur rechtsradikalen Szene gehören und deren Parteien sie niemals wählen würden, die aber trotzdem rassistisch denken und agieren. Solche Personen arbeiten in den Schulen, bei der Polizei, in den Krankenhäusern, bei Behörden und in der Politik.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die BLM-Bewegung in Deutschland unterstützen. Weil es einfach darum geht, dass das Leben Schwarzer Personen etwas wert ist. Ist das zu viel verlangt? Ein Beispiel dafür, dass die Polizei in Deutschland ein institutionelles Problem mit Rassismus hat? 🍌

(1) <https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/westpol/video-rassismus-racial-profiling-und-die-polizei-100.html> (zuletzt abgerufen: 17.12.2020)

Text: Moh Kanim Diab.

Mehr vom und zum Autor: »Wir leben in einer Zeit, in der Rassismus leider normal ist«, S. 26 f.

Fotos in diesem Beitrag:

Black Lives Matter Demonstration in Bielefeld

© Sebastian Lemme

Institutioneller Rassismus

Institutioneller Rassismus ist »das kollektive Versagen einer Organisation, für Menschen bezüglich ihrer Hautfarbe, Kultur, Religion und ethnischen Herkunft [oder Zuschreibung] geeignete und professionelle Leistungen und Angebote zu erbringen. Er lässt sich in Prozessen, Einstellungen und Verhaltensweisen festmachen, welche auf eine Diskriminierung hinauslaufen und durch unbewusste Vorurteile, Ignoranz, Gedankenlosigkeit und rassistische Stereotypen, die oben genannten Personen individuell oder kollektiv benachteiligen.«

Institutioneller Rassismus ist ungleich schwieriger zu erkennen als individuelle Formen von Diskriminierung und benötigt andere Bearbeitungsansätze. Darüber hinaus bestehen strukturelle Formen von Rassismus, die Ungleichbehandlungen durch demokratisch verabschiedete und staatlich legitimierte Rechtsnormen verursachen.

Quelle: Definition »Institutioneller Rassismus« des Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e. V.



A person wearing a grey baseball cap and a dark denim jacket is seen from behind, holding a large, hand-drawn sign. The sign is made of two pieces of cardboard and features the text "WHITE SILENCE" on the top piece and "VIOLENCE" on the bottom piece, separated by an equals sign. The person is standing in a crowd of other people at what appears to be a protest or demonstration. To the right, another person is partially visible, holding a sign that says "BLACK LIVES MAT". The scene is outdoors on a paved surface.

WHITE SILENCE
=
VIOLENCE

BLACK
LIVES
MAT



RASSISMUS IM FUSSBALL

Exaucé Andzouana spielte in den letzten Jahren Fußball in verschiedenen Vereinen in OWL, aktuell ist er bei den *Sportfreunden Lotte*. Wir haben mit ihm über Rassismus und Fußball gesprochen.

Hallo Exaucé, vielleicht kannst du dich zu Beginn einmal kurz vorstellen: Wer bist du und was machst du?

Ich bin Exo Andzouana und ich spiele Fußball seitdem ich denken kann. Bis zum Ende der vergangenen Saison habe ich beim SC Verl gespielt und bin nun im Sommer 2020 zum Regionalligisten *Sportfreunde Lotte* gewechselt. Nebenbei studiere ich Sportwissenschaft an der Fernuniversität.

Im Frühling dieses Jahres sind zwei Artikel über dich in der Lokalzeitung *Neue Westfälische* sowie auf der Internetplattform *fupa.net* erschienen, in denen du dich sehr offen über deine Erfahrungen mit Rassismus sowohl auf als auch abseits des Fußballplatzes äusserst. Was hat dich damals dazu veranlasst, die Interviews zu führen?

Meine Motivation war, den Menschen das Thema Rassismus nochmal von einer anderen Seite zu zeigen. Menschen, die selbst nicht von Rassismus betroffen sind, können vieles einfach nicht nachvollziehen. Zum Beispiel warum ihre Mitmenschen, die rassistische Erfahrungen machen, sich über vermeintlich kleine Sachen oder Äußerungen aufregen. Wenn du bestimmte Äußerungen über Jahre hinweg wiederholt zu hören bekommst, dann sammelt sich etwas über die Zeit an und am Ende reicht oftmals schon eine Kleinigkeit aus und man platzt. Deshalb wollte ich diese Interviews unbedingt machen, damit dieser Standpunkt von einem Menschen, der von Rassismus betroffen ist, eine Öffentlichkeit erreicht, die sich nicht zwangsweise Tag für Tag mit diesem Thema auseinandersetzen muss.

In dem Artikel berichtest du sehr ausführlich über rassistische Äußerungen auf dem Fußballplatz, etwa rassistische Beleidigungen durch deine Gegenspieler. Wie hast du die Reaktionen auf die beiden Artikel wahrgenommen?

In meinem näheren privaten Umfeld gab es viele positive Reaktionen, die mich bestärkt haben. Ansonsten habe ich von meinen Mitspielern oder von meinem damaligen Verein keine Reaktionen vernommen, allerdings sind die Artikel herausgekommen als es mit der Corona-Pandemie gerade losging. Enttäuscht war ich allerdings vom Fußballverband, von dem es überhaupt keine Reaktionen gab. Gerade in diesen Zeiten hätte ich eigentlich erwartet, dass der Verband auf einen zukommt und an einem Austausch interessiert ist, wenn ein Spieler sich öffentlich über seine Rassismuserfahrungen im Fußball äußert und das Thema Rassismus seit einiger Zeit weltweite öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Aber es kam leider nichts.

Hat dich das überrascht? Schließlich schreiben sich die großen Fußballverbände DFB und DFL seit Jahren Themen wie Toleranz und Antidiskriminierung auf die Fahne.

Ich finde, dass der Umgang mit Rassismus von Seiten der Verbände noch zu harmlos ist. Zum Beispiel was rassistische Beleidigungen von Spielern im Stadion angeht. Fans werden durch Stadionverbote bestraft, gehen dann aber in andere Stadien oder in unterklassige Ligen und beleidigen dort weiter. Wirksamer wäre meiner Meinung nach die Option, Spiele bei rassistischen Vorkommnissen konsequent abzubrechen und dem jeweiligen Verein Punkte abzuziehen. Der moderne Fußball ist jedoch in erster Linie ein Geschäft und es geht um viel Geld, weshalb die Verbände nicht wirklich hinter ihren antirassistischen Verlautbarungen stehen.

Hast du ein Beispiel dafür?

Ein aktuelles Beispiel ist der Umgang des *DFB* mit Spielern wie zum Beispiel Jadon Sancho vom *BVB* oder Weston McKennie von *Schalke 04*, die sich durch unterschiedliche Aktionen auf dem Spielfeld mit der *Black Lives Matter* Bewegung solidarisiert haben. Der *DFB* hat für diese Aktionen ernsthaft Sanktionen in Erwägung gezogen. Das hat mich wirklich komplett von den Socken gehauen, da war ich komplett baff. In der Vergangenheit hat sich der *DFB* häufiger Antidiskriminierung groß auf die Brust geschrieben und startet regelmäßig öffentlichkeitswirksame Projekte gegen Rassismus. Nicht, dass ich diese Kampagnen jemals sehr ernst genommen hätte, aber dass man Spieler bestrafen wollte, die sich öffentlich zu diesen Werten bekennen, Zivilcourage zeigen und sich gegen Rassismus positionieren, dafür fehlen mir einfach die Worte.

Was müsste sich deiner Meinung nach in den Fußballverbänden ändern?

Nehmen wir die rassistischen Äußerungen von Clemens Tönnies im Jahr 2019 und der Umgang des *DFB* als Beispiel. Die Ethikkommission des *DFB* hat sich damals dafür entschieden, den Fall nicht vor die Ethik-Kammer des *DFB* Sportgerichtes zu bringen, obwohl sie die Äußerungen von Tönnies als rassistisch bezeichnete. Das Problem dabei ist, dass die Ethik-Kommission vom *DFB* aus Leuten besteht, die nicht selbst von Rassismus betroffen sind. Für mich ist das vergleichbar mit Funktionären im Fußball, die niemals selbst Fußball gespielt haben und nicht nachvollziehen können, wie das Innenleben in der Kabine ist. Wenn du niemals selbst Rassismus erfahren hast, dann kannst du die Wirkung von rassistischen Äußerungen einfach nicht nachvollziehen. Du kannst dich nicht als weiße Person hinstellen und sagen: »Okay, das, was er gesagt hat, ist schlecht, aber es ist harmlos.« Dadurch fühlen sich alle Personen, die solche rassistischen Äußerungen Tag für Tag erleben müssen, vor den Kopf gestoßen. Denn ich bewerte die Äußerungen von

Tönnies komplett anders, weil sie mich direkt betreffen: Es geht um mein Leben, darum, wo ich herkomme, wo meine Familie herkommt. Menschen, die gar keinen Bezug dazu haben, können sich da auch nicht hinein-denken, weil sie es niemals selbst gespürt haben. Das Problem in den Verbänden ist also ein strukturelles Problem. Deswegen wäre für mich die größte Veränderung, dass wichtige Positionen auch von Personen mit verschiedenen Hintergründen bekleidet werden. In Deutschland haben wir genügend ehemalige und verdiente Fußballer, die für solche Ämter in Frage kämen und neue Perspektiven einbringen könnten, zum Beispiel einen Gerald Asamoah oder einen Patrick Owomoyela.



Exaucé Andzouana
© Frank Diederich

Du spielst schon seit vielen Jahren Fußball. Hast du denn das Gefühl, dass sich in den letzten Jahren in dem Bereich etwas verändert hat?

Ich habe das Gefühl, dass es insgesamt schlimmer geworden ist. Die Menschen trauen sich noch mehr rassistische Sachen zu sagen oder zu machen. Ich weiß allerdings nicht, ob das möglicherweise daran liegt, dass ich mich jetzt in einem anderen Umfeld bewege oder in anderen Orten gespielt habe, aber irgendwie habe ich das Gefühl, dass Rassismus im Fußball von den Fans verharmlost wird und es zu noch mehr Beleidigungen kommt. Diese Erfahrungen im Stadion sind deckungsgleich mit meinen Alltagserfahrungen abseits des Fußballfeldes: Zum Beispiel habe ich neulich hinter mir gehört, wie jemand den Begriff »Negerkuss« verwendet hat. Ich habe mich umgedreht und ihr klar gesagt, dass sie diesen Begriff nicht benutzen soll. Die Frau hat es nicht eingesehen und es ergab sich eine dieser typischen Diskussionen, die immer ähnliche Reaktionen im Gegenüber hervorrufen: Obwohl sich der rassistische Sprachgebrauch immer gegen mich richtet und ich dadurch beleidigt werde, fühlen sich die Leute paradoxerweise immer selbst angegriffen, wenn man sie darauf anspricht. Oft kommt dann so etwas wie: »Das haben wir aber schon immer so gesagt!« Ich habe das Gefühl, dass sich die Grenzen des Sagbaren weiter nach rechts verschoben haben. Das hat meiner Meinung

nach auch etwas mit der *AfD* zu tun, die bewusst mit ihrer Sprache Grenzüberschreitungen provoziert und sprachliche Entgleisungen nahezu sucht. Viele Leute nehmen sich daran im Alltag ein Vorbild, um selbst diese Grenzen des Sagbaren auszutesten und bei nicht-weißen Menschen zu gucken: »Kann ich das bei ihm auch sagen?«

In den Zeitungsartikeln redest du ja auch über Rassismuserfahrungen abseits des Fußballplatzes, zum Beispiel was Kontrollen durch die Polizei angeht. Du erzählst, dass du Anfang des Jahres innerhalb von zwei Monaten sieben Mal aus dem Straßenverkehr gezogen wurdest.

Klar, der Rassismus im Alltag begegnet mir noch viel krasser als auf dem Spielfeld. Beim Fußball geht es ja in erster Linie um mich und ich habe im Laufe der Jahre einen Umgang damit gefunden, auch wenn es sich nach wie vor so anfühlt, als gäbe es keinen Umgang, der sich in irgendeiner Art und Weise »richtig« anfühlt. Unerträglich ist es für jedoch mich, wenn ich mitbekomme, dass meine Familie von Rassismus betroffen ist, insbesondere wie mein achtjähriger Bruder seine ersten Erfahrungen mit Alltagsrassismus machen muss. Oder wenn ich zum Beispiel mit meiner Mutter in ein teureres Restaurant gehe und wir die Blicke komplett auf uns ziehen und Menschen anfangen zu tuscheln. So nach dem Motto: »Okay, ihr gehört nicht hier hin, was macht ihr hier?« Ähnlich waren die Blicke, als wir unser Haus gekauft haben. Wir wurden angeguckt wie Aliens, als würden wir nicht hier hingehören. Ich habe viele arabische Freunde und wenn die mich besuchen kommen, gucken uns die Menschen so an, als wären wir irgendwelche Drogendealer. Meine Eltern sind hart arbeitende Menschen, aber das wird komplett weggelassen. Du wirst dann einfach in eine Ecke gestellt und Menschen fragen sich: »Wie können die sich mit sechs Kindern so ein Haus leisten?« Für viele scheint es aufgrund unserer Hautfarbe plausibler zu sein, dass wir unser Geld durch irgendwelche Drogengeschäfte verdienen als durch normale Lohnarbeit. Also aus diesen ganzen Klischees, Vorurteilen kommst du gar nicht raus. Du kannst machen, was du möchtest, die Vorurteile eilen dir immer voraus und definieren dich. Dann gibt es auch Vorurteile, die positiv besetzt sind und von Fremden als Kompliment geäußert werden und nett gemeint sind. Zum Beispiel, wenn mir Menschen sagen, dass ich gut Deutsch spreche. Was soll ich sagen? Ich lebe seit über 15 Jahren in Deutschland und studiere an einer Universität. Alle Vorurteile – egal ob negativ oder positiv besetzt – haben die Gemeinsamkeit, dass ich auf meine Hautfarbe reduziert werde und als anders wahrgenommen werde, dass ich offensichtlich nicht dazugehöre, für immer fremd bleibe.

Hast du Wünsche, Forderungen oder Aufgaben, die du an die Leser*innen dieses Interviews adressieren möchtest?

Ich bin mir darüber bewusst, dass wir davon noch sehr weit entfernt sind und dass das nicht innerhalb der nächsten paar Jahre geschehen wird. Es wird bestimmt noch 20, 30, ja vermutlich 40 Jahre dauern, bis wir und andere von Rassismus betroffene Menschen im Alltag das Gefühl haben, dazuzugehören. Ich bin nicht naiv und denke nicht, dass sich durch dieses Interview alles ändern wird. Trotzdem finde ich es wichtig, Menschen eine Betroffenenperspektive näherzubringen, in der Hoffnung, dass sie eine gewisse Sensibilität für das Thema entwickeln. Sensibel für Rassismus zu sein bedeutet für mich in erster Linie, dass man der Betroffenenperspektive im Alltag mehr Gehör schenkt und seine Handlungen entsprechend selbstkritisch hinterfragt. Es gibt viele, die sagen: »Ich kann doch gar nicht rassistisch sein, mein bester Freund, mein Nachbar ist ein Türke.« Da denke ich mir oft: Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Ein wichtiger Anfang wäre außerdem, dass sich Menschen im Alltag einfach offener und vorurteilsfreier begegnen. Um dem Gegenüber zu zeigen, dass er angekommen ist und dazugehört, dafür reicht manchmal einfach schon ein herzliches und anerkennendes »Hallo!« 🍷



ZIVILGESELLSCHAFT UND ERINNERUNGSKULTUR

Mit ehrenamtlichem Engagement wurde die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers *Stalag 326* aufgearbeitet, damit sie nicht in Vergessenheit gerät. Die heutige *Gedenkstätte Stalag 326* ist ein Bildungs- und Begegnungsort, der von Ehrenamt und Zivilgesellschaft lebt.

Das Kriegsgefangenenlager *Stalag 326 (VI K) Senne*

Als Folge des Angriffs- und Vernichtungskrieges, den das Deutsche Reich am 22. Juni 1941 gegen die Sowjetunion begann, durchliefen über 300.000 sowjetische Kriegsgefangene das Lager *Stalag 326* in Stukenbrock-Senne. Jeder dritte sowjetische Kriegsgefangene, der zwischen 1941 und 1945 ins Deutsche Reich kam, durchlief das Stalagsystem 326. Ab Herbst 1942 wurden zudem französische, serbische, belgische und polnische Soldaten sowie italienische Militärinternierte im Kriegsgefangenenlager untergebracht. Das sogenannte »Russenslager« diente vor allem der Bereitstellung von Arbeitskräften: Sowjetische Kriegsgefangene wurden sowohl in urbanen Regionen wie dem Ruhrgebiet oder Bielefeld als auch in ländlicheren Umgebungen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Rohstoff- und Ressourcengewinnung sowie in produzierenden Unternehmen zur Herstellung von Waren aller Art eingesetzt. Für einen Großteil der deutschen Bevölkerung stellte der Kontakt zu zwangsarbeitenden Kriegsgefangenen somit einen wesentlichen Teil des alltäglichen Lebens dar.



Sowjet. Kgf. und Erdhöhlen, Sommer 1941, Archiv Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne

Die Situation der meisten sowjetischen Kriegsgefangenen war durch Mangelernährung, unzureichende medizinische Versorgung, miserable hygienische Verhältnisse und massive Ausbeutung der Arbeitskraft gekennzeichnet. Ein Großteil von ihnen verstarb an Unterernährung und schwerwiegenden Erkrankungen sowie an den Folgen der Arbeitseinsätze. Wie viele Kriegsgefangene auf dem benachbarten Lagerfriedhof (heute Ehrenfriedhof sowjetischer Kriegstoter) in Stukenbrock-Senne beerdigt wurden, kann noch nicht beantwortet werden. Die Zahlen variieren zwischen 15.000 und 65.000 Toten. Von den etwa 5,3 bis 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die insgesamt in deutsche Gefangenschaft gerieten, überlebten bis zu 3,3 Millionen die Gefangenschaft nicht.

Die Gedenkstätte *Stalag 326 (VI K) Senne*

1993 wurde der Förderverein *Dokumentationsstätte* (heute *Gedenkstätte*) *Stalag 326 (VI K) Senne* e. V. gegründet. Der Zweck ist vor allem die »Pflege des Andenkens an die während der Zeit von 1941 bis 1945 in Stukenbrock im *Stalag 326* umgekommenen Kriegsgefangenen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen Ländern.« Dies beinhaltet neben der pädagogischen Vermittlungsarbeit auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des *Stalags 326*. Ein weiteres Ziel lag in der Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Areal des ehemaligen Stammlagers. 1996 übernahm der Förderverein die ehemalige Arrest-Baracke auf dem historischen Gelände des Kriegsgefangenenlagers. Mit finanzieller Unterstützung des Kreises Gütersloh, der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock und dem Land NRW konnte 1997 die erste Dauerausstellung eröffnet werden. Seitdem haben über 50.000 Besucher*innen die Ausstellung besucht bzw. die vielfältigen Angebote, wie Führungen, Studientage, Rundgänge, Vorträge, Workshops und Tagungen,

wahrgenommen. Die ersten 20 Jahre finanzierte sich die Gedenkstätte hauptsächlich von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Projektgeldern. 2014 konnte mit finanzieller Unterstützung des Kreises Gütersloh und der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock eine hauptamtliche Geschäftsführerstelle eingerichtet werden. Zudem erhält die Gedenkstätte eine Grundförderung der *Landeszentrale für politische Bildung*. Neben einigen zeitlich begrenzten Projektstellen sind vor allem ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in der Gedenkstätte tätig. Aktuell leisten die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Gedenkstätte fast 2.000 Stunden jährlich.

An vielen Orten bundesweit haben erst zivilgesellschaftliche Initiativen dafür gesorgt, dass sich Gedenkstätten und Erinnerungsorte dauerhaft institutionalisieren. In Stukenbrock-Senne trugen unsere Aktivitäten sowie der *Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock e. V.* maßgeblich dazu bei, dass die Geschichte des Stalags und die der Toten auf dem Ehrenfriedhof nicht in Vergessenheit geraten sind. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement wäre die vielfältige und notwendige Gedenk- und Erinnerungskultur in ihrer heutigen Form kaum vorstellbar. In diesem Zusammenhang kann man von einem Demokratisierungsprozess sprechen, d. h. Ehrenamt bedeutet Teilhabe, Mitverantwortung und aktive Mitgestaltung. Darüber hinaus bietet zivilgesellschaftliches Engagement Chancen, sich aktiv gegen Aspekte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bzw. Ideologien der Ungleichwertigkeit, wie Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Chauvinismus und Sexismus, einzusetzen und sich zu positionieren.

Bildung und Begegnung

Als Bildungs- und Begegnungsort bildet die historisch-politische Vermittlungsarbeit einen Schwerpunkt der Gedenkstätte. Die Angebote richten sich an Schulklassen sowie an Jugend- und Erwachsenengruppen.

Im Verständnis der Gedenkstätte ist Bildung als Zugang zur Teilhabe an den Erinnerungskulturen zu verstehen. Das Angebot beinhaltet didaktische und pädagogische Konzepte, die einen subjektorientierten Ansatz mit einer wertschätzenden und kompetenzorientierten Haltung gegenüber den Rezipient*innen verfolgen. Die Bildungs- und Vermittlungsarbeit ist im Kern prozessorientiert und ganzheitlich angelegt. Unter der Begleitung von Gedenkstättenpädagog*innen werden die Teilnehmenden dabei aktiv in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden. Die Bildungsarbeit soll so zu einer eigenständigen Auseinandersetzung mit der Geschichte des *Stalag 326* anregen und Räume für einen kritischen Diskurs eröffnen. Die ein- bis mehrtägigen Angebote werden teilweise in Kooperation mit Bildungspartner*innen (z. B. Schulen, Bielefelder Jugendbildungsstätte *Haus Neuland*, *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge*, *Uni Paderborn*) konzipiert und umgesetzt.

Die Gedenkstätte und der Ehrenfriedhof sind nicht nur ein Ort der pädagogischen Vermittlungsarbeit oder der wissenschaftlichen Forschung, sondern auch eine Anlaufstelle für Familienangehörige der Opfer. Auch heute noch werden von Nachkommen jährlich über 100 Rechercheanfragen zur Schicksalsklärung ihrer Verwandten gestellt und bearbeitet. Bei ihren oftmals mehrtägigen Aufenthalten werden die Angehörigen hauptsächlich von Ehrenamtlichen begleitet. Dabei kommt es zu sehr eindrücklichen Begegnungen. Dimitrij Kucenko sagte während seines Besuches: »Ich habe das Gefühl, meinen Vater zurückbekommen zu haben.« ●

Text: Oliver Nickel



Ehrenfriedhof sowjet. Kriegstoter, 2018
© Oliver Nickel.



Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne

Lippstädter Weg 26, 33758 Schloß Holte-Stukenbrock.

Öffnungszeiten: Di. & Do. 10 – 14 Uhr oder nach Absprache.

info@stalag326.de

www.stalag326.de

www.ferdinandmatuszek.com



GEMEINSAM GEGEN RECHTS MACHT MUT

In Paderborn engagieren sich seit vielen Jahren zwei Bündnisse, um rechten Akteur*innen keinen Raum zu geben. Wir haben uns mit Lisa und Holger vom *Bündnis gegen Rechts* sowie Clea und Konrad vom *Bündnis für Demokratie und Toleranz* für ein Interview getroffen und über ihre aktuellen Tätigkeiten als Bündnis, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven gesprochen.

Könnt ihr euch kurz vorstellen?

Holger (BgR): Wir sind das *Paderborner Bündnis gegen Rechts (BgR)*. Wir haben uns 2010 gegründet, Anlass war eine anstehende *NPD*-Demonstration in Paderborn. Daraus hat sich dann das Bündnis mit dem Ziel gebildet, gemeinsam mit vielen Gruppen gegen Rechts zu arbeiten.

Lisa (BgR): Zurzeit sind wir elf Gruppen. Dabei sind u. a. Jugendorganisationen, Hochschulgruppen, aber auch andere linke Gruppen. Das erweitert sich manchmal und es treten auch Gruppen wieder aus. Wir haben alle den gleichen Nenner und der ist es, Neofaschismus und Rechtsextremismus abzuwehren.

Konrad (BfD): Das *Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfD)* hat seine Wurzeln Anfang der 2000er Jahre, auch vor dem Hintergrund von *NPD*-Demonstrationen. Ziel war es, ein breites gesellschaftliches Bündnis auf die Beine zu stellen. Vertreten sind bei uns viele große Organisationen, beispielsweise Parteien und Gewerkschaften. Leider konnten wir die *CDU* und die *FDP* nie für uns gewinnen; die anderen Parteien, also *Grüne*, *Linke* und *SPD* beteiligen sich allerdings recht aktiv. Wir haben auch Organisationen aus der Schwulen- und Lesbenbewegung, aus der Geflüchtetenbewegung und auch kirchliche Organisationen. Wir sind ein großer Kreis von Akteur*innen, die sagen: »Unsere Demokratie wird durch Rechte gefährdet!«

Ist der Gründungsanlass auch noch weiterhin sinnstiftender Motor oder hat er sich verändert oder erweitert? Was sind eure gegenwärtigen Tätigkeitsfelder?

Holger (BgR): Unser Grundsatz hat sich nicht verändert, die gesellschaftlichen Verhältnisse hingegen schon! Gegründet haben wir uns 2010, damals gab es noch keine *AfD*, mittlerweile ist sie stärkste Oppositionspartei im Bundestag und hat eine Diskursverschiebung vorangetrieben. Als es mit der *NPD* zu Ende war, zumindest in Paderborn, kam im Jahr 2015 die große Diskussion über Geflüchtete auf und die *AfD* meldete Demos an. Schon immer dagewesene Ungleichwertigkeitsvorstellungen wurden in Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte sichtbar. So stellte sich für uns erneut die Frage, was zu tun ist. Das hat dazu geführt, dass die antifaschistischen Organisationen in Paderborn nochmal näher zusammengedrückt sind. Irgendwann haben wir dann gesagt, dass wir nicht dabei stehen bleiben wollen, gegen Rechts auf die Straße zu gehen. Unser Anspruch ist es, positiv zu formulieren, wofür wir sind. Dazu haben wir zum Beispiel im letzten Jahr den Tag des Grundgesetzes genutzt, wo wir auf dem Marktplatz viele verschiedene Themenstände hatten. Ziel war es, im Anschluss als Bündnis und den Untergruppen an einer gemeinsamen Zukunft für die Demokratie zu arbeiten und verschiedene Vorstellung zusammenzubringen; dabei gab es viele unterschiedliche Positionen.

Lisa (BgR): Unser Tätigkeitsfeld ist zweiteilig. Einmal aktionsorientiert, also die Formulierung des Protests auf der Straße. Dort sind die Anlässe vielseitig, während der Corona-Pandemie beispielsweise die Demos von Verschwörungsideolog*innen, bei denen viele antisemitische Positionen zum Ausdruck gebracht wurden, welchen wir keinen Raum überlassen wollten! Auch haben wir die *Black Lives Matter*-Gruppe in Paderborn

bei ihrer Gründung und ersten Aktionen unterstützt. Also nicht nur wenn die *AfD* marschiert, treten wir auf, sondern auch bei anderen gesellschaftlichen Problematiken. Unser zweites Feld ist Aufklärung und Information. Wir haben seit mehreren Jahren die Kampagne *No love for haters*, unter der wir Veranstaltungen zu Themen wie Antifaschismus und Antirassismus veranstalten. Die Kombination aus aktionsorientiertem Handeln und Aufklärung und Information ist eine Konstante.

Worin liegen eurer Meinung nach die Potentiale in den Organisationsformen eurer Bündnisse und was macht effektive Zusammenarbeit aus?

Clea (BfD): Eine Stärke unseres Bündnisses ist auf jeden Fall, dass wir so viele verschiedene Organisationen zusammenbringen. So sind wir auch spontan dazu in der Lage, viele Menschen zu mobilisieren. Dafür braucht es aber auch Vertrauen untereinander und die Gewissheit, dass alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Natürlich kann Bündnisarbeit mit so vielen auch anstrengend sein. Um trotz der Größe auch kurzfristig handlungsfähig zu sein, gibt es im Bündnis noch einen kleineren Bündniskreis von Menschen, die mehr zeitliche Ressourcen haben und auch mal Dinge vorarbeiten. Bevor etwas veröffentlicht wird, wird es aber mit allen besprochen.

Lisa (BgR): Wir glauben, dass es wichtig ist, dass sich linke Kräfte vereinen, um gemeinsam gegen Rechts vorzugehen. Vorteile sind dabei eine größere Erschließung von Zielgruppen und die Vernetzung unterschiedlicher politischer Gruppen. Nach unserer Erfahrung sind dabei die Voraussetzungen für Erfolg gute Kommunikation und die Bereitschaft, Kompromisse zu finden, um ein gemeinsames Ziel zu finden und zu verfolgen.

Holger (BgR): Absolut. Da wir ein Bündnis sind, was von Antifa-Gruppen bis hin zu *Jusos* und *Grüne Jugend* geht, ist die Position zu einzelnen Themen natürlich häufig mal unterschiedlich. Um handlungsfähig zu sein, müssen einzelne, beispielsweise parteipolitischen Fragen, hintenangestellt werden. Die einzelnen Gruppen bearbeiten außerhalb des Bündnisses verschiedene Themen, was uns bereichert.



»No love for haters«-Graffiti
© Bündnis gegen Rechts Paderborn

Zwei Bündnisse in einer Stadt, das ist nicht unüblich aber auch nicht überall der Fall. Worin liegen die Unterschiede und wie läuft die Zusammenarbeit?

Holger (BgR): Man könnte sagen, wir bespielen zwei Aspekte desselben Feldes. Ich würde sagen, dass wir dabei gut zusammenarbeiten. Wir haben die Möglichkeit, als junge und linke Gruppen, Dinge schärfer zu formulieren und dabei keinen Anspruch, anschlussfähig an Positionen von CDU und FDP zu sein; da würden wir keinen Konsens finden und müssen dies auch nicht!

Lisa (BgR): Ergänzend dazu kann man noch sagen, dass unsere Zielgruppe eine andere ist. Beim anderen Bündnis ist dies eher bürgerlich, bei uns eher die Jugend. Des Weiteren arbeiten bei uns keine Hauptamtlichen mit, was natürlich höhere Belastungen bedeutet.

Konrad (BfD): Ja, bei uns sind es wesentlich mehr Hauptamtliche und etablierte Organisationen, dadurch auch mehr »ältere« Menschen. Die Zusammenarbeit läuft aber gut, so haben wir uns auch bei Protesten schon ergänzt und parallel wichtige Punkte auf den Straßen bespielt, weil es im Vorfeld einen guten Informationsfluss gab.

Wir haben Juli, im September stehen Kommunalwahlen an, bei denen wohl genau diese Zusammenarbeit wieder gefragt ist. Wie schätzt ihr das Potential der AfD bei den Wahlen ein? Damals gab es ja viele große Demos von der AfD in Paderborn.

Clea (BfD): Tatsächlich fällt es uns zurzeit schwer, die AfD einzuschätzen, da es auch während der Corona-Zeit ruhiger um sie geworden ist. Es zeigt sich, dass es gut und richtig war, als Bündnisse gleich zu Beginn dagegen zu halten, sonst wäre sie vielleicht hier im Stadtbild wesentlich präsenter. Wir sind aber natürlich aufmerksam, um schnell handeln zu können. Gleichzeitig versuchen wir nach innen und in die eigenen Reihen zu wirken, so gibt es bei vielen Organisationen von uns Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit der AfD. Dass es aber auch in den eigenen Reihen AfD-Wähler*innen gibt, beispielsweise in Gewerkschaften, gilt zu reflektieren und darf nicht ignoriert werden.

Holger (BgR): Ja, es ist eher ruhig geworden um die AfD und die letzten Auftritte waren zahlenmäßig eher schwach. Dennoch sollten wir die Gefahr auf keinen Fall unterschätzen. Die AfD hat einen starken Auftritt in den sozialen Medien. Was bei den Kommunalen am Ende für sie bei rumkommt, ist schwer einzuschätzen.

Gibt es noch weitere rechte Akteur*innen, die hier in Paderborn eine Rolle spielen?



Tag der Demokratie 2019 in Paderborn
© Bündnis für Demokratie und Toleranz Paderborn

Lisa (BgR): Paderborn hat auf jeden Fall das Potential zu einer rechten Hochburg! Die *Identitäre Bewegung* wurde hier gegründet, beim Fußball gibt es die *Domstädter Hooligans*, die eindeutig extreme Rechte sind und allgemein haben wir mit der Wewelsburg und auch im Umland mit Hermannsdenkmal und Externsteine Orte, auf die sich immer wieder gerne von Rechten bezogen wird. Die außerparteilichen Angebote haben definitiv zugenommen und an Zulauf gewonnen. Dazu gehört auch der *Alternative Kulturkongress*, bei dem wiederum auch viele Akteure der AfD sprechen. Die haben leider auch eine vergleichsweise gute Homepage und stellen sich als wissenschaftlich dar.

Stichwort Internetauftritt und soziale Medien. Wie wichtig sind diese Dinge für eure Arbeit und wie schätzt ihr die Rolle dessen in der nächsten Zeit ein? Ist es wichtig, digital gut aufgestellt zu sein?

Holger (BgR): Auf jeden Fall. Unsere Auftritte bei Facebook und Instagram sind uns wichtig. Wir haben so auch eine große Reichweite und erreichen so viele Menschen, die sonst nicht in Organisationen sind. Es ist für uns auch eine gute Chance, Menschen außerhalb der eigenen Blase zu erreichen. Wir werden dadurch auch zugänglicher für andere. Und ganz wichtig: Die Rechten nutzen das Internet viel, wir dürfen ihnen diesen Raum nicht überlassen.

Clea (BfD): Zurzeit ist es bei uns doch eher noch die klassische Homepage und Pressemitteilungen. Social Media ist durch die Schnelllebigkeit mit einem so großen Bündnis sehr schwierig. Zudem würden wir einen großen Teil unsere Zielgruppe dort auch gar nicht erreichen. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch traditionelle Medien bespielen. Grundsätzlich finde ich das aber auch richtig und man merkt auch, dass es immer wichtiger wird. Während der Corona-Zeit haben wir beispielsweise eine Kundgebung im Internet gestreamt, um mehr Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Für die Zukunft würden wir an vielen Zielgruppen vor-

begehen, wenn wir kein Social Media benutzen würden.

Wie kann man sich an eurer Arbeit beteiligen oder euch unterstützen?

Lisa (BgR): Wir sind per Social Media und über Mail zu erreichen und freuen uns immer über neue Gesichter. Man muss auch keiner Organisation angehören, um bei uns mit zu machen. In naher Zukunft ist es auch das Ziel, offene Treffen zu etablieren. In den letzten Monaten wirkten wir vielleicht ein bisschen exklusiv, das soll sich aber ändern.

Clea (BfD): Neue Organisationen, aber auch Einzelpersonen können sich gerne per Mail oder persönlich an uns wenden. Dann können sie in den Verteiler aufgenommen werden und beim nächsten Treffen mitmachen.

Zum Schluss noch zwei persönliche Fragen an euch. Politisches Engagement kostet viel Zeit, was motiviert euch diese zu investieren? Und: Wenn ihr einen Wunsch frei hättet, was würdet ihr euch wünschen?

Lisa (BgR): Für das Bündnis wünsche ich mir noch mehr Reichweite und natürlich auch, dass die Notwendigkeit, zu handeln, vielleicht weniger wird. Mich persönlich motiviert meine eigene Wut über die gesellschaftlichen Verhältnisse, politisch aktiv zu sein und zu bleiben. Wenn ich es dann noch schaffe, auch andere dazu zu bringen, auf die Straße zu gehen, motiviert mich das zusätzlich!

Clea (BfD): Das Gemeinschaftsgefühl, zusammen mit Tausenden zu protestieren, motiviert auch mich. Deshalb wünsche ich mir, dass noch viel mehr Menschen die Möglichkeiten bekommen würden, sich demokratisch zu engagieren. Ich habe als Hauptamtliche das Privileg dazu. Vielen anderen in der Gesellschaft bleibt dies jedoch durch Sorgen wie Zeit, Geld und Familie verwehrt. Das muss sich ändern!

Konrad (BfD): In der Gemeinschaft an wichtigen Dingen zu arbeiten macht Mut! Ich würde mir wünschen, dass es noch viel mehr Menschen für sich entdecken, wie erfüllend es ist, sich demokratisch zu engagieren.

Holger (BgR): Ja bezüglich der Motivation kann ich mich da nur anschließen: Solidarität ist was Praktisches: Dies auf der Straße zu spüren, das treibt mich immer weiter an. ●



Bündnis gegen Rechts

Email: kontakt@bgr-paderborn.de

facebook.com/paderbornerbuendnisgegenrechts

Instagram: [@bgr_paderborn](https://www.instagram.com/bgr_paderborn)



Bündnis für Demokratie und Toleranz

buendnisdemokratietoleranz.wordpress.com



RASSISMUS HAT AN UNSERER SCHULE KEINEN PLATZ

2019 gründete sich in der Sekundarschule Beverungen eine AG gegen Rassismus und für Toleranz. Im Gespräch berichten die Initiator*innen der AG, was sie zur Gründung der AG veranlasst hat, welche Ziele und Strategien sie verfolgen und welche Erfahrungen sie gemacht haben.

Wie kam es zur Gründung der AG, was wollt ihr erreichen?

Schulsozialarbeit: Den Grundgedanken für die AG hatten wir, als wir gemerkt haben, dass es an unserer Schule vermehrt zu rassistischen Äußerungen durch Schüler*innen kam. Wir Schulsozialarbeiter*innen wollten etwas gegen diese Entwicklung unternehmen. Gemeinsam mit motivierten Lehrer*innen und dem stellvertretenden Schulleiter haben wir dann zunächst die *Antirassismus AG* gegründet.

Lehrer: Am Anfang hatten wir eine Art Feuerwehrfunktion, als in einem Jahrgang massiv extrem rechte Bilder und Sprüche aufgetaucht sind. Das war für uns der Zeitpunkt, gegen diese Entwicklung vorzugehen. Wir haben uns die Frage gestellt: »Was muss geschehen, damit Rassismus an dieser Schule keinen Platz mehr hat?« Der Fokus lag darauf, das Schulklima positiver zu gestalten und Werte wie Freundschaft, Respekt und Toleranz zu stärken. Ziel ist, eine Gemeinschaft an der Schule zu schaffen, in der Rassismus als Fremdkörper gilt. Aus diesem Grund haben wir dann auch die AG in *AG für Toleranz* umbenannt.



Logo der AG
© AG für Toleranz, Sekundarschule Beverungen

Wer nimmt an der AG teil?

Schulsozialarbeit: Uns war es von Anfang an enorm wichtig, dass wir in unserer AG nicht nur aus Lehrer*innen, Schulleitung und Schulsozialarbeit bestehen, sondern auch die Schüler*innen mit dazu holen wollten. Wir wollten das Problem gemeinsam mit den Schüler*innen angehen und ihnen keine Aktionen oder Inhalte überstülpen. Daraufhin hat sich im Sommer 2019 eine Schüler*innen AG zu dem Thema gegründet, die getrennt von der Lehrer*innen AG läuft. Die Schüler*innen AG trifft sich einmal die Woche für zwei Unterrichtsstunden, die von den Schulsozialarbeiter*innen geleitet werden. Derzeit sind etwa acht Schüler*innen Teil der AG.

Womit hat sich die AG inhaltlich beschäftigt, welche Ideen gibt es für die Zukunft?

Schulsozialarbeit: Am Anfang haben sich die Schüler*innen grundlegend mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt, zum Beispiel, wie Rassismus überhaupt entstanden ist und welche Formen von Diskriminierung es gibt. Ziel war es, den Schüler*innen ein Vorwissen zu vermitteln und sie fachlich gut aufzustellen. In der AG haben wir uns dafür entschieden, dass wir in das *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*-Netzwerk aufgenommen werden wollen. Die Schüler*innen sind durch die Klassen gegangen, um dafür zu werben und Unterschriften zu sammeln. Es gab eine Schulung zu Argumentationstrainer*innen gegen Rechts für die Schüler*innen. Sie sollen dieses Wissen dann an jüngere Jahrgänge weitergeben, allerdings kam dann leider Corona dazwischen. Besonders toll fand ich eine Idee unserer Schüler*innen: Sie wollten ein kleines Unterstützungsbüro für Betroffene von

rassistischen Äußerungen oder anderen Diskriminierungsformen eröffnen. Die Idee war, dass es eine feste Beratungsstunde in der Woche gibt, von Schüler*innen für Schüler*innen, um gemeinsam zu überlegen, was sie bei solchen Vorfällen unternehmen können.

Sehr gut, an Ideen mangelt es euch also offensichtlich nicht. Wie ist die AG denn bisher an der Schule in Erscheinung getreten?

Schulsozialarbeit: Im November letzten Jahres gab es einen Tag der offenen Tür an unserer Schule. Die Schüler*innen der AG hatten einen eigenen Stand und haben sich dort anhand von Plakaten sowie einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt. Wir planen einmal im Jahr einen Aktionstag, an dem alle Schüler*innen im Klassenverband zusammen mit ihren Lehrer*innen verschiedene Aktivitäten organisieren. Das soll jährlich stattfinden, um Themen wie Antirassismus, Zivilcourage und Toleranz einen festen und nachhaltig wirksamen Platz an unserer Schule zu geben.

Gibt es sonst einen Austausch mit Gruppen gegen Rechts an anderen Schulen?

Schulsozialarbeit: Tatsächlich noch gar nicht. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir in Zukunft gucken, welche Schulen in der Nähe ebenfalls Teil des *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*-Netzwerk sind, mit denen man sich austauschen kann. Ein Austausch über durchgeführte Aktionstage, eingeladene Referent*innen und sonstige Erfahrungswerte wäre eine absolute Bereicherung.

Was zeichnet das System Schule im Kampf gegen Rechts aus? Was sind Vor- und Nachteile?

Lehrer: Eine Herausforderung ist sicherlich, dass die Lehrpläne voll sind und die Zeit dementsprechend eng getaktet ist. Gleichzeitig sind jedoch viele Inhalte bereits Teil an unserer Schule und müssen nicht zusätzlich draufgesattelt werden. In verschiedenen Fächern gehören Themen wie Antirassismus und Diskriminierung bereits zum Unterricht. In der Klasse Zehn gibt es eine dreitägige Fahrt in die KZ-Gedenkstätte Buchenwald, inklusive ausführlicher Vor- und Nachbereitung. Es kommt vor allem darauf an, ein ganzheitliches Konzept für die Schule zu entwickeln: Die verschiedenen Inhalte sollten jahrgangsübergreifend aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.

Schulsozialarbeit: Die Schüler*innen sind interessiert an alternativen Lernangeboten. Wir kennen das aus der offenen Jugendarbeit: Wenn dort Angebote für Jugendliche geschaffen werden, steht man zuerst vor der Herausforderung, Jugendliche zu aktivieren. Wenn du hingegen an der Schule sagst: »Wir gründen jetzt eine AG«, sind direkt viele Jugendliche begeistert und beteiligen sich. Das ist ein riesiger Vorteil.

Was könnt ihr Lehrer*innen und Schüler*innen mit auf den Weg geben, die sich an ihrer Schule gegen Rechts engagieren wollen und vielleicht ähnliche Projekte starten möchten?

Lehrer: Zunächst ist es hilfreich sich Unterstützer*innen zu suchen und im kleinen Kreis Ideen zu sammeln und zu überlegen, wie man Schüler*innen und Lehrer*innen davon begeistern kann. Das Beste ist, wenn man einen Kreis hat, in dem man die gleichen Ziele hat und sich gut versteht und ergänzt. Wichtig ist, dass die Projekte nachhaltig sind und man es nicht bei einer einzelnen Aktion belässt. Man muss dranbleiben, aber ohne dabei den Spaß oder die Energie zu verlieren. Für uns war es außerdem von enormer Bedeutung, dass wir die Schulleitung für unser Vorhaben gewinnen konnten. ●

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein bundesweites Schulnetzwerk, dem in Deutschland über 3.000 Schulen angehören. Die Mitglieder des Netzwerkes haben sich mit ihrem Beitritt dazu verpflichtet, sich nachhaltig für die Gleichwertigkeit aller Menschen und gegen jede Form von Diskriminierung einzusetzen. Es bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagog*innen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Unterstützt werden die Schüler*innen und Pädagog*innen dabei von mehr als 100 Koordinierungsstellen und 350 außerschulischen Kooperationspartner*innen.

Weitere Infos unter: schule-ohne-rassismus.org

DIE EXTREME RECHTE IN OWL: EIN ÜBERBLICK

Argumente & Kultur gegen rechts e. V.

Versucht man einen Überblick über die extreme Rechte in Ostwestfalen-Lippe (OWL) zu skizzieren, gilt es zunächst festzuhalten: Die extreme Rechte gibt es nicht. Sehr unterschiedlich sind die Menschen, die extrem rechten Ideologien anhängen, und dementsprechend unterschiedlich ist auch ihr Agieren. So existieren beispielsweise Traditionsverbände, in denen sich bisher die »Alten Kameraden« aus Wehrmacht und SS sammelten, es gibt eine extrem rechte Kulturszene mit Bands und Konzerten, die eher jugendlich geprägt ist. Es existieren studentische Organisationen, welche auf eine akademische Elite zielen, andere geben sich bewusst bäuerlich, lehnen Christentum als »artfremde« Religion ab und propagieren eine germanische Sippengemeinschaft. Die einen bekämpfen den Staat und den Parlamentarismus und sehen im historischen Nationalsozialismus ihr Vorbild, andere sehen im Kampf um parlamentarischen Einfluss die Chance, den Staat nach rassistischen Kategorien in eine »deutsche Volksgemeinschaft« zu verwandeln. Wer die extreme Rechte in ihrer Vielgestaltigkeit verstehen will, muss die unterschiedlichen Organisationen und deren jeweilige Programmatik und Aktionsfelder beachten.

Wichtig für eine Auseinandersetzung mit extrem rechten Erscheinungsformen in OWL ist darüber hinaus, dass einige Orte in der Region durch rechte Mythen aufgeladen sind und somit eine wichtige Rolle für die extreme Rechte spielen. Diese Orte können als extrem rechte Erinnerungsorte verstanden werden und locken extrem rechte »Tourist*innen« an.

Die militante Neonaziszene

Die neonazistische Szene in OWL besteht aus einem über Jahrzehnte gewachsenen Netzwerk aktionsorientierter und vor allem junger Männer, aber auch einiger junger Frauen. Ihr politisches Ziel ist die Errichtung eines »4. Reichs« oder die Wiedezulassung der NSDAP. Bereits in den 1990er Jahren entstanden in OWL zahlreiche sogenannte »Freie Kameradschaften«. Dies sind informelle lokale Gruppierungen von bis zu einem guten Dutzend Personen, deren Mitglieder sich durch eine hohe Gewaltbereitschaft auszeichnen. Bis ins Jahr 2000 traten diese Gruppen gemeinsam als *Freie Nationalisten Ostwestfalen* auf. In den folgenden Jahren präsentierten sich die einzelnen lokalen Kameradschaften eher vereinzelt. Die Gründung des *Kameradschaftsnetzwerk Westfalen Nord* im Mai 2009 war der Versuch, die in der ländlichen Region weit verstreuten Kräfte für Aktionen zu bündeln. Neonazis aus dem Spektrum von *Westfalen Nord* waren an zum Teil schweren Gewaltdelikten beteiligt. Ab dem Jahr 2012 trat *Westfalen Nord* nicht mehr in Erscheinung. Klassische »Freie« Kameradschafts-Strukturen sind in den letzten Jahren kaum noch zu verzeichnen. Da es in den letzten zwei Jahrzehnten in NRW und bundesweit zu Verboten von Kameradschaften und ähnlichen extrem rechten Organisationsformen kam, organisieren sich Neonazis aus diesem Spektrum aus strategischen Gründen zunehmend in neonazistischen Parteien wie *Die Rechte* mit ihrem Kreisverband OWL oder zeitweise auch in dem nicht mehr aktiven Stützpunkt Hermannsland der neonazistischen Kleinstpartei *Der III. Weg*. Die Organisierung in Parteien – so die Hoffnung der Neonazis – würde vor weiteren Verboten schützen, Parlamentarismus und die freiheitlich demokratische Grundordnung lehnen sie weiterhin ab. Unter dem Namen *Nationale Sozialisten Gütersloh* oder auch *Gruppe OWL* sammeln sich aktuell einige wenige ostwestfälische Neonazis aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften bei Aufmärschen. Wichtige Akteure des Spektrums wie der seit den frühen 2000er Jahren aktive Mindener Markus Winter sind auch heute noch aktiv und scharen immer wieder neue Anhänger um sich. Viele der in den Kameradschaften oder bei *Die Rechte* Aktiven nehmen sowohl an Demonstrationen des Spektrums teil als auch an der Erlebniswelt der extremen Rechten. Markus Winter z. B. organisierte in den letzten Jahren Liederabende und trat bei neonazistischen Kampfsportevents auf.

Demonstrationspolitik

Die Straßenpolitik der Neonazis wird in OWL aktuell, d. h. durch Aufmärsche dominiert, auf denen die

Freilassung von Ursula Haverbeck und Meinungsfreiheit für Holocaustleugnung gefordert wird. Die 1928 geborene Haverbeck ist eine zentrale Figur der internationalen Holocaust-Leugner*innen-Szene. Sie war die zentrale Person des in Vlotho ansässigen Seminarzentrums und Vereins *Collegium Humanum (CH)*, welches 2008 verboten wurde. Ursula Haverbeck ist die »Grande Dame« der Leugnung des Holocaust und gerade für junge Neonazis als Angehörige der sogenannten »Erlebnisgeneration« eine gern gesehene Referentin. Sie gehört heute zu den verbindenden Symbolfiguren der neonazistischen Szene – nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer offenen Leugnung der Shoa. Seit ihrer Inhaftierung im Mai 2018 in Bielefeld gab es ihretwegen vier Aufmärsche. Betrachtet man das Spektrum der Teilnehmenden, zeigt sich eine Gemengelage aus jüngeren aktionsorientierten Neonazis um die Partei *Die Rechte*, Vertreter*innen der sogenannten »Holocaust-Leugner Szene«, Akteur*innen aus dem Spektrum der Reichsbürger, aber auch Anhänger*innen der *Artgemeinschaft* und ehemaligen Funktionären der verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)*.



Demonstration für die Freilassung von Ursula Haverbeck in Bielefeld 2019

Gemeinschaft und Erziehung im Sinne des NS

Wer sich positiv auf den Nationalsozialismus bezieht, erfährt oftmals Ablehnung, teils droht hier sogar juristische Verfolgung. Von daher sind Organisationen, welche nach außen abgeschottet der Selbstvergewisserung, der inneren Festigung oder der Erziehung im Sinne des Nationalsozialismus dienen, für die Szene von besonderer Bedeutung. In Organisationen wie der *Artgemeinschaft* oder der 2009 verbotenen *HDJ* sammeln sich Personen oder Familien, die zumeist schon seit langem, oft in der zweiten oder dritten Generation in der extremen Rechten aktiv sind. Nach außen wirken Akteur*innen dieser Organisation oft wie Anhänger*innen von Trachtengruppen, Pfadfinder oder Zimmerleute, denn in Bekleidung und Lebensweise versucht diese Szene die Moderne mit Urbanität und Technik abzulehnen und flüchtet sich ins Gestrern. In OWL sind die Strukturen dieses Spektrums fest verankert und bezüglich der Akteur*innen und der Anzahl der Aktivist*innen von großer Bedeutung. Im Fokus der Aufmerksamkeit steht dabei u. a. die Familie Ulrich aus Detmold, welche in der dritten Generation in der Naziszene aktiv ist. Schon Günter Ulrich, der Großvater der heute jüngsten Ulrich-Generation, war in der *Wiking-Jugend* aktiv, welche nach dem Vorbild der *Hitler-Jugend* aufgebaut und 1994 verboten wurde. Sein Sohn Gerd Ulrich war in der *NPD*, der *Wiking-Jugend* und in deren Nachfolgeorganisation *HDJ* aktiv. Seit dem Verbot der *HDJ* 2009 organisieren die Ulrichs weiter völkische Kindererziehung, die immer wieder durchgeführten Treffen mit einer Vielzahl von Kindern belegen dies. Gerd Ulrich ist, wie ca. 25 bis 30 weitere Personen aus OWL, auch in der *Artgemeinschaft* aktiv, genauer in deren Untergliederung *Freundeskreis Wittekindsland*. Regelmäßig finden Sonnenwendfeiern, Brauchtums- und Schulungsveranstaltungen statt. Die *Artgemeinschaft* begreift sich als germanische Religionsgemeinschaft und als »Sippengemeinschaft«. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in ihr sowohl Mitglieder im hohen Alter, vor allem aber Familien mit Kindern organisiert sind. So harmlos die Aktivist*innen der *Artgemeinschaft* in ihrer altmodischen Bekleidung wirken: In der Vergangenheit wurden bei ostwestfälischen Aktivist*innen mehrfach Waffen und Sprengstoff gefunden, wodurch das in der Ideologie verankerte Gewaltpotenzial deutlich vor Augen geführt wird.

Rechter Terror und Waffenfunde

Gewalt ist in weiten Teilen der extremen Rechten ein legitimes Mittel. Von daher besitzen viele Waffen, organisieren sich teilweise in Wehrsport- oder gar rechtsterroristischen Gruppen. Auch in OWL wurden immer wieder solche Strukturen aufgedeckt. Bei dem oben bereits erwähnten Gerd Ulrich beispielsweise wurden

Rohrbomben gefunden. In jüngster Zeit gingen die Behörden gegen verschiedene Organisationen vor. Bei den Razzien gegen die *Gruppe S* und gegen *Nordadler* im Frühjahr 2020 wurden verschiedene Räumlichkeiten in Porta-Westfalica und Vlotho durchsucht und Waffen sichergestellt, wie auch im Juli 2020 in Minden, als sich die Ermittlungen gegen neonazistische Reservisten richteten. Eine besonders hohe Affinität zu Waffen besteht bei den sogenannten Reichsbürgern, welche die Existenz der BRD leugnen. Auch sie sind in OWL fest verankert, Reichsbürger-Ideologien spielten beispielsweise auch in der *Gruppe S* eine bedeutende Rolle.

Erlebniswelt Neonazismus

Extrem rechte Ideologie und Praxis finden sich nicht nur in Parteien und Organisationen, sondern auch eingebettet in eine Lebenswelt, eine Jugend- und Musikkultur. Während bis in die 1970er Jahre die *NPD* z. B. Rock als undeutsch ablehnte, ist Musik heute einer der wichtigsten Ideologietransporteur und Kristallisationspunkte innerhalb der extremen Rechten. Gerade in OWL haben Bands, die Lieder mit anti-



Gerd Ulrich bei einer Demonstration in Paderborn
© Linda Janssen

semitischen, rassistischen oder den Nationalsozialismus verherrlichenden Texten singen, eine lange Tradition. Ende der 1980er Jahre war Werwolf aus Gütersloh eine der wichtigsten deutschen RechtsRockbands. Seit Mitte der 1990er Jahre ist Sleipnir um Marco Bartsch aus Verl, später Gütersloh, als Band und als Liedermacherprojekt aktiv und spielte auch international zahlreiche Konzerte. Sleipnir gehört zu den Top-Bands des deutschen RechtsRock. Beschränkte sich extrem rechte Musik früher musikalisch auf Rock und Liedermacher, war es ab 2011 der aus Gütersloh kommende Julian Fritsch aka Makss Damage, der Rap-Musik mit extrem rechten Inhalten verband. Fritsch hatte zuvor stalinistische und auch antisemitische Lines gerappt, wechselte jedoch politisch die Szene und engagierte sich inzwischen z. B. für die neonazistische Partei *Der III. Weg*. Wichtige Elemente der extrem rechten Erlebniswelt sind Liederabende und Konzerte. Auf diesen wird Gemeinschaft erlebt, bei Konzerten durch die Vielzahl von Teilnehmenden, bei Liederabenden als kleine verschworene Gemeinschaft. Auch in OWL finden immer wieder Liederabende und gelegentlich auch Konzerte statt. Beispiel einer eher untypischen Verschränkung unterschiedlicher Bereiche der extremen Rechten ist Hendrik Stiewe. Dieser betrieb von 2005 bis 2018 von Bielefeld aus das Label Wewelsburg Records, er veröffentlichte in dieser Zeit über 50 Tonträger. Der Neonazi Stiewe, der heute in Bochum lebt, studierte gleichzeitig Geschichte und ist Mitglied der *Burschenschaft Normannia Nibelungen*.

Neben der Musik hat sich in den letzten Jahren ein weiterer Bereich extrem rechter Erlebniswelt etabliert: Kampfsport. Neonazis trainieren gemeinsam und organisieren eigene Kampfsportevents. Kampf und Kampfsport haben ideologisch und praktisch eine hohe Attraktivität für die extreme Rechte. Ihre Anhänger fühlen sich, als befänden sie sich in einem ständigen Lebens- und Überlebenskampf und ständig von Feinden umgeben.

Nicht nur kämpfte Markus Winter aus Minden, der alte Kader des Neonazismus, beim Kampf der Nibelungen, der wichtigsten extrem rechten Fightnight, auch anpolitisierte junge Männer aus dem Umfeld der *Arminia-Bielefeld* Fan- und Hooliganszene waren als Kämpfer und Zuschauer zugegen.

Gewollte Rechtsintellektualität

In den letzten Jahren liest man in den Medien immer wieder von der Neuen Rechten. Der Begriff wurde in den 1970er Jahren geprägt und beschreibt einen Teil der extremen Rechten, der sich vom Nationalsozialis-

mus abgrenzt, im vopolitischen Raum agiert, also nicht zu Wahlen antritt und zumindest versucht, einen intellektuellen Eindruck zu hinterlassen.

Intellektualität beansprucht auch die oben erwähnte Bielefelder *Burschenschaft Normannia Nibelungen*. Organisiert ist diese in der völkischen Dachorganisation *Deutsche Burschenschaft*. Für die Semesterantrittskneipe 2018 warb die Burschenschaft mit dem Bild eines biertrinkenden Wehrmachtssoldaten. Haben einige Mitglieder wie etwa Hendrik Stiewe eine klar neonazistische Ausrichtung, stehen andere wie Dirk Taphorn im Dienst der *Alternative für Deutschland (AfD)*. Die *Normannia Nibelungen* formt den universitären Nachwuchs der extremen Rechten. Von besonderer Bedeutung ist die *Normannia Nibelungen*, weil sie seit 2005 nahezu jährlich die Ideenwerkstatt veranstaltet. Eine Vortragsveranstaltung, auf der bekannte Vertreter aus dem Bereich von Konservatismus bis extreme Rechte referieren. Darunter waren schon der Kopf der *Identitären Bewegung* Martin Sellner und Götz Kubitschek vom Verlag Antaios und dem *Institut für Staatspolitik*. Die Veranstaltung ist mit bis zu 120 Teilnehmenden ein wichtiger Ort für Austausch, Vernetzung und Ideologiebildung.

Waren die Burschenschaften in den frühen 2000er Jahren durch Mitgliedermangel vom Aussterben bedroht, so haben sie jetzt wieder mehr Zulauf. Das Neumitglied Nils Hartwig war vorher in der Paderborner Lokalgruppe der *Identitären Bewegung (IB)* aktiv. Die *IB* geriert sich zwar als Bewegung, ist jedoch weit davon entfernt eine zu sein. Vielmehr kann sie als Organisation junger Erwachsener beschrieben werden, die mittels geschickt inszenierter Aktionen und poppig gestalteter Videos bundesweite Aufmerksamkeit erhielt. Ideologisch tauscht die *IB* zumindest vordergründig altbekannte Feindbilder aus. Nicht mehr Ausländer sind die Feinde, sondern der Islam; nicht mehr der Ultranationalismus für Deutschland wird beschworen, sondern der gemeinsame europäische Kampf um das »Abendland«. Es geht aber weiterhin um die Ausgrenzung des Anderen, des für sie nicht zur Volksgemeinschaft Gehörigen. Der Verein der *IB* wurde 2014 in Paderborn eingetragen, unter den damals führenden Mitgliedern befand sich der in der *HDJ* sozialisierte Paderborner Nils Altmieks aus Altenbeken. Inzwischen ist die *IB* bundesweit kaum noch wahrnehmbar. Einen wichtigen Anteil daran tragen soziale und klassische Medien, die der *IB* die für ihre Form von Aktivismus notwendige Aufmerksamkeit verwehren. Zahlreiche Profile der *IB* wurden gesperrt und Propagandaerzählungen und Bilder werden nicht mehr übernommen. Auch die ehemaligen Regionalgruppen in Paderborn und Bielefeld sind inaktiv. Teile der ehemaligen Aktivist*innen haben sich jedoch neue Betätigungsfelder gesucht und geknüpfte Netzwerke sind weiter aktiv.

Keine Alternativen

Der noch 2016 in der *Identitären Bewegung* aktive Nils Hartwig ist heute für die *AfD*-Fraktion im Landtag NRW tätig. Dass die *AfD* einen Unvereinbarkeitsbeschluss hat, der eine solche Einstellung eigentlich verunmöglichen würde, stört offenbar nicht. Das verwundert gerade bei der ostwestfälischen *AfD* nicht, denn wichtige der hiesigen Protagonisten, wie etwa Thomas Röckemann oder Udo Hemmelgarn, sind dem völkisch-extrem rechten Teil der *AfD* zuzurechnen und standen bis zu dessen Scheinauflösung teilweise der innerparteilichen Strömung *Der Flügel* um Björn Höcke nahe. Obschon es der *AfD* in OWL gelang, nahezu flächendeckend Kreis- und teilweise auch Stadt- oder Ortsverbände aufzubauen, ist eine lokalpolitische Verankerung noch nicht festzustellen.

Während eine lokalpolitische Verankerung weitgehend fehlt, ist eine gute Vernetzung in andere Bereiche der extremen Rechten festzustellen. Sei es der Sprecher der *Jungen Alternative Bielefeld* Jonas Vriesen, der Schulungen des »Institut für Staatspolitik« besucht, sei es der Vorsitzende der *AfD* Bielefeld Florian Sander, welcher Mitglied des völkisch-rassistischen *Bund deutscher Unitarier* ist und für eine ganze Reihe »neurechter« Publikationen schreibt.

Am deutlichsten tritt diese Vernetzung jedoch bei dem Paderborner Verein *Alternativer Kulturkongress Deutschland* auf, dessen Vorsitzender das *AfD*-Mitglied Matthias Tegethoff ist. Der Verein organisierte sowohl Veranstaltungen mit dem rassistischen, antisemitischen und frauenverachtenden Rocker und Youtuber Tim Kellner aus Horn-Bad Meinberg und dem Geschichtsrevisionisten Gerd Schultze-Rhonhof, aber auch mit Vertretern von *Der Flügel* wie Andreas Kalbitz oder Björn Höcke. Der Verein fungiert als politische Vorfeldorganisation bei dessen Kongressen oder Hermannstreffen die *AfD*-Aktivist*innen mit noch radikaleren Vertreter*innen zusammenkommen.



Mythenregion »Hermannsland«

Auch die extreme Rechte benötigt Orte, an denen sie sich der eigenen Tradition und Ideologie vergewissert. In OWL liegen mit den Externsteinen, der Wewelsburg, dem Hermannsdenkmal und dem vermeintlichen Grab von Widukind in Enger gleich mehrere Orte, die für die extreme Rechte bundesweit und teilweise auch international von hoher Bedeutung sind. Diese zeigt sich in regelmäßigen Besuchen, insbesondere in ideologischen und identitätspolitischen Bezugnahmen. So stehen die Externsteine, welche in der extremen Rechten als ein heiliger Ort der Germanen angesehen werden, im Verständnis

der extremen Rechten für das Erbe einer hochstehenden Kultur und vermeintlichen Rasse. Sie dienen somit nicht nur als beliebtes Ausflugsziel, sondern als eine Art mythisch aufgeladener Kraftort. Auch die Wewelsburg, welche im Nationalsozialismus von der SS zu einem Tagungsort mit historischem Ambiente ausgebaut wurde, ist für die extremen Rechten eine Kultstätte. Vor allem der Obergruppenführersaal mit seinem Bodenornament, welches heute als Schwarze Sonne gedeutet wird, stellt eine Art Pflichtprogramm für extrem rechten Tourismus dar. OWL ist für die extreme Rechte germanisches Kernland – oder eben »Hermannsland«, – Hermann war es, der in der Lesart der extremen Rechten die Germanen vor der »Überfremdung« bewahrte.

Gegen die Gleichheit

Die extreme Rechte setzt sich auch in OWL aus sehr unterschiedlichen Akteur*innen zusammen. Trotz aller Unterschiedlichkeiten teilt sie zentrale ideologische Vorstellungen wie die Ungleichwertigkeit der Menschen. Gemeinsam ist ihnen die Ablehnung liberaler Gesellschaftsmodelle, in denen die Rolle des Einzelnen nicht vom biologischen Geschlecht, der Herkunft oder der Hautfarbe vorgegeben ist. Sie träumen von einem homogenen »deutschen Volk«, welches historisch – außer in ihrer Vorstellung – in dieser Form nie existierte und in welchem sie sich selbst eine führende Rolle zuschreiben. Wer aus ihrer Sicht nicht dazugehört, wird ausgegrenzt. Dem ist entgegenzutreten. Die Wirkmächtigkeit extrem rechter Gruppen muss minimiert werden, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein solidarischer Umgang miteinander entwickelt werden. 🍅

DEMOKRATISCHE MITTE?

Menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft

Wilhelm Berghan & Andreas Zick

Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Doch wie sehr prägt diese Rechtsnorm die Gesellschaft? Tatsächlich stimmen in unserer letzten Mitte-Studie rund 93 % der Deutschen der Meinung zu, in einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.¹ Bei kaum einer anderen Frage der Studie herrscht so große Einigkeit. Würde und Gleichheit, das scheint fast allen Bürger*innen wichtig. Die Anerkennung dessen sollte demgemäß auch Einstellungen zum Miteinander und zur Demokratie prägen. Die zahlreichen Hasstaten gegen Minoritäten, Amts- und Würdenträger*innen und viele andere, Hate-Speech und die schwere Gewalt von rechtsextremen Gruppen, die ihren Höhepunkt in Attentaten fanden, sprechen jedoch eine andere Sprache.

Zentrale Erkenntnisse der Mitte-Studie

Wie steht es folglich um die Qualität einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft? Welchen Raum nehmen antidemokratische Orientierungen, wie der Rechtsextremismus und menschenfeindliche Vorurteile, die die Würde einiger infrage stellen, ein? Diesen Fragen widmen sich die Mitte-Studien, die von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* gefördert werden. Es handelt sich dabei um repräsentative Meinungsumfragen, die zuletzt in 2018/19 durchgeführt wurden. Dabei gehen wir davon aus, dass vorurteilsgeleitete und ideologische Gewalt die Spitze eines Eisbergs ist, unter der sich weniger offensichtliche Phänomene mit weiter gesellschaftlicher Verbreitung finden. Denn rechtsextreme Täter*innen fühlen sich nicht selten durch gesellschaftliche Diskurse und einen wahrgenommenen »Volkswillen« legitimiert.

Mit diesem Blick sind einige Ergebnisse der letzten Bevölkerungsumfrage von besonderem Interesse. So zeigt sich, dass rund ein Drittel der Befragten der Meinung ist, im nationalen Interesse könne nicht allen die gleichen Rechte gewährt werden. Das zeigt eine illiberale Einstellung an, die dem Anspruch einer offenen wie vielfältigen Demokratie widerspricht. Auch mit Blick auf bestimmte Gruppen zeigt die Studie Ressentiments. Rund ein Viertel der Befragten meint, es leben zu viele Ausländer in Deutschland oder Sinti und Roma würden zur Kriminalität neigen. Hierbei handelt es sich um traditionelle soziale Vorurteile, die seit Jahren stabiler Bestandteil öffentlicher Diskussionen sind und auch deshalb gefährlich sind, weil sie Diskriminierung wie Gewalt befeuern. Ebenso zeigt sich die Abwertung, wenn der Blick von als »fremd« konstruierten Gruppen auf weitere gelegt wird. Beispielsweise gegenüber Menschen, die traditionellen Geschlechterverhältnissen nicht entsprechen: Fast jede*r Zehnte denkt, Homosexualität sei unmoralisch; 16 %, Transsexuelle und Transgender sollten versuchen, nicht so aufzufallen. Obwohl diese Vorurteile in den letzten Jahren eher zurückgegangen sind – begleitet auch durch rechtliche Veränderungen wie der Ehe für alle – sind sie weiterhin Bestandteil öffentlicher Meinung und führen zu Ausgrenzung. Angriffe auf die Würde und Gleichheit von Menschen richten sich häufig auch gegen Menschen und Gruppen, die in der ökonomisch orientierten Leistungsgesellschaft leicht als »nutzlos« beurteilt werden. In der Umfrage 2018/19 stimmt ein Fünftel zu, dass Obdachlose aus den Fußgängerzonen entfernt werden sollen und fast die Hälfte der Deutschen unterstellt Langzeitarbeitslosen, nicht wirklich daran interessiert zu sein, einen Job zu finden.

Das Konzept Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Diese Einstellungen drücken aus, was wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bezeichnen. Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Sexismus und viele weitere Orientierungen werden darunter

¹ Alle in diesem Beitrag berichteten Ergebnisse aus: Zick, A. Küpper, B. & Berghan, W. 2019. Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. Für weiterführende Literatur, tiefergehende Ausführungen zu den theoretischen Überlegungen und zur Methodik sei ebenfalls auf diese Veröffentlichung verwiesen.

gefasst. Den GMF-Elementen liegt die Vorstellung zugrunde, dass nicht alle Menschen gleich viel wert seien. Nicht jede*r gleich an Würde sei. Menschen werden dann nicht nur als ungleich wahrgenommen, sondern als ungleichwertig. Kern der unterschiedlichen Menschenfeindlichkeiten ist also der Glaube an eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die Überzeugung, dass es in der Gesellschaft eine gerechtfertigte Hierarchie zwischen Gruppen gibt. Die statistischen Analysen zeigen tatsächlich, dass die Vorurteile zusammenhängen. Wer eine Gruppe abwertet, wertet mit größerer Wahrscheinlichkeit auch weitere ab. Das Antasten demokratischer Grundsätze zeigt sich demgemäß auch in den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber bestimmten Gruppen. Mal mehr, mal weniger subtil.

Extrem rechte Einstellungen und »die Mitte« der Gesellschaft

Menschenfeindlichkeiten sind zudem auch zentrale Elemente politischer Einstellungen. Sie sind Teil des Rechtsextremismus, der sich sowohl aus sozialen als auch politischen Einstellungen speist. So gibt es zwar Menschenfeindlichkeit ohne Rechtsextremismus, aber keinen Rechtsextremismus ohne Menschenfeindlichkeit. Während der Anteil geschlossen rechtsextrem Eingestellter mit 2 bis 3 % der Bevölkerung relativ gering ist, werden Versatzstücke rechtsextremen Denkens weiter in der Mitte der Gesellschaft geteilt. Sie werden

politisch in rechtspopulistischen Kampagnen oder sich intellektuell gebenden neurechten Diskursen reproduziert. Beispielsweise in Form rassistischer Aussagen durch Politiker*innen, wenn der Begriff des völkischen wieder positiv besetzt oder das Gedenken an den Holocaust herabgewürdigt wird. Die Analyse der

genauen Zusammenhänge ergibt zudem, dass menschenfeindlich eingestellte Personen auch Gewalt gegen andere zur Durchsetzung eigener Interessen oder der Abwehr von Fremden eher befürworten. Teil eines rechtsextremen Weltbildes sind neben menschenfeindlichen Vorstellungen auch bestimmte, auf einer eher politischen Ebene gelagerte, Orientierungen. Hierzu gehört die Befürwortung einer Diktatur, ein übersteigerter Nationalismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Dabei zeigen sich

in relevanten Teilen der Bevölkerung völkische und antidemokratische Einstellungen. Rund 22 % der Befragten meinen beispielsweise, Deutschland brauche eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert, ca. 18 % fordern ein hartes Durchsetzen deutscher Interessen und fast jede*r zehnte Befragte ist der Meinung, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte. Die Ergebnisse der Mitte-Studie schätzen das Ausmaß allerdings eher konservativ ein, denn es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der Befragten sozial erwünscht antwortet und seine wahre Meinung versteckt, um trotz Anonymität nicht rechtsextrem zu erscheinen.

Insgesamt zeigen die Mitte-Studien wie auch andere Forschungen, dass Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht nur von einer kleinen, gewaltbereiten Gruppe am Rand der Gesellschaft geteilt werden, sondern dass entsprechende Einstellungen teils bis weit in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Auch unter jenen, welche die Demokratie und die damit einhergehenden Werte eigentlich befürworten. Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit macht dabei deutlich, dass sehr unterschiedliche Gruppen von Abwertung und Diskriminierung betroffen sein können und genauso, dass Menschenfeindlichkeit von einer Vielzahl von Positionen ausgehen und auf unterschiedlichsten Ebenen vorhanden sein kann. Nicht nur am ›rechten Rand‹.



Andreas Zick / Beate Küpper /
Wilhelm Berghan
**Verlorene Mitte -
Feindselige Zustände.
Rechtsextreme Einstellungen in
Deutschland 2018/19**

Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung
v. Franziska Schröter

332 Seiten, Broschur, 14,90 €
ISBN 978-3-8012-0544-7

Aufgaben für die Zivilgesellschaft

Die Ergebnisse legen einige Überlegungen für die Gestaltung einer Zivilgesellschaft, die sich dem entgegenstellen und für eine offene Gesellschaft eintreten möchte, nahe. Zunächst scheint überhaupt erst einmal ein Bewusstsein dafür wichtig, dass Vorurteile existieren und weit verbreitet sind. Dazu gehört es ebenso, selbstkritisch zu hinterfragen, inwiefern jede*r persönlich seinen eigenen Werten gerecht wird. Es kommt also darauf an, die eigenen Gefühle, Meinungen und auch die Einbindung in gesellschaftliche Verhältnisse immer wieder zu reflektieren. Bildung kann dabei helfen. Sie ist zwar kein Garant, denn höher gebildete Menschen können ihre Vorurteile beispielsweise auch besser verstecken, aber sie ist eine wichtige Grundlage, da über Bildung bestimmte demokratische Werte, Wissensbestände und soziale Fähigkeiten vermittelt werden können, die Vorurteilen entgegenstehen. Einstellungen ändern sich allerdings nur sehr langsam. Das zeigt sich ebenfalls in der Mitte-Studie, denn entgegen der Verschärfungen im gesellschaftlichen Diskurs haben sich die Bevölkerungseinstellungen in den letzten fünf Jahren weniger stark gewandelt. Vielmehr scheinen lange vorhandene Vorurteile nun eher ausgesprochen oder in Form von Diskriminierung und Gewalt ausgelebt zu werden. Die Zivilgesellschaft müsste dieser Normalisierung entgegentreten. Für eine offene Gesellschaft zu sein, bedeutet dann letztlich auch, widerständig gegen die Macht des Vorurteils zu sein. Daher darf es am Ende dann wieder hoffnungsvoll stimmen, dass der überwiegende Teil der Gesellschaft die Würde und Gleichheit aller eigentlich hochhalten möchte. Es kommt dann »nur« noch darauf an, diese Verantwortung wahrzunehmen, in tatsächliches Handeln zu übersetzen und dazu beizutragen, dass die Würde des Menschen auch tatsächlich nicht angetastet wird. ●



Prof. Dr. **Andreas Zick** ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. Er ist Sprecher des Instituts für die Erforschung des gesellschaftlichen Zusammenhalts am Standort Bielefeld und Gründungsmitglied des Deutschen Zentrums für Integration und Migration (DeZIM). Seit den 1980er Jahren forscht er national und international zu den Themen Vorurteile, Diskriminierung, Radikalisierung und Akkulturation.

Wilhelm Berghan, M.A. Erziehungswissenschaften, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Erziehungswissenschaft und am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Vorurteile, Diskriminierung und zivilgesellschaftlicher bzw. politischer Bildung.



RASSISMUS IST SCHON LÄNGST DA

Alice Hasters

»Wehret den Anfängen.« Das ist ein Satz, den man seit Jahren immer wieder hört, wenn ein rassistischer Vorfall die Schlagzeilen bestimmt.

Angela Merkel sagte ihn bereits mehrmals, so wie viele andere auch.

Die Menschen, die ihn sagen, möchten an die Gesellschaft appellieren, wachsam zu sein und sich schon früh gegen rechtes Gedankengut zu stellen. Gerade 2015 hörte man ihn vermehrt. Damals ging es um *Pegida*, die *AfD*, so wie andere rechte Parteien und Organisationen, die in einer Zeit, als viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, immer lauter ihre menschenverachtenden Parolen verbreiteten. Fünf Jahre später sitzt die *AfD* in allen deutschen Landtagen. Die *Identitäre Bewegung* wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die rechtsmotivierte Hasskriminalität 2019 zählt mehr als 22.000 Fälle und macht damit mehr als die Hälfte aller vom *BKA* gezählten Vorfälle politisch motivierter Hasskriminalität aus. Mindestens dreizehn Menschen wurden zwischen 2019 und 2020 durch rechtsterroristische Attentate in Deutschland umgebracht. Doch nach wie vor scheinen viele noch von »den Anfängen« zu sprechen, gegen die es sich zu wehren gilt.

Die Frage ist: Wie lange ist »der Anfang« – und wann sind wir über den Anfangspunkt hinaus? Klar ist: Es wird sich nicht gut genug gewehrt, denn Rassismus wird gewaltsamer in Deutschland, ganz Europa, weltweit. Das Problem ist – und das offenbart dieser Satz: Es gibt ein falsches Verständnis davon, was Rassismus ist.

Die geläufige Annahme ist, dass es sich bei Rassismus immer um eine individuelle, bewusste, böswillige Einstellung handelt. Dass die Menschen, die rassistisch handeln, Nazis sind – und dass alle, die keine Nazis

sind, nicht rassistisch handeln. So gut wie alle Menschen wissen zudem, zumindest theoretisch, dass man nicht rassistisch sein sollte und dass Rassismus eine gesellschaftlich schädliche, falsche Ideologie ist. Wen man auch fragt, ob er oder sie rassistisch ist, lautet die Antwort stets: Nein.

Wenn man Rassismus so für sich definiert, wird man nicht wehrhaft sein können. Denn dann wird man ihn in den meisten Fällen übersehen. Denn Rassismus ist mehr als individuelle Handlungen – sondern in unserem System. So wie Sexismus, Queerfeindlichkeit oder jegliche andere strukturelle Form der Diskriminierung auch.

Wenn man Rassismus als Denkweise begreift, die ausschließlich bewusst und mit böser Absicht erfolgt, dann sind nur wenige Menschen Rassisten. Aber Rassismus ist mehr als das.

Er ist schon so lang und so massiv in unserer Geschichte, unserer Kultur und unserer Sprache verankert, hat unsere Weltsicht so sehr geprägt, dass wir gar nicht anders können, als in unserer heutigen Welt rassistische Denkmuster zu entwickeln. Rassismus ist in unserem System.

Dass sich Rassismus tief in unserer Gesellschaft verankert hat, liegt daran, dass es ihn schon hunderte Jahre gibt. Er hat weit vor der Gründung von *Pegida* oder der *AfD* angefangen – auch schon vor der NS-Zeit. Er war und ist im Lauf der Geschichte nur manchmal mehr und manchmal weniger sichtbar. Rassismus, so wie er heute die Welt prägt, ist bereits 500 Jahre alt. Damals brauchten Europäer*innen eine moralische Legitimierung dafür, andere Menschen zu versklaven, auszubeuten und ihr Land zu kolonialisieren. Deshalb unterteilten sie Menschen



Alice Hasters
© H. Henkensiefken

Alice Hasters wurde 1989 in Köln geboren und wenn sie gefragt wird, wo sie herkommt, dann sagt sie, woher ihre Eltern kommen. Sie studierte Journalismus in München, arbeitete für die Tagesschau in Hamburg, lebt aktuell in Berlin und produziert Beiträge für Deutschlandfunk Nova, süddeutsche.de, tagesspiegel.de und den rbb. Mit Maxi Häcke spricht sie im monatlichen Podcast Feuer & Brot über Feminismus und Popkultur.

in »Rassen« und hierarchisierten sie. Ganz grob, galt für sie: Weiße Menschen ganz oben, Schwarze ganz unten. Heute ist mehr als klar, dass es keine Menschenrassen gibt – doch die Spuren einer 500-jährigen Geschichte lassen sich nicht einfach so auslöschen. Rassismus wird man also nicht los, nur weil man behauptet, nicht rassistisch zu sein.

Rassismus prägt auch unseren Alltag. Er kann sich in kleinen, unbedachten, affektierten Handlungen äußern – auch bei Menschen, die sich bewusst gegen Rassismus stellen.

Es kann zum Beispiel sein, dass man am Tag gegen Rassismus demonstriert – und trotzdem Angst bekommt, wenn ein Schwarzer Mann einem nachts über den Weg läuft. Oder dass man kurz überrascht ist, wenn eine Frau mit Kopftuch perfekt Deutsch spricht. Auch wenn diejenigen, die auf die andere Straßenseite wechseln oder kurz verdutzt sind, nicht weiter darüber nachdenken und glauben, diese eine Sekunde, diese eine harmlose Handlung bliebe unbemerkt und würde keinen großen Unterschied machen, tut sie es doch. Und zwar für die Betroffenen. Eine deutsche Frau mit Kopftuch bekommt täglich verdutzte Blicke, wenn sie den Mund aufmacht. Ein Schwarzer Mann sieht in seinem Leben Hunderte verängstigte Gesichter, wenn er durch die Straßen läuft. Sie bemerken es.

Diese kleinen Momente, sie wirken wie Mückenstiche. Kaum sichtbar, im Einzelnen auszuhalten, doch in schier Summe wird der Schmerz unerträglich. Diese Mückenstiche haben einen Namen: Mikroaggressionen. Davon gibt es unterschiedliche Abstufungen.

Das können Angriffe oder Beleidigungen sein, wie die Verwendung des N-Wortes oder Aussagen wie: »Wir sind hier in Deutschland.« Es können unbewusste Handlungen sein, wie wenn eine Frau ihre Tasche umkrallt, sobald ich mich in der Bahn neben sie setze. Aber auch das Negieren und Absprechen der eigenen Perspektive und Erfahrungen gehört dazu. Viele Menschen glauben mir nicht, wenn ich sage, dass mich manche Menschen für eine Diebin halten.

Auch Ignoranz ist eine Form der Mikroaggression – eine ziemlich gefährliche. Wer nicht im Stande ist, Rassismus zu erkennen, der wird ihn auch nicht verhindern können. Dieser Unfähigkeit oder der Widerwillen, Rassismus zu erkennen, ist der Grund, warum er sich immer weiter ausbreiten kann.

Es wäre also besser, keine Zeit darauf zu verschwenden, rumzurätseln, ob Rassismus schon angefangen hat und ob man deshalb auch anfangen muss sich zu wehren – sondern zu begreifen, dass Rassismus schon da ist. Er war nie weg. Es ist wichtig, Rassismus in seinen ganzen Facetten zu bekämpfen und aufzuarbeiten, nicht erst, wenn er in radikaler Form auftritt. Das heißt, es braucht mehr als ein reaktives Wehren. Nämlich ein aktives Handeln.

Es ist wichtig, sich mit dem eigenen Rassismus auseinanderzusetzen. Die kleinen, aus dem Affekt geschehen Handlungen und Gedanken zu hinterfragen. Zu begreifen, wie unsere Strukturen und Systeme teilweise noch abhängig davon sind, Menschen zu hierarchisieren und sich zu überlegen, was es braucht, um dem ein Ende zu bereiten.

Das bedeutet Arbeit – und die ist anstrengend. Doch sie ist nachhaltig, wichtig und lohnt sich. Nur so haben wir eine Chance darauf, Rassismus aus unserer Gesellschaft zu kriegen und ihn nicht weiter aufkeimen zu lassen. ●

Alice Hasters
Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten
Sachbuch. 208 Seiten
Klappenbroschur
17 EUR [D] / 17,50 EUR [A]
23. September 2019



WAS TUN? RAUS AUS DER DEFENSIVE!

Christopher Vogel

Was tun?! Raus aus der Defensive!

Haben Sie auch die Faxen dicke? Reicht es Ihnen auch langsam, dass jahrelang so getan wurde, als ob das größte Problem hierzulande Geflüchtete wären, die vor Krieg und desolaten Zuständen in ihren Heimatländern Unterschlupf suchen? Dass traurige Häufchen in deutschen Innenstädten davon reden, erfahren haben zu wollen, dass Bill Gates uns alle zwangsimpfen will, sie ihre Freiheit verlieren und damit wochenlang die Nachrichten füllen? Dann wird es Zeit, dagegen etwas zu tun.

Laute Minderheit gegen leise Mehrheit

In den letzten Jahren hat sich eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung in vielen westlichen Ländern manifestiert. In einigen davon, wie etwa den USA, Ungarn und Polen sind rechtsautoritäre Regierungen gewählt worden, in anderen wie in Skandinavien und Deutschland konnte man den Aufstieg und Etablierung rechter Parteien beobachten. Vor allem seit der sogenannten Flüchtlingskrise (die eher eine Politik- und Verwaltungskrise war) in den Jahren 2015/16 reagierte ein Teil der Bevölkerung mit rassistischen und nationalistischen Abschottungsfantasien. In Deutschland zog die AfD nicht nur in alle Parlamente ein, parallel dazu stieg die Zahl extrem rechter Gewalttaten sprunghaft an. Zugleich engagierte sich ein größerer Teil der Zivilgesellschaft in einer Weise, die die Bundesrepublik noch nie gesehen haben dürfte. Noch im kleinsten Dorf bildeten sich adhoc-Bündnisse, Bürger*innen sammelten und verteilten Kleidung für die ankommenden Geflüchteten, begleiteten sie zu Behörden, gaben Sprachkurse und so weiter. Kurz: Während ein Teil den Untergang des Abendlandes herbeischrie, verhielt sich ein anderer und weit größerer Teil schlicht und einfach solidarisch angesichts der Not von Menschen. Trotzdem bestimmte eine laute Minderheit den medialen und politischen Diskurs. Im Jahr 2016 gab es gefühlt wöchentlich eine Talkshow mit Vertreter*innen der AfD, wo diese ungefiltert Menschenverachtung und Alarmismus verbreiten konnten, während sich Helfer*innen vor Ort still und ohne gebührende Aufmerksamkeit nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für ihr Gemeinwesen engagierten.



Christopher Vogel gibt einen Input bei einer Online-Tagung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW, © Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

Niedergang der Kommunen durch neoliberale Sparpolitik

Wie konnte es soweit kommen? Unter welchen Bedingungen konnte die national-autoritäre¹ AfD aufsteigen und vor allem, was folgt daraus für zivilgesellschaftliches Engagement?

Im Jahr 2009 erstellte die *Mobile Beratung Hessen* anhand von fast 100 Interviews eine Studie zu Rechtsextremismus und demokratischen Potentialen in einem sehr ländlich geprägten nordhessischen Landkreis.² Schon damals berichteten viele Befragte, dass ein Gefühl vorherrsche, es gehe bergab. Zwar waren die wirtschaftlichen Daten, wie die Arbeitslosenquote, nicht schlecht, aber angesichts schrumpfender alltagsrelevanter Infrastruktur (Läden, Öffentlicher Nahverkehr usw.) herrsche ein Gefühl, dass sich Politik nicht

¹ Vgl.: Wilhelm Heitmeyer: *Autoritäre Versuchungen*, Berlin 2018

² Abrufbar hier: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/bnwh/dokumente/public/img/contentimg/menue_oeffentlichkeit/Info-Materialien/2009_11_05_Studie_SEK_fertig.pdf / Aufgerufen am 17.12.2020

mehr kümmern. Zugleich engagierten sich immer weniger Menschen in Vereinen und Verbänden und gerade junge Menschen mit Abitur ziehen in die Städte. Kombinieren wir das Gefühl des Niedergangs der eigenen Kommune mit dem des neoliberalen Umbau der Gesellschaft hin zu »Eigenverantwortung« und rigider Kosten/Nutzen-Rechnung bezogen auf viele Bereiche des öffentlichen Lebens: Vielleicht haben wir dann eine Vorstellung, warum einem Teil der Bevölkerung der Kragen platzt, wenn dann »auf einmal Geld für Geflüchtete da ist«. Die fehlende Solidarität und Gemeinschaftsgefühl als Motivation für rechtsautoritäre Lösungen nicht nur in ländlichen Räumen, sondern auch in ärmeren Städten, beschreibt der französische Politologe Didier Eribon so: »Die fehlende Mobilisierung als Gruppe bzw. die fehlende Selbstwahrnehmung als solidarisch-mobilisierte Gruppe (...) führt dazu, dass rassistische Kategorien die sozialen ersetzen.«³

Solidarität in schwierigen Zeiten: Gemeinsam der Krise entgegentreten

Im Gegensatz zur oft gehörten Meinung plädiere ich an dieser Stelle allerdings nicht dafür, die »Sorgen und Nöte« der sogenannten Wutbürger ernst zu nehmen. Man sollte zuallererst die Sorgen und Nöte derjenigen ernst nehmen, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren, von rechter Gewalt bedroht sind oder sich für eine offene demokratische Gesellschaft engagieren. Dazu gehören selbstverständlich Antworten auf soziale Fragen, auf Gerechtigkeit und Mitbestimmung. Wenn in der Corona-Krise für Beschäftigte im Gesundheitssektor zwar geklatscht wird, aber finanzielle Unterstützung eher an Konzerne geht, dann gilt es dazu genauso zu skandalisieren, wie fehlende Infrastruktur in ländlichen Räumen. Dafür braucht es zivilgesellschaftliches Engagement, um Politik zu Änderungen zu bewegen, denn normalerweise reagiert der politische Betrieb auf Druck von außen. Die *Fridays For Future*-Bewegung mag noch nicht ihre wesentlichen Ziele erreicht haben, aber zumindest sind dank dem Druck der jungen Menschen einige Veränderungen eingeleitet.

Der bundesrepublikanischen Gesellschaft fehlt zurzeit eine gemeinsame Erzählung davon, was sie im Innersten zusammenhält und wo sie überhaupt hin will. Die modernisierte Rechte bietet eine Erzählung von einer imaginierten »Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft«. Wer anders als die Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft, wäre in der Lage, eine neue, solidarische Erzählung und diesen neuen Zusammenhalt einzufordern?! Es braucht »attraktive Erzählungen über die liberale, pluralistische Demokratie, die die Ideen der Freiheit und Gleichheit vor der Kulisse der Globalisierung mit neuem Inhalt füllen. Kraftvolle Narrative, die auch denen realistische Andockpunkte bieten [...]«⁴

Anstatt also wie das Kaninchen vor der Schlange zu erstarren und uns an den Provokationen des rechten Randes abzuarbeiten, bedarf es neuer Bündnisse, die druckvoll ihre Anliegen auf die Straßen und in die Parlamente bringen. Antirassismus, soziale Fragen gehören dabei genauso stark thematisiert wie Ökologie und Mitbestimmung. Dem können sich dann vielleicht auch einige *AfD*-Wähler*innen anschließen. Das ist natürlich mühsam, aber haben wir eine andere Wahl? Eben! ●

³ Didier Eribon: Rückkehr nach Reims, Berlin 2016, S.140

⁴ Weidenbach, Verena: <http://starke-meinungen.de/blog/2016/11/25/denkschablonen-statt-analyse-trumps-wahlsieg-im-zeichen-des-postfaktischen/#more-6611> / Aufgerufen am 19.05.2020

Zum Autor:

Christopher Vogel ist Sozialpädagoge und Mitarbeiter des MBT Hessen – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus - für demokratische Kultur in Hessen e. V.

MBT Hessen

Richard-Roosen-Straße 11
34123 Kassel

Telefon: 05 61 / 8 61 67 66
E-Mail: info@mbt-hessen.org
Website: mbt-hessen.org

WARUM MAN LINKS UND RECHTS NICHT GLEICHSETZEN DARF

Zur Nutzlosigkeit der Extremismustheorie im Kontext von Zivilgesellschaft und *Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus*

Dario Schach | *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Regierungsbezirk Detmold / OWL*

»Wenn ihr gegen Rechtsextremismus arbeitet, warum macht ihr dann nicht auch was gegen Linksextremismus?« »Findet ihr Linksextremismus genauso schlimm wie Rechtsextremismus?«

Mit solchen und ähnlichen Aussagen werden wir als *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* immer wieder konfrontiert. Im folgenden Text wollen wir zeigen, warum es für eine demokratiefördernde zivilgesellschaftliche Arbeit und somit auch für unsere Beratungspraxis nicht zielführend ist mit Vergleichen oder Gleichsetzungen von »links« und »rechts« zu hantieren. Darüber hinaus wollen wir darstellen, warum es für ein demokratisches Engagement sogar kontraproduktiv und lähmend sein kann, wenn wir solchen Vergleichen oder Gleichsetzungen folgen. Erste Station der Kritik ist die Darstellung und Einordnung der sogenannten »Extremismustheorie«.

Gesellschaft ist mehr als ein Hufeisen

Die sogenannte »Extremismustheorie« ist in der Gesellschaft genauso tief verankert wie wenig reflektiert. Ihren Vertreter*innen nach lässt sich unsere Gesellschaft als eine demokratische Mitte abbilden, an deren Rändern sich links und rechts Extremist*innen befinden. Wahlweise wird hierfür das Bild einer Linie herangezogen deren Enden links und rechts die demokratische Mitte einschließen. Oder aber die extremistischen Enden neigen sich einander zu, so dass die Form eines Hufeisens entsteht. In diesem Bild befinden sich die Enden näher zueinander als zur demokratischen Mitte. Die normative Kernaussage ist in beiden Bildern dieselbe: Es gibt eine gute, demokratische und deshalb erstrebenswerte Mitte. Diese wird bedroht von Extremist*innen von links und rechts gegen die es sich zu wehren gilt. Die Mitte wird dabei mit Begriffen wie Demokratie, freiheitliche demokratische Grundordnung und Neutralität bedacht. Mit den beiden Rändern werden antidemokratische, freiheitsfeindliche und ablehnenswerte Attribute assoziiert. Dabei ähneln sie sich in ihrem Streben gegen die gute Mitte mehr, als dass sie mit ihr Gemeinsamkeiten haben. So weit, so einfach.

Die Extremismustheorie erweist sich jedoch auf mehreren Ebenen als unzulänglich. Zum einen verkennt sie durch die Gleichsetzung von »links« und »rechts« auf einer politischen Ebene, dass sich die Ideologien in ihren Grundsätzen und Überzeugungen diametral entgegenstehen. Zum anderen – und diesem Aspekt möchte sich der Artikel primär zuwenden – stellt das Modell die Komplexität von Gesellschaft zu vereinfacht dar. Es ist zu einfach, als dass hiermit die Komplexität einer de facto bunten und diversen Gesellschaft in einer Weise erklärt würde, die uns helfen könnte, diese demokratischer, menschenrechtsorientierter und gerechter zu gestalten. Wenn wir diese Werte vertreten und vorantreiben wollen, kommen wir nicht umhin zu fragen, wodurch sie gefährdet werden. Ein wesentlicher Teil der Antwort hierauf lautet: Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, soziale Ungerechtigkeit; Ausdrucksformen von Ungleichheitsstreben, tief verankert in der breiten Gesellschaft und vorangetrieben durch extrem rechte Kräfte. Die Frage, die sich also stellt, ist nicht, wie sich eine vermeintlich gute Mitte gegen Extremist*innen wehren kann, sondern wie wir eine Gesellschaft strukturieren können, in der ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen keinen Platz finden. Beratungsstellen können die Antwort hierauf nicht geben, mehr noch: Vermutlich existieren sie nicht in der Klarheit, wie wir sie gerne hätten: Wer eine gerechte Gesellschaft will muss x tun. Vielmehr sind die Antworten Ergebnisse stetiger und nicht endender Aushandlungsprozesse, von Konsens, Kompromiss und Streit, bei gleichzeitiger Achtung grundlegender Vereinbarungen wie etwa der Achtung von Menschenrechten. Kurz gesagt: Von Demokratie in ihrem besten Sinn. Diese Prozesse sind allerdings kompliziert, anstrengend

und oftmals schwierig nachzuvollziehen – keine einfache Sache also. Die Rolle der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* ist es, diejenigen, die sich gegen menschenverachtende Einstellungen engagieren und an diesen Prozessen beteiligen wollen, zu unterstützen.

Wem nützt das Bild der Hufeisentheorie?

Abgesehen davon, dass das Bild von Gesellschaft als Hufeisen Erklärungen vereinfacht, gibt es auch Akteur*innen, denen eine solche Perspektive explizit nutzt. Allen voran: Die extreme Rechte. Was sich zunächst paradox anhört, wird bei näherer Betrachtung plausibel. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet der rechtsextreme damals noch Vorsitzende der *AfD* in Brandenburg, Andreas Kalbitz. In einem 2019 geführten Interview mit dem Journalisten Thilo Jung versucht dieser ihn mehrfach mit seinen rechtsextremen Aktivitäten zu konfrontieren. Kalbitz entgeht dem, indem er darauf hinweist, dass staatliche Behörden die von Jung genannte Gruppierung und auch ihn selbst nicht als rechtsextrem führen würden und er damit nicht rechtsextrem sei. Somit laufen die Konfrontationsversuche des Journalisten ins Leere. Auch wenn Kalbitz mit seinem Bezug auf behördliche Kategorien damals recht gehabt haben mag, wird das entscheidende Problem außen vor gelassen: Rechtsextremist*innen wie Andreas Kalbitz vertreten ein zutiefst rassistisches und auf Ungleichheit beruhendes Menschenbild, das die Ausgrenzung aller zum Ziel hat, die nicht in eine weiße, heteronormative Mehrheitsgesellschaft passen. Für eine kritische Auseinandersetzung wäre es also hilfreicher, nicht zu versuchen, große Begriffe wie »Extremismus« zu bemühen, um bestimmte Einstellungen und Verhalten zu problematisieren, sondern inhaltliche Positionen zu diskutieren und beispielsweise zu fragen, ob Andreas Kalbitz universale Menschenrechte ablehnt.

Begriffe: Rechtsextremismus oder extreme Rechte?

Der Begriff »extreme Rechte« wird von uns immer wieder genutzt, um den mit der Extremismustheorie assoziierten Begriff »Rechtsextremismus« zu vermeiden. Damit wollen wir eine Problematisierung des Begriffs anstoßen. Gleichzeitig greifen wir aus Gründen der Verständlichkeit an verschiedenen Stellen auf letztgenannten Begriff zurück, beispielsweise in unserer Namensgebung.

Wem schadet das Bild der Hufeisentheorie?

Neben dem Umstand, dass die Hufeisentheorie den Blick auf problematische Einstellungen verstellt, schadet sie auch aktiv verschiedenen Teilen der Gesellschaft. Häufig wird eine inhaltliche Problematisierung der extremen Rechten umgangen. Dabei wird auch der Blick auf rassistische Einstellungen verstellt, die in der breiten Gesellschaft, der sogenannten Mitte, Zustimmung finden und für diese ein wesentliches Strukturprinzip darstellen. Wo rassistische Einstellungen nur den bösen Nazis zugeschrieben werden, wird eine breite gesellschaftliche Debatte über die eigenen Vorurteile verunmöglicht. Folgenreich war das beispielsweise für diejenigen, die Opfer des Terrornetzwerks *NSU* wurden und deren Angehörige. Das Nicht-reden-Wollen und Nicht-reden-Müssen über Rassismus hat dazu geführt, dass sowohl für die Sicherheitsbehörden, aber auch für Medien und die weiße Öffentlichkeit Rassismus als Tatmotiv undenkbar war. Im Gegenteil wurden die Angehörigen der Opfer und deren Angehörige ein zweites Mal zu Betroffenen gemacht, indem unter rassistischen Vorannahmen in deren Richtung ermittelt wurde und diese einem erheblichen Ermittlungsdruck ausgesetzt waren. Die Hufeisentheorie, die den kritischen Blick auf Rassismus verstellt, trägt also dazu bei, dass Betroffene von Rassismus weniger gehört und unterstützt werden. Das gilt für die rassistisch motivierten Morde des *NSU* genauso wie für alltagsrassistische Verhaltensweisen.

Neben dem Schaden, den Betroffene von Rassismus durch die Extremismustheorie erleiden, sind häufig auch diejenigen Ziele extremismustheoretischer Angriffe, die sich aktiv für eine demokratische, antirassistische und antifaschistische Gesellschaft einsetzen. Aufzeigen lässt sich dies am Beispiel eines Bündnisses gegen Rechts in einer Mittelstadt in Ostwestfalen-Lippe. Ein*e Einwohner*in hatte dort Anfang 2020 ein Bündnis gegen Rechts gegründet. Zu der Auftaktveranstaltung – auf der unterschiedliche Facetten und Gefahren rechter Herausforderungen diskutiert wurden – waren neben zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auch alle demokratischen Parteien eingeladen worden. Teilgenommen hatten auch alle – mit Ausnahme einer bürgerlichen Partei. Deren Vorsitzender hatte unter anderem mit Verweis darauf, dass sich das neu gegründete

Bündnis nicht explizit gegen Antifaschismus positioniere, die Einladung ausgeschlagen. Antifaschismus sei ihm zufolge eine neue Form beziehungsweise der Deckmantel von Faschismus. An dieser Argumentation zeigt sich, welche absurden Züge die Extremismustheorie entwickeln kann: Die Gründung eines Bündnisses gegen Rechts, dessen Gründungsanlass per se ein antifaschistischer ist, wird dafür kritisiert, dass es sich nicht gegen Antifaschismus positioniere. Das Beispiel macht deutlich, dass die Forderung einer gleichartigen Distanz von Faschismus wie von Antifaschismus nicht funktionieren kann. Eine solche ist nur schwer denkbar, schließlich gehören Ausgrenzung und Gewalt zur Kernideologie von Faschismus. Eine Gesellschaft, die in Teilen faschistisch ist, kann nicht demokratisch sein. Darüber hinaus wird auch hier eine inhaltliche Auseinandersetzung um demokratische Werte und solche, die nicht mit einer gerechten Gesellschaft für alle vereinbar sind, mit dem Verweis auf die Extremismustheorie vermieden. Im konkreten Fall in Ostwestfalen-Lippe gab es ein gutes Ende: Inzwischen sitzt auch die oben genannte bürgerliche Partei mit am Tisch, obwohl das Bündnis seine Ausrichtung nicht verändert hat.

Ein weiteres Beispiel für eine Gruppe von Akteur*innen, die Gefahr läuft durch die Extremismustheorie in ihrem Handeln eingeschränkt zu werden, zeigt sich mit Blick auf Schule. Nicht selten sind es Schüler*innen, die sich an ihren Schulen gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren. Wenn diesen unter den Vorannahmen einer Extremismustheorie begegnet wird, werden sich zwangsläufig die Fragen stellen: Ist das jetzt noch in Ordnung oder schon linksextremistisch? Können wir das als Schule durchgehen lassen oder sollten wir einschreiten? Eine Rolle spielt dabei auch, dass Jugendkulturen schnell als abweichend von der Mitte wahrgenommen werden. Ein solches Klima der Unsicherheit und des Misstrauens führt dazu, dass Handlungssicherheit und Selbstwirksamkeitsempfinden von Schüler*innen herabgesetzt werden, im schlechtesten Fall stoppt ein solches Umfeld im Grunde förderungswerte Aktivitäten. Davon abgesehen zeigt sich in der Praxis auch, dass solche Fragen keinen praktischen Nutzen haben. Ein großer Begriff wie »Linksextremismus« trägt nichts zu einer Problemanalyse bei; auch hier gilt: Hilfreich ist es, möglichst konkret problematisches Verhalten benennen. Auch zeigen die Erfahrungen der *Mobilen Beratung* sowie die der Kolleg*innen in unserem Beratungsnetzwerk, dass Probleme an Schulen, die dem vermeintlichen Phänomen »Linksextremismus« zugeordnet werden könnten, in der alltäglichen Schulpraxis keine nennenswerte Rolle spielen.

Fazit

Unsere Antwort auf die Frage, warum wir nicht gegen Linksextremismus arbeiten, lautet also, dass wir zum einen eine inhaltliche Kritik an der Extremismustheorie haben, da sie den Blick auf Rassismus und Ausgrenzung verstellt. Und zum anderen hilft es uns, wie die Beispiele zeigen, in unserer Arbeit nicht weiter, große, aber inhaltlich entleerte Begriffe zu nutzen. Stattdessen versuchen wir in unserer Beratungspraxis den Fokus auf konkrete Probleme zu lenken. Dazu gehört Rassismus genauso wie Antifeminismus, Sexismus, Antisemitismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit. Diese und andere Formen von Diskriminierung stehen einer menschenrechtsorientierten und demokratischen Gesellschaft im Weg. 🍌

Buchempfehlung

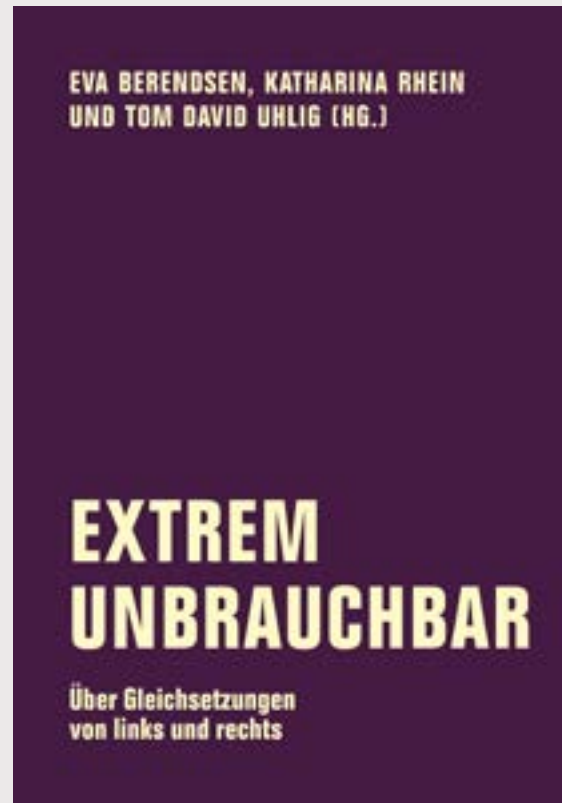
Eva Berendsen / Katharina Rhein / Tom Uhlig
(Hg.)

EXTREM UNBRAUCHBAR **Über Gleichsetzungen von Links und Rechts**

Edition Bildungsstätte Anne Frank 2
Broschur, 304 Seiten, 19 €
ISBN: 978-3-95732-408-5

Rechtspopulistische Strömungen finden auf ihrem Feldzug gegen die Demokratie ein mächtiges begriffliches Mittel vor, welches ihnen die bürgerliche Mitte vorbereitet hat: die Extremismustheorie. Gewonnen aus einer spezifischen Lesart totalitarismuskritischer Arbeiten, etwa von Hannah Arendt, hat sich im Sprechen über die Gesellschaft ein Hufeisenmodell durchgesetzt: Eine Mitte der Gesellschaft werde von ihren Rändern bedroht. Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus arbeiten daran, die Demokratie zu zerstören. Doch besonders die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus führt oft dazu, ersteres auf Kosten von letzterem zu verharmlosen. Zudem ist die Konstruktion einer gesellschaftlichen Mitte selbst problematisch. Was gehört zu dieser Mitte, was nicht? Gerade die aktuellen Erscheinungsformen rechter Ideologien zielen darauf ab, gerade noch anschlussfähig zum gesellschaftlichen Diskurs zu bleiben und ihn durch kalkulierte Grenzverletzungen nach rechts zu verschieben – mit einigem Erfolg, Stichworte: »Flüchtlingswelle«, »Genderismus« oder »political correctness«. Doch wenn selbst der positive Bezug auf das Grundgesetz teilweise als linksradikal diskutiert wird, desavouiert sich dieses Hufeisenmodell endgültig.

Mit Beiträgen von Eva Berendsen, Katharina Rhein, Tom Uhlig, Wolfgang Wippermann, Daniel Keil, Dana Ionescu, Ingolf Seidel, Meron Mendel und Deborah Krieg, Robin Koss, Kira Ayyadi, Maximilian Pichl, Sarah Schulz, Lillemor Kuht, Jonas Fedders, Charlotte Busch und Julia König, Paula Irmschler, Leo Fischer, Saba-Nur Cheema.



KONTAKTE & NETZWERK

KREIS MINDEN-LÜBBECKE

NRWeltoffen Minden-Lübbecke

Telefon: 05 71 / 80 72 16 83

E-Mail: nrweltoffen@minden-luebbecke.de

Website: minden-luebbecke.de/Service/Integration/NRWeltoffen

Lokaler Aktionsplan (LAP) Minden

Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Telefon: 05 71 / 97 20 76 89

E-Mail: lap-minden@ewe.net

Website: lap-minden.de

KREIS HERFORD

Fachstelle NRWeltoffen im Kreis Herford

Telefon: 0 52 21 / 2 75 72 54

E-Mail: post@gegenrechts.info

Website: gegenrechts.info

MBR OWL – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL

Telefon: 0 52 21 / 1 74 57-25

E-Mail: info@mbr-owl.de

Website: mbr-owl.de

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

Diakonisches Werk Herford

Telefon: 0 52 21 / 59 98 33

E-Mail: Joerg.Lange@dw-herford.de

Website: diakonie-herford.de/flucht-und-migration/integrationsagentur/

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

DRK Kreisverband Herford-Stadt e. V.

Telefon: 0 52 21 / 1 78 98 23

E-Mail: antidiskriminierungsstelle@drk-herford.de

Website: drk-herford.de/angebote/migration/antidiskriminierungsarbeit.html

Fach- und Koordinierungsstelle »Demokratie leben!«

Stadt Herford, Jugendamt

Telefon: 0 52 21 / 6 93 92 02

E-Mail: info@demokratie-leben-herford.de

Website: demokratie-leben-herford.de



STADT BIELEFELD

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

Kommunales Integrationszentrum Bielefeld

Telefon: 05 21 / 51 68 05

Website: bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/int/ads

NRWeltoffen Bielefeld

Kommunales Integrationszentrum Bielefeld

Telefon: 05 21 / 51 26 46

Website: ki-bielefeld.de/183-NRWeltoffen

KREIS LIPPE

NRWeltoffen Kreis Lippe / Partnerschaft für Demokratie Lippe

Kommunales Integrationszentrum / Kreis Lippe

Telefon: 0 52 31 / 62 27 81

E-Mail: nrweltoffen@kreis-lippe.de

Website: willkommen-in-lippe.de/arbeitsbereiche/weitere-informationen/nrweltoffen

KREIS GÜTERSLOH

Partnerschaft für Demokratie Rheda-Wiedenbrück

Stadt Rheda-Wiedenbrück &
VHS Reckenberg-Ems

Telefon: 0 52 42 / 90 30 -143 / -132

E-Mail: demokratie-leben@vhs-re.de

Website: vhs-re.de/demokratie-leben

Partnerschaft für Demokratie Schloß Holte-Stukenbrock

Fachbereich Soziales der Stadt SHS &
Volkshochschule Verl / Harsewinkel / SHS

Telefon: 0 52 07 / 91 74 14

Website: schlossholtestukenbrock.de/de/buerger-stadt/gesellschaft-soziales/demokratie-leben

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

AWO Gütersloh

Telefon: 0 52 41 / 40 33 81 -8 / -16

Website: awo-fachdienste-migration.de/integration/servicestelle-antidiskriminierungsarbeit

KREIS HÖXTER

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

Diakonie Paderborn-Höxter

Telefon: 0 56 41 / 78 88 15

E-Mail: damm@diakonie-pbhx.de /
kraul@diakonie-pbhx.de

Website: diakonie-pbhx.de/warburg/beratung-und-hilfe/servicestelle-antidiskriminierungsarbeit.html

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

Caritas Höxter

Telefon: 0 52 72/37 70 32

E-Mail: d.cenic@caritas-hx.de

KREIS PADERBORN

NRWeltoffen / Partnerschaft für Demokratie Paderborn

Kreismuseum Wewelsburg

Telefon: 0 29 55 / 76 22 17

E-Mail: info@vielfalt-lieben.de

Website: vielfalt-lieben.de

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit

Caritas Paderborn

Telefon: 01 51 / 73 06 81 90

E-Mail: ada@caritas-pb.de

Website: caritas-pb.de/Beratung-Betreuung/Migration/Servicestelle-Antidiskriminierungsarbeit

MBR OWL

Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL / Regierungsbezirk Detmold (MBR OWL)* ist eine Beratungsstelle für alle, die sich mit Rechtsextremismus oder Rassismus auseinandersetzen wollen oder müssen. Ziel der Arbeit ist, Handlungssicherheit (wieder-)herzustellen. Dabei werden gemeinsam mit den Beratungsnehmenden langfristige Strategien zum Umgang mit Problemen in den Bereichen Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt.

In akuten Krisensituationen oder bei Fragen und Unsicherheiten analysieren wir gemeinsam mit den Beratungsnehmenden die Situation, werfen einen Blick auf größere Zusammenhänge, erörtern Handlungsmöglichkeiten, entwickeln Lösungsansätze und unterstützen bei deren Umsetzung. Wichtig ist dabei das Bilden von und Arbeiten in Netzwerken. Neben der Beratung in akuten Krisensituationen begleitet die *MBR OWL* Beratungsnehmende auch längerfristig: Wir führen Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikator*innen, Gruppen, Vereine und Institutionen durch. Dabei vermitteln wir Fachwissen, erarbeiten Strategien und helfen beim Aufbau von Strukturen zum Umgang mit Rassismus oder Rechtsextremismus. Dazu arbeiten wir mit Methoden der politischen Bildungsarbeit, wie Vorträgen und Workshops. Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren möchten, sowie bestehende und neue Bündnisse, Gruppen oder Vereine begleiten wir auf Wunsch unter anderem beim Erarbeiten von Zielsetzungen und Schwerpunkten, beim Aufbau von Netzwerken oder bei der Planung von Veranstaltungen.

Wie wir arbeiten

Die *MBR OWL* ist für alle in OWL ansprechbar. Beratungsnehmende können unter anderem Einzelpersonen, Familien, Gruppen, Vereine, Kirchen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Medienschaffende, soziale Einrichtungen oder Behörden sein. Die Beratung kann, am Wunsch der Beratungsnehmenden orientiert, an jedem Ort in OWL erfolgen. Es besteht auch die Möglichkeit, zur Beratung Räume anzumieten. Unsere Arbeit ist menschenrechtsorientiert und hat ein diskriminierungsfreies Miteinander zum Ziel. Wir arbeiten vertraulich und auf Basis von transparenten Standards, auf Wunsch beraten wir auch anonym. Die *Mobile Beratung* übernimmt keine Beratungsfälle, die dem Standard menschenrechtsorientierter demokratischer Kultur offensichtlich zuwiderlaufen. Finanziert wird die *MBR OWL* aus Mitteln des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* sowie des *Ministeriums für Kultur und Wissenschaft* des Landes NRW. Das bedeutet, unsere Arbeit ist für die Beratungsnehmenden kostenlos.

Unsere Netzwerke

Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* ist bundesweit vertreten. Die Beratungsstellen sind im *Bundesverband Mobile Beratung* vernetzt. Die *MBR OWL* ist eines von fünf Beratungsteams in NRW, diese bilden das Netzwerk *Mobile Beratung NRW*. Der Bundesverband und die Landesverbände dienen der Vernetzung, dem fachlichen Austausch sowie der Qualifizierung und Sicherung von Qualitätsstandards.

Außerhalb der Netzwerke der *Mobilen Beratung* arbeiten wir mit zahlreichen Netzwerkpartner*innen zusammen. Dazu gehören insbesondere die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer

Gewalt *BackUp*, verschiedene Antidiskriminierungsstellen sowie die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung *NinA NRW*. Wir sind in ganz OWL mit Institutionen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Initiativen und Vereinen vernetzt, die zum Themenfeld Rechtsextremismus arbeiten oder sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen. ●



MBR OWL

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL / Regierungsbezirk Detmold

0 52 21 / 1 74 57-25 / -26

info@mbr-owl.de

www.mbr-owl.de

NRWELTOFFEN

Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus in OWL

Das lokale Förderprogramm *NRWeltoffen* gibt es seit 2017 in 25 Kreisen und kreisfreien Städten in NRW. Ziel des Programms ist die Unterstützung von Kreisen und kreisfreien Städten bei der nachhaltigen Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Ein wichtiger Aspekt in diesem Prozess ist die Beteiligung aller relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Einbezug von Perspektiven von Rassismus Betroffener.

NRWeltoffen in OWL

Im Regierungsbezirk Detmold sind in Bielefeld und in den Kreisen Herford, Minden-Lübbecke, Lippe und Paderborn lokale *NRWeltoffen* Fach- und Koordinierungsstellen in unterschiedlicher Trägerschaft entstanden. Trotz zum Teil unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen bilden die in den jeweiligen Regionen gemeinsam erarbeiteten Handlungskonzepte die Grundlage der Arbeit der *NRWeltoffen*-Fachstellen. Als Fach- und Koordinierungsstellen werden bestehende Strategien, Aktionen und Projekte sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in den Institutionen unterstützt. Die politische Bildungsarbeit stellt einen wichtigen Bereich der Arbeit der lokalen *NRWeltoffen*-Projekte dar. So werden lokal zahlreiche Vorträge, Workshops, Kulturangebote und Fortbildungen der Rassismus- und Rechtsextremismusprävention mit unterschiedlichen Zielgruppen organisiert, auch Gedenkstättenfahrten und Erinnerungsarbeit zählen zu den Arbeitsfeldern. Einen weiteren Eckpfeiler stellt die Netzwerkarbeit dar, die das Ziel verfolgt, lokale Akteur*innen miteinander bekannt zu machen und gemeinsame und langfristige Strategien zu entwickeln.

Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement

Zivilgesellschaftliche Initiativen erhalten Unterstützung und Beratung bei der Planung und Umsetzung einer Veranstaltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Insbesondere die zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Strukturen leisten in der stetigen Auseinandersetzung mit Ausgrenzung, Rassismus und der extremen Rechten einen unverzichtbaren Beitrag – allerdings stoßen sie auch mit ihren zeitlichen und finanziellen Ressourcen an ihre Grenzen. Gerade in Zeiten, in denen Rassismus, Antisemitismus und andere extrem rechte Erscheinungsformen das gesellschaftliche Zusammenleben grundlegend in Frage stellen, sollte die politische Antwort die Stärkung der lokalen politischen Bildungsarbeit und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Projekte sein.

Umsetzung im Kreis Herford

Seit Projektbeginn fanden zahlreiche Vorträge, Workshops und Fortbildungen der Rassismus- und Rechtsextremismusprävention mit unterschiedlichen Zielgruppen statt. Nicht zuletzt möchten wir in diesem Zusammenhang an die beeindruckende Lesung mit anschließendem Konzert mit der Holocaust Überlebenden Esther Bejarano vor über 250 Besucher*innen in der Gesamtschule Friedenstal in Herford im Januar 2020 erinnern. Des Weiteren konnten im Kreis Herford jährliche »Aktionswochen gegen Rassismus« etabliert werden: Jedes Jahr finden im Juni Workshops, Vorträge, Konzerte und weitere Veranstaltungen lokaler Initiativen im gesamten Kreisgebiet statt. ●



Fachstelle NRWeltoffen im Kreis Herford

Telefon: 0 52 21 / 2 75 72 54

E-Mail: post@gegenrechts.info

Website: www.gegenrechts.info

Instagram: [@gegenrechts_imkreisherford](https://www.instagram.com/gegenrechts_imkreisherford)

PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE

Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.

Seit 2015 fördert das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* im Rahmen des Bundesprogrammes »Demokratie leben!« sogenannte *Partnerschaften für Demokratie (PfD)* auf kommunaler Ebene. Das Programm ist eine zentrale Säule der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Auf Grundlage lokaler Spezifika, Herausforderungen und Chancen entwickeln *PfDs* Handlungsstrategien, um demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort zu stärken und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Aktuell werden bundesweit rund 300 Städte, Gemeinden und Landkreise als *PfD* gefördert.

Welche Handlungsschwerpunkte die einzelnen *PfDs* setzen und welche Zielgruppen sie ansprechen, ist sehr unterschiedlich. Alle aber arbeiten in einem aktiven Netzwerk von Multiplikator*innen aus Verwaltung, Kommunalpolitik und Vereinen, Initiativen wie Bündnissen der Zivilgesellschaft. Für diese Arbeit wird auf Fördermittel zurückgegriffen, die für Projektarbeit durch nicht staatliche Akteur*innen beantragt werden können. Zur Verwendung und Verteilung der Fördermittel sprechen zwei Gremien Empfehlungen aus – ein Begleitausschuss und ein Jugendforum. Die fachliche und organisatorische Umsetzung einer *PfD* erfolgt sowohl durch ein Amt der jeweiligen Stadt als auch durch eine Koordinierungs- und Fachstelle bei einem freien Träger.

Partnerschaft für Demokratie Schloß Holte-Stukenbrock

Schloß Holte-Stukenbrock (SHS) wird seit 2019 als *PfD* gefördert. Ihre Koordinierungs- und Fachstelle ist der Volkshochschule als lokalem Bildungsträger zugeordnet. Handlungsfelder der *PfD SHS* sind in erster Linie Partizipation und Teilhabe, Vielfalt und interkulturelles wie interreligiöses Zusammenleben. Sie ist Ansprechpartnerin für alle interessierten Bürger*innen, die das Zusammenleben in SHS aktiv gestalten möchten, ebenso wie bei Problemlagen betreffend gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Teilhabe. Eine Vielfalt von Veranstaltungen wie Lesungen, Vorträge und Workshops sollen zu einer Sensibilisierung für die Handlungsfelder beitragen. Darüber hinaus setzen engagierte Akteur*innen Projekte der Begegnung um und aktive junge Menschen Projekte der Jugendbeteiligung wie -kultur. So hat sich beispielsweise das erste Open Air Kino in SHS dem Thema Rassismus angenommen und der erste Kommunal-O-Mat zu einer Kommunalwahl wird von Jugendlichen eigenständig erarbeitet. Durch die Herausforderungen des Jahres 2020 hat auch die *PfD SHS* mit neuen digitalen Angeboten reagiert und u. a. eine digitale Diskussionsrunde zu aktuellen und lokal relevanten Themen eingeführt. Die *PfD SHS* ist neben der Projektarbeit nicht nur Ansprechpartnerin für Problemlagen, sondern berät auch sich bildende zivilgesellschaftliche Bündnisse und vermittelt Qualifizierungsangebote wie beispielsweise eine zertifizierte Weiterbildung interkultureller Kompetenz. 🍷

Weiterführende Informationen

Das Bundesprogramm: www.demokratie-leben.de

PfD-Datenbank: www.demokratie-leben.de/foerderprojekte/partnerschaften-fuer-demokratie.html

Bildungsmedien-Datenbank: www.vielfalt-mediathek.de

PfD Schloß Holte-Stukenbrock: www.vhs-vhs.de/demokratie-leben

Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie SHS

Volkshochschule Verl – Harsewinkel – SHS

Kirchstraße 2, 33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Jelena Jaissle

Telefon: 0 52 07 / 91 74 14 | Mobil: 01 51 / 74 12 16 85

E-Mail: jelena.jaissle@gt-net.de



ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLEN

Für Menschen, die Diskriminierung erfahren haben

Die Servicestellen Antidiskriminierungsarbeit (ADA) sind Teil des landesgeförderten Antidiskriminierungsprojektes mit dem Ziel, individuelle und strukturelle Benachteiligungen abzubauen und auf einen gesellschaftlichen Konsens gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung hinzuarbeiten. Dabei stehen zwei Aufgaben im Fokus: Die qualifizierte Antidiskriminierungsberatung und die Sensibilisierungsarbeit.

Alle ADA-Stellen sind in unterschiedlichen Trägerschaften und befassen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die ADA-Stelle in Paderborn ist in Trägerschaft beim Caritasverband Paderborn e. V. und mit dem Schwerpunkt der juristischen Beratung im Kontext von Diskriminierung aufgrund vermeintlicher ethnischer Herkunft und Religion, wohingegen die ADA-Stelle in Gütersloh ihre Expertise im Bereich der schulischen Bildung hat.

Betroffene unterstützen, sich gegen Diskriminierung zu wehren und ihre Rechte einzufordern

Wir bieten Menschen, die Diskriminierung erfahren haben, einen geschützten Raum, um über das Erlebte zu sprechen und Klarheit über ihre Anliegen zu gewinnen. Auf Wunsch entwickeln wir gemeinsam mit den Betroffenen Handlungsmöglichkeiten und unterstützen sie bei der Umsetzung.

Handlungsmöglichkeiten können unter anderem sein: Sichern von Indizien, Testingsverfahren, Verfassen von Beschwerden, Einholen von Stellungnahmen, Begleitung zu Schlichtungsgesprächen, aber auch Informationen und Begleitung bei rechtlichen Schritten.

Dabei ist unsere Arbeit immer parteilich, wir stehen auf der Seite der Beratungsnehmenden und vertreten ihre Perspektiven und Interessen. Hervorzuheben ist, dass wir nichts ohne Zustimmung der Betroffenen unternehmen und keine Informationen ohne ihre Einwilligung weitergeben. Wir arbeiten unabhängig von staatlichen Organisationen oder Behörden und sind für Menschen, die Diskriminierung erfahren haben, da. Auf Wunsch kann die Beratung anonym stattfinden.

Zusammen leben, zusammen wachsen

Prävention ist ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung. Wenn wir Diskriminierung erkennen und wissen, wie wir Betroffene unterstützen können, können wir handeln und aktiv gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung eintreten. Um dies zu erreichen, bieten wir eine Vielzahl von Unterstützungsmöglichkeiten von Ehrenamtlichen und Interessierten durch Schulungen, Workshops etc. an. Seien es Schulungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) oder Workshops zu Critical Whiteness. Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit dem komplexen Thema Diskriminierung zu beschäftigen.

Als *Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit* sind wir außerdem ansprechbar bei allgemeinen Fragen rund um das Thema Diskriminierung und können auf eine Vielzahl an informativen Broschüren und Materialien zurückgreifen, die wir bei Bedarf gerne zur Verfügung stellen. Mit unserer Expertise stehen wir Schulen, Engagierten und Interessierten gerne unterstützend in der Planung und Konzipierung themenspezifischer Seminare und Workshops zur Seite. Aber auch außerhalb von Gremien, Räten und Seminarräumen kommen wir gerne mit interessierten Menschen ins Gespräch, beispielsweise bei unserer monatlich stattfindenden Veranstaltung »Kneipengeflüster«. Am jeweils zweiten Mittwoch im Monat laden wir Expert*innen in die Paderborner Kneipe AKKA ein, um gemeinsam verschiedene Themen zu diskutieren: Von »Lieber mit HIV leben als mit AIDS sterben« bis hin zu »Maria im Koran: Gemeinsamkeiten von Monodischen Weltreligionen« ist alles dabei. 🍷

Caritasverband Paderborn e. V.
Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit
Riemkestraße 86
33102 Paderborn
E-Mail: ada@caritas-pb.de
Telefon: 01 51 / 73 06 81 90

BACKUP

Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

BackUp ist als Beratungsstelle für Betroffene von rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z. B. Gewalt gegen politische Gegner*innen oder wohnungslose Menschen) für Westfalen-Lippe zuständig. Wir beraten, unterstützen und informieren Menschen, die als Opfer oder Zeug*in direkt betroffen oder als Angehörige*r oder Freund*in indirekt mit den Folgen einer solchen Tat konfrontiert sind.

Beratung

Unsere Beratung orientiert sich grundsätzlich an den Bedürfnissen und Wünschen der Betroffenen, mit denen wir daher immer in enger Absprache arbeiten. Das Beratungsangebot umfasst hierbei unter anderem psychosoziale Beratung, Klärung von Entschädigungsansprüchen und Hilfe bei einer Antragstellung. Des Weiteren bietet *BackUp* Begleitung sowie Unterstützung bei Kontakten mit Polizei und Staatsanwaltschaft, Gerichtsverfahren, Rechtsanwält*innen, Ärzt*innen und Psycholog*innen an.

Um eine mehrsprachige Beratung zu ermöglichen, stellen wir bei Verständigungsschwierigkeiten Dolmetscher*innen zur Verfügung. Unser Beratungsteam deckt bereits die Sprachen Türkisch, Persisch, Spanisch, Englisch ab. Auch beim Ort der Beratung passen wir uns an die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen an. Beratungsgespräche führen wir im Wohnumfeld der Betroffenen, bei uns im Büro oder an einem beliebigen anderen Ort wie zum Beispiel einem Café.

Wir stehen parteilich an der Seite der Betroffenen. Dies bedeutet, sich uneingeschränkt und solidarisch für die Interessen der Klient*innen zu engagieren bzw. ihre Position und Sicht soweit wie möglich zu sehen und zu vertreten. Außerdem ist unsere Beratung anonym und vertraulich. Daten und Informationen werden nicht an Außenstehende weitergegeben, außer dies wird ausdrücklich gewünscht. Wir arbeiten unabhängig von Gerichten und Polizei und unsere Beratung ist kostenlos.

Als Ausgangspunkt für die Beratungsarbeit gelten alle Formen direkter physischer Gewalt, einschließlich versuchter Angriffe. Unter physische Gewalt fallen Körperverletzungs- und Tötungsdelikte, Brandstiftungen und Raubstraftaten. Darüber hinaus gelten nach unserem Verständnis massive Nötigungen, Bedrohungen und zielgerichtete Sachbeschädigungen mit erheblichen Folgen für die Betroffenen ebenso als Gewalttaten.

Über Uns

Das Projekt wurde im November 2011 gegründet und agiert unter der Trägerschaft des Vereins *BackUp-ComeBack: Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Gefördert wird *BackUp* durch Bundes- und Landesmittel sowie durch die Stadt Dortmund. Unser multiprofessionelles Team besteht aus vier Berater*innen, einer Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und einer Projektleitung. Neben der Beratung veröffentlichen wir jährlich gemeinsam mit der *Opferberatung Rheinland* eine Statistik zu rechter Gewalt in NRW. Diese soll das Dunkelfeld ausleuchten, welches von der *polizeilichen Statistik zu politisch motivierter Kriminalität (PMK)* rechts nicht erfasst wird.

Kontakt

Beratungstermine können telefonisch oder per E-Mail vereinbart werden. Weitere Informationen zu *BackUp* und dem Themenfeld der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Gewalt finden Sie auf unserer Homepage sowie unseren Facebook- und Twitter-Accounts. ●



BACKUP

Telefon: 01 72 / 1 04 54 32

Email: contact@backup-nrw.org

Website: backup-nrw.org

Facebook: facebook.com/BackUp.NRW

Twitter: twitter.com/BackUpNRW

NINA NRW

Ausstiegsberatung

Das Projekt *NinA NRW* unterstützt seit 2009 Jugendliche und Erwachsene beim Ausstiegsprozess aus extrem rechten Strukturen durch ein permanentes sozialpädagogisches Beratungsangebot. Für einen niedrighschwelligen Zugang zur Zielgruppe arbeitet die Beratungsstelle dabei aufsuchend in ganz NRW.

Zivilgesellschaftliche Ausstiegsarbeit hat den Auftrag, mit einem individuellen Unterstützungsangebot für potentielle Täter*innen zur Prävention extrem rechter Vorfälle beizutragen. Dabei führt zivilgesellschaftliche Ausstiegsarbeit weder sicherheitsbehördliche Aufträge noch restriktive Eingriffe in das Leben der Adressat*innen aus. Ihr Angebot orientiert sich an den zu Ausstiegsarbeit entwickelten Qualitätsstandards der Bundesarbeitsgemeinschaft *Ausstieg zum Einstieg*. Es umfasst die Unterstützung bei der Distanzierung von Szeneaktivitäten und -kontakten sowie die lebensweltliche Neuorientierung. In Zielplanungsgesprächen werden neue Perspektiven für die persönliche und berufliche Entwicklung erarbeitet. Teil einer jeden Beratung ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung und Vergangenheit. *NinA NRW* versteht Einstiege und Ausstiege als prozesshafte Entwicklungen, entstanden durch individuell motivierte Entscheidungen, die es mithilfe biografischen Arbeitens zu reflektieren gilt. Es wird ein Raum geschaffen, um Einstellungen hinterfragen und Perspektivwechsel vornehmen zu können. Menschenverachtende Einstellungen werden mit individuell angepassten Methoden bearbeitet.

Bei der Bestimmung ihrer Zielgruppe nimmt *NinA NRW* die Einstellungs- wie die Handlungsebene gleichermaßen in den Blick. Die Zuständigkeit zivilgesellschaftlicher Ausstiegsarbeit ist nicht abhängig vom Begehen einschlägiger Straftaten oder der Mitgliedschaft in einer sicherheitsbehördlich als rechtsextrem eingestuft-ten Gruppierung bzw. Partei. Menschen, die in gering formalisierten und organisierten Strukturen aktiv sind oder extrem rechte Einstellungen online und außerhalb organisierter Gruppen äußern, gehören ebenfalls zur Zielgruppe. Entscheidend ist nicht zuletzt der Beratungsbedarf, der von Beratungsnehmer*innen selbst geäußert wird. Die Freiwilligkeit der Adressat*innen spielt eine entscheidende Rolle in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Auch wenn die meisten Aussteiger*innen über einen externen Anstoß oder sogar über eine Auflage in das Projekt einmünden, ist die Weiterführung der Beratung davon abhängig, ob der*die Adressat*in sich für sie entscheidet. Neben der Beratung für Ausstiegswillige bietet *NinA NRW* Beratung für Angehörige und Fachkräfte an. Sogenannte Clearingverfahren ermöglichen nach rechten Vorfällen durch Gespräche mit der involvierten Person selbst oder ihrem Umfeld eine Einschätzung, ob bereits Kontakte zu organisierten Strukturen zu erkennen bzw. wie manifestiert geäußerte Einstellungen sind. Für den fachlichen Austausch und zur Stärkung pädagogischer Handlungskompetenz bietet *NinA NRW* regelmäßig Projektvorstellungen und Fachkräfte-Workshops zum Thema Ausstiegsarbeit oder auch Fachveranstaltungen zu Themen der Rechtsextremismusprävention an. ●



NinA NRW

Helpline: 01 76 / 93 11 97 65

E-Mail: nina.nrw@reinit.de

Website: www.nina-nrw.de

Twitter: www.twitter.de/nina_nrw

Facebook: www.facebook.com/nina.nrw.ausstiegsberatung

IMPRESSUM



MBR OWL

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
OWL / Regierungsbezirk Detmold

0 52 21 / 1 74 57-25 / -26

info@mbr-owl.de

www.mbr-owl.de

c/o

Arbeit und Leben im Kreis Herford DGB/VHS e.V.
Kreishausstraße 6
32051 Herford

Gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



lks.nrw

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



**Arbeit und
Leben**

HERFORD DGB/VHS e.V.



www.mbr-owl.de

Gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



lks.nrw

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

